



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

GESCHLECHTERDEMOKRATISCHE DIALOGE

**Dokumentation einer
Veranstaltungsreihe**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung
Kerstin Ahrens – Henning von Barga – Gabriele Schambach
Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin
Tel: 030-28534-181; Fax: 030-28534-109; E-Mail: gender@boell.de; Internet: www.boell.de

Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 6:
Geschlechterdemokratische Dialoge. Dokumentation einer Veranstaltungsreihe.
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Dezember 2002
© bei der Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten
Druck: trigger, Berlin

Bestelladresse:
Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin,
Tel. 030-28534-0, Fax: 030-28534-109, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

Inhalt

Vorwort	5
Idee und Theorie von Geschlechterdemokratie Helga Lukoschat und Peter Döge	7
Gender Mainstreaming in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Katharina Heuer und Werner Müller	21
Gender Mainstreaming + Empowerment = Geschlechterdemokratie?! Barbara Helfferich und Farid Esack	31
Männlich. weiblich. Rechtsextrem. Renate Bitzan und Oliver Geden	40
EU-Erweiterung: Geschlechterdemokratie (kein) Thema? Lisa Paus und Czeslaw Fiedorowicz	54
Politik für Kinder! Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung Christine Bergmann, Fritz Kuhn, Sabine Walther und Werner Sauerborn	70
Männer in die Teilzeit. Perspektiven und Potentiale Irmingard Schewe-Gerigk und Stephan Höyng	86
Geschlechterdemokratie in der Außen- und Sicherheitspolitik Cilja Harders, Alfred Grannas und Hans-Heinrich Wrede	96

Vorwort

Im April 2000 begrüßte Claudia Neusüß, damaliges Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, das Publikum des 1. Geschlechterdemokratischen Dialogs mit folgenden Worten: „In der Reihe Geschlechterdemokratische Dialoge wird das noch relativ neue und noch nicht allen bekannte Konzept der Geschlechterdemokratie vorgestellt. Dabei wollen wir auch die Ziele und Möglichkeiten sondieren, die die praktische Umsetzung von Geschlechterdemokratie in verschiedenen Bereichen bietet.“

In den zurückliegenden Jahren haben wir in Kooperation mit der Wochenzeitung „Freitag“ neun Geschlechterdemokratische Dialoge durchgeführt. Die Themen waren: Idee und Theorie von Geschlechterdemokratie, Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik, Rechtsextremismus, EU-Erweiterung, Kinderpolitik, Teilzeitarbeit und Außen- und Sicherheitspolitik. Der 2. Dialog zum Thema Parteilarbeit wurde nicht dokumentiert. Als Gäste haben wir in den meisten Fällen jeweils eine Frau und einen Mann eingeladen, um (mögliche) unterschiedliche Positionen und Zugänge zu den jeweiligen Themen aufzuzeigen.

Ziel der Geschlechterdemokratischen Dialoge war,

- die Idee und Vision von Geschlechterdemokratie in der Gesellschaft voranzutreiben
- die politische Relevanz von Geschlechterdemokratie auszuloten
- Diskussionen zwischen Theorie und Praxis anzuregen
- Motivation und Energien für gesellschaftliche Reformen und institutionelle Reorganisation zu erzeugen.

Die große Resonanz, die die Geschlechterdemokratischen Dialoge seit 2000 sowohl beim Berliner Publikum als auch in der Presse hatten, hat gezeigt, daß es mittlerweile nicht mehr möglich ist, gesellschaftspolitische Themen zu diskutieren, ohne die Geschlechterverhältnisse in den Blick zu nehmen. Als Heinrich-Böll-Stiftung haben wir gerade im Feld der institutionellen Reorganisation die Erfahrung gemacht, daß wir zunehmend in der Lage sind, Motor und Motivator für die Implementierung von Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie in Organisationen zu sein. Hierbei ist uns der Erfolg der Geschlechterdemokratischen Dialoge eine nicht zu unterschätzende Hilfe gewesen.

Mit dem Ende dieser Veranstaltungsreihe möchten wir deren wichtigste Impulse und Ergebnisse gesammelt vorlegen. Diese Publikation ist für uns ein Experiment. Denn die schriftliche Wiedergabe dieser höchst unterschiedlichen und lebendigen Dialoge war nicht immer einfach. Im Gegensatz zu den einzelnen Dialog-Dokumentationen haben wir uns bei dem vorliegenden Sammelband entschieden, die sehr heterogenen Diskussionen der einzelnen Veranstaltungen nicht zu dokumentieren. Ausnahmen haben wir da gemacht, wo sie einen Gewinn für den Gesamtzusammenhang darstellen. Somit ist auch allen gedient, die nicht an den Veranstaltungen teilgenommen haben.

Bei unseren MitstreiterInnen und KritikerInnen auf dem Podium und im Publikum möchten wir uns für ihr anhaltendes Interesse bedanken und freuen uns auch in Zukunft über Anregungen und Kritik zu unserer Arbeit. Unser besonderer Dank gilt Claudia Neusüß für ihre couragierte konzeptionelle Unterstützung der Geschlechterdemokratischen Dialoge.

Eine anregende Lektüre wünschen

*Kerstin Ahrens, Henning von Barga und Gabriele Schambach
Stabsstelle Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung*

1. Geschlechterdemokratischer Dialog

Idee und Theorie von Geschlechterdemokratie

5. April 2000

Helga Lukoschat

Idee und Theorie der Geschlechterdemokratie

Peter Döge

Männerforschung und Geschlechterdemokratie

In der Auftaktveranstaltung zu den Geschlechterdemokratischen Dialogen geht es zunächst um eine Begriffsbestimmung aus wissenschaftlicher Sicht. Helga Lukoschat erläutert den Begriff der Geschlechterdemokratie vor dem Hintergrund seiner historisch-theoretischen Genese, sie spricht Probleme der gegenwärtigen Frauen- und Gleichstellungspolitik an und fordert, Frauenpolitik als Gesellschaftspolitik zu begreifen.

Peter Döge beantwortet die Frage, was Männerbewegung und Männerforschung zum Konzept der Geschlechterdemokratie beigetragen haben und wagt einen Ausblick auf gemeinsame Themen.

Helga Lukoschat

Idee und Theorie der Geschlechterdemokratie

Geschlechterdemokratie – die ganze Demokratie! Solange zwischen Frauen und Männern politische Macht- und Entscheidungspositionen, aber auch Arbeit, Einkommen und Zeit so ungleich verteilt sind, gibt es in Staat und Gesellschaft ein demokratisches Defizit. Geschlechterdemokratie macht deutlich: unsere Demokratie ist noch unvollständig. Denn die Frage, wie die sozialen und ökonomischen Strukturen, aber eben auch die privaten Formen des Zusammenlebens von Frauen, Männern und Kindern beschaffen sein müssen, um Demokratie im politischen Raum zu sichern bzw. überhaupt erst zu verwirklichen, hat sich mitnichten erledigt. Wie eine „Demokratie mit Bedeutung für beide Geschlechter“, so die englische Theoretikerin Anne Phillips, aussehen könnte und sollte, ist von höchst zeitgemäßer Bedeutung.

Im folgenden möchte ich nach ein paar einführenden Bemerkungen mir

- erstens einige historisch-theoretische Erläuterungen erlauben, die uns den Horizont eröffnen sollen, vor dem wir Fragen der Geschlechterdemokratie diskutieren.
- Zweitens werde ich einige der problematischen Punkte gegenwärtiger Frauen- und Gleichstellungspolitik skizzieren.
- In einem dritten Schritt werde ich darlegen, warum Frauenpolitik als Gesellschaftspolitik begriffen werden muß.

Geschlechterdemokratie, eine Begriffsschöpfung der Berliner Soziologin Halina Bendkowski, war schon länger in der feministischen Diskussion, doch erst mit der bündnisgrünen Stiftungsreform (Mitte der 90er Jahre) wurde der Begriff ernst genommen und aufgewertet. In der Stiftungsreform ging es darum, die ehemals drei getrennten Stiftungen der grünen Partei, darunter die Frauen-Anstiftung, die ausschließlich Frauenprojekte förderte, in ein neues Gesamtkonzept zu integrieren. Einerseits stand das Konzept der Autonomie auf dem Prüfstand. Andererseits sollten nicht die Fehler wiederholt werden, an denen die institutionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik krankt.

Ausgangspunkt der Überlegungen war, daß wir heute eine neue Balance und produktive Verbindung zwischen zwei frauenpolitischen Strategien benötigen, die jede für sich an ihre Grenzen stößt. Die Strategie der Autonomie, die sich in der Bundesrepublik vor allem als autonome Projekte-Bewegung ausgeprägt hat, hat dazu geführt, sich von wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten und Entwicklungen abzukoppeln, diese nicht mehr beeinflussen zu können oder gar zu wollen. Sie ist in die politische Machtlosigkeit abgedriftet. Die Strategie der Integration wiederum, die sich weitgehend in Form der institutionellen Frauen- oder Gleichstellungspolitik ausgeprägt hat, zeigt gleichfalls Schwächen. Frauen- oder Gleichstellungspolitik hat immer wieder und meist erfolglos dagegen anzukämpfen, in „gemischten“ Organisationen an den Rand gedrängt und auf ein gering geschätztes Themenspektrum reduziert zu werden. Das gilt für Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen ebenso wie für die Universitäten und die Medien. Die gesellschaftsverändernden Potentiale feministischer Politik drohen verloren zu gehen.

Der Begriff der Geschlechterdemokratie kann vor allem dann Bedeutung gewinnen, wenn es um die Einflußnahme auf männlich dominierte Institutionen und Organisationen geht. Denn Geschlechterdemokratie, als normativer Begriff verstanden, richtet die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und das Geschlechterverhältnis, das es unter demokrati-

schen Gesichtspunkten umzugestalten gilt. Geschlechterdemokratie wendet sich an beide Geschlechter – und Männer können sich weniger aus der Verantwortung ziehen. Organisatorisch bedeutet dies, vor allem die Leitungs- und Steuerungsgremien von Institutionen auf die Umsetzung geschlechterdemokratischer Perspektiven zu verpflichten – und diese Kompetenz zum Beispiel auch zum Beurteilungskriterium für männliche wie weibliche Führungskräfte zu machen.

Geschlechterdemokratie bedeutet nicht nur, die Partizipationschancen von Frauen in Politik und Öffentlichkeit zu sichern bzw. zu erweitern. Quotierung – so unverzichtbar sie ist – reicht langfristig nicht aus. Ebenso muß es um ein besseres Gleichgewicht in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern gehen und darum, daß Männer ihren Anteil an der Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit übernehmen. Die Lebenskonzepte von Frauen haben sich in den letzten 20 Jahren enorm verändert: die Frauenbewegung hat hier große Erfolge erzielt. Doch die Lebenskonzepte und Rollenmuster von Männern haben mit diesen Veränderungen bei weitem nicht Schritt gehalten. So ist ein Ungleichgewicht in den privaten Lebensverhältnissen entstanden, das heute vor allem zu Lasten von Frauen und zu Lasten von Kindern geht. Deshalb ist es so wichtig, den Blick auf das Geschlechterverhältnis und nicht nur auf die Frauen, sondern vor allem auf die Männer zu lenken.

Historisch-theoretischer Hintergrund

Die politischen Strukturen und Institutionen der neuzeitlichen Demokratie entstanden im 18. und 19. Jahrhundert unter dem Ausschluß von Frauen und unter der funktionalen Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre. Wie eine Reihe feministischer Theoretikerinnen aufgezeigt hat, u. a. Carole Pateman oder im deutschsprachigen Raum Barbara Schaeffer-Hegel, waren die Theoretiker der Aufklärung, des Naturrechts und des Gesellschaftsvertrages, die die legitimatorischen Grundlagen der heutigen Demokratie entwarfen, keineswegs an der Einbeziehung von Frauen in die entstehende bürgerliche Öffentlichkeit und in die politische Machtausübung interessiert. Mit jeweils unterschiedlichen Begründungen und zum Teil logischen Manipulationen gegenüber ihren eigenen theoretischen Prämissen von der natürlichen Gleichheit und den natürlichen Rechten der Menschen wurde die Unterordnung von Frauen unter Männer und ihr Einschluß in den Privatbereich gerechtfertigt. Das neuzeitliche Konzept des Gesellschaftsvertrags, so Carole Pateman, ist als ein Vertrag der Brüder zu verstehen. Dieser hatte nicht nur die Funktion, die politische Machtausübung zu regulieren, sondern den bürgerlichen Männern vor allem die uneingeschränkte Machtausübung im privaten und familiären Raum, über ihre Frauen und Kinder, zu garantieren.

Der öffentliche Raum, die Sphäre allgemeiner Vernünftigkeit, wie Hegel später sagt, blieb exklusiv Männern vorbehalten. Frauen konnten sich zur Politik, zu den staatlichen Institutionen, nur vermittelt über Männer positionieren. Frauen, im privaten Raum und damit im Partikularen und Besonderen eingeschlossen, vermochten keine Tradition zu entwickeln, das Gemeinwohl zu repräsentieren.

Formale Gleichberechtigung und ein modernes, hoch komplexes politisches System haben dieses für die Demokratie und für die Repräsentanz von Frauen so problematische Erbe nicht auflösen können. Es ist immer noch wirksam, weil sein Grundprinzip, die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, nicht überwunden ist. Es ist gesellschaftlich die Regel, daß Frauen nach wie vor die Hauptverantwortung für die Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit übernehmen und dieses Arrangement der Geschlechter wird durch vielfältige

institutionelle und rechtliche Regelungen unterstützt und reproduziert. Ich denke hier zum Beispiel an das Steuerrecht oder an die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Wir leben also heute in Strukturen, die in jeder Generation aufs Neue dafür sorgen, daß sich die Lebensentwürfe, die Lebenschancen und Lebensrisiken von Frauen und Männern erheblich unterscheiden.

Für demokratische Politik hat das zahlreiche Auswirkungen:

1. Ein demokratisches Gemeinwesen sollte allen Mitglieder die gleichen Chancen eröffnen, politisch Einfluß zu nehmen. Frauen haben jedoch strukturell größere Probleme, an der Politik teilzunehmen und politische Entscheidungsprozesse mitzubestimmen. Frauen sind trotz der Erfolge der letzten Jahre in der Politik immer noch deutlich unterrepräsentiert, vor allem in politischen Führungspositionen.
2. Inhalte, Funktionsweisen, aber auch die Umgangsformen und Rituale der Politik sind auf die Interessen und Bedürfnisse von Männern zugeschnitten. Politik ist ein männlich geprägtes Handlungsfeld. Männlichkeit ist hier im Sinne eines wirkungsmächtigen kulturellen Codes zu verstehen. Frauen sind in der Politik, wie die Politikwissenschaftlerin Bärbel Schöler-Macher sagt, buchstäblich „Fremdkörper“. Auch ich habe in meinen Studien zum Berliner Frauensanat und der Präsentation der Senatorinnen in den Medien feststellen können, daß die Berliner Politikerinnen dann am besten in der Öffentlichkeit beurteilt wurden, wenn sie es verstanden, ihr Geschlecht auf irgendeine Art zu neutralisieren und nicht oder nicht in erster Linie als Frau wahrgenommen zu werden. Männer dagegen können positiv und bestärkend auf ihre Geschlecht bezug nehmen. Eine spezifische Art von Virilität gilt im Gegenteil als förderlich und erfolgsträchtig. Weibliche Attraktivität bei Politikerinnen weckt dagegen sofort Zweifel an ihrer politischen Kompetenz. Von einer egalitären politischen Kultur, wie sie in den skandinavischen Ländern bereits in Ansätzen sichtbar ist, sind wir in der Bundesrepublik weit entfernt.
3. Es ist immer noch keine Selbstverständlichkeit, daß Frauen ebenso wie Männer berechtigt sind, für die Allgemeinheit und im allgemeinen Interesse zu sprechen. Frauen sind zum Beispiel sehr selten Generalistinnen in der Politik. Das Problem betrifft aber auch die Gleichstellungspolitik. Dies wird nicht als Thema von allgemeinem Interesse und mit entsprechender gesellschaftspolitischer Reichweite wahrgenommen, sondern als „Frauen-thema“ abgehandelt, das höchstens am Rande des politischen Interesses angesiedelt ist.

Grenzen und Probleme der institutioneller Gleichstellungspolitik

1. Frauenpolitik läuft – entgegen des eigenen Anspruches und des Bemühens der Frauenpolitikerinnen selbst – oft genug Gefahr, auf Ressortpolitik eingegrenzt zu werden, die sich an den immer gleichen Themenfeldern abarbeiten muß. Problematisch erscheint mir, daß Frauenpolitik sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Parteien und Institutionen zu sehr mit diesem Themenspektrum identifiziert wird und der übergreifende, gesellschaftspolitische Ansatz verloren geht.
2. M.E. hat die Institutionalisierung von Frauenpolitik die Tendenz verstärkt, Frauenpolitik als ein Ressort unter anderen zu begreifen, das, ohne die bestehenden Strukturen von Politik und Verwaltung zu verändern, gleichsam angehängt werden kann. Hat Frauenpolitik lediglich eine Appendixfunktion (Sieglinde Rosenberger), kann sie kaum Ansatzpunkte entwickeln, in andere gesellschaftliche Felder und die sogenannte allgemeine Politik einzugreifen.

3. Für die so verstandene Frauenpolitik sind jeweils nur bestimmte „FrauenFrauen“ zuständig und verantwortlich. Die Leitungsgremien der jeweiligen Organisation sind von der Entwicklung und Durchsetzung gleichstellungspolitischer Standpunkte entlastet oder haben sogar die Möglichkeit zu gezielter Verhinderung und Vermeidung.
4. Die institutionalisierte Gleichstellungspolitik hat den Begriff der Frauenförderung als einen ihrer zentralen Leitbegriffe etabliert. Gegen den Begriff wäre nichts einzuwenden, wenn damit das Empowerment von Frauen, also die Stärkung ihrer persönlichen und politischen Handlungsfähigkeit, gemeint ist. So wird der Begriff zum Beispiel in der Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz verstanden. Im bundesrepublikanischen Kontext zeigen sich eher problematische Seiten. Unter dem Verdikt der Frauenförderung erscheinen Frauen als Defizitäre. Anstatt die gesellschaftlichen Strukturen, die Diskriminierung bewirken und Privilegien von Männern in das Zentrum politischer Bemühungen zu stellen, werden nun Frauen zum Problem definiert.

Frauenpolitik als Gesellschaftspolitik

Doch trotz dieser kritischen Anmerkungen: es geht nicht um die Abschaffung institutioneller Frauen- oder Gleichstellungspolitik, sondern um ihre innovative Weiterentwicklung. Es kommt darauf an, der Vernachlässigung der Geschlechterfragen in den meisten Feldern und Funktionsbereichen der institutionellen Politik entgegenzutreten und die Politik für die gesellschaftspolitischen Anliegen von Frauen über die Grenzen der „klassischen“ Frauenpolitik hinaus zu sensibilisieren. Gleichstellungspolitik muß künftig sehr viel stärker als Gesellschaftspolitik entworfen werden, die in allen Ressorts und in allen Politikfeldern zu verankern ist. Hohe strategische Bedeutung haben vor allem die Felder der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme, die Finanz- und Steuerpolitik. Hierfür eignet sich der Begriff der Geschlechterdemokratie sehr viel besser als der Begriff der Frauenförderung.

Im skandinavischen Raum wird unter dem Stichwort Mainstreaming ein neues Organisationsmodell für Gleichstellungspolitik erprobt, das 1996 auch von der Europäischen Kommission übernommen wurde. Während das Konzept der Geschlechterdemokratie den theoretischen Rahmen bildet, ist Gender Mainstreaming als ein Instrument der Umsetzung zu verstehen.

Mainstreaming bedeutet, in allen Feldern und auf allen Ebenen der Politik die Geschlechterperspektive zu inkorporieren. Das heißt, danach zu fragen, wie sich politische Maßnahmen jeweils auf Männer und Frauen auswirken und ob und wie sie zu dem Ziel der Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Geschlechter beitragen. Als Instrumente werden u.a. angewandt

- Erhebung geschlechterspezifischer Statistiken in allen Politikfeldern
- Förderung von Forschungen im Bereich der Frauen- und Geschlechterstudien, kontinuierliche Datenerhebung, Vernetzung von Forschungsaktivitäten
- Ausbildungs- und Trainingsprogramme zu Fragen der Gleichberechtigung – im universitären Bereich, zum Beispiel in der Lehrerbildung, aber auch im betrieblichen Sektor
- öffentlichkeitswirksame Kampagnen mit dem Ziel der Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Gleichberechtigungspolitisches Mainstreaming kann im Idealfall dazu beitragen, aktuelle gesellschaftliche Strukturprobleme unter neuen Perspektiven wahrzunehmen und gleichsam

umzudeuten. Dieser Prozeß der Umdeutung wird in der skandinavischen Strategie-Diskussion als ReFraming bezeichnet – etwas wird in einen neuen Rahmen gestellt.

So ist die Frage, wer welche Arbeit und Verantwortung für die verschiedenen Lebensbereiche übernimmt und wie die privaten und familiären Lebensverhältnisse gestaltet werden, ein gesellschaftliches Problem erster Priorität. Angesichts der Auflösung traditioneller Lebensverhältnisse, der Entwicklung der Informationstechnologien und neuer Arbeitsformen bei gleichzeitiger struktureller Massenarbeitslosigkeit hat es höchste gesellschaftliche Brisanz – für Männer, für Frauen und für die nachfolgenden Generationen. Die westlichen Gesellschaften haben bisher kein sozial verträgliches Modell dafür entwickelt, wie die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die für die Industriegesellschaft des 19. Jahrhundert äußerst funktional war, heute zu verändern und weiterzuentwickeln ist. Heute können wir vielmehr eine Krise im Reproduktionsbereich feststellen. Dennoch wird in den allermeisten öffentlichen Debatten, wie zum Beispiel im Bündnis für Arbeit, die Geschlechterfrage ausgeklammert. Es kommt allein der Bereich der Erwerbsarbeit in den Blick, scheinbar geschlechtsneutral und scheinbar unabhängig von den privaten Lebensverhältnissen. Hier liegt mit Sicherheit eine große Aufgabe für Strategien des ReFraming.

Insgesamt bin ich überzeugt, daß sich der Begriff der Geschlechterdemokratie sehr gut dafür eignet, Institutionen und Organisationen für gleichstellungspolitische Zielsetzungen in die Pflicht zu nehmen und unser Verständnis für deren gesellschaftspolitische Dimensionen zu erweitern. In Verbindung mit neuen Steuerungsmodellen oder in Verbindung mit Mainstreaming-Strategien ist m.E. eine zukunftssträchtige Strategie eingeschlagen.

Dr. Helga Lukoschat, Studium der Germanistik, Politikwissenschaft und Geschichte in Erlangen und Berlin. Zusammen mit Barbara Schaeffer-Hegel Mitbegründerin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin. Seit Januar 2000 Geschäftsführerin der Akademie.¹

¹ Die Angaben zu den ReferentInnen in dieser Broschüre beziehen sich auf den Zeitpunkt der jeweiligen Dialog-Veranstaltung.

Peter Döge

Männerforschung und Geschlechterdemokratie

Mit dem Konzept der Geschlechterdemokratie wird allgemein ein stärkeres Engagement von Männern in der Geschlechterpolitik gefordert. Was kann Geschlechterdemokratie aus der Perspektive von Männern bedeuten? Was haben Männerbewegung und Männerforschung bisher zu diesem Konzept beigetragen? Wie wird dieses Konzept inhaltlich gefüllt?

Männerbewegung und Männerforschung

Aus der Kritik an den Einschränkungen der Männerrolle und mit der Perspektive einer egalitären Gestaltung der Geschlechterverhältnisse hat sich eine kleine Männerbewegung etabliert, die aus unzähligen Projekten, Initiativen und Gruppen besteht und in der Männerbewegungsliteratur ihren Ausdruck findet. Es begann Ende der 60er Jahre, von der Öffentlichkeit zunächst weitgehend unbemerkt (die erste Männergruppe wurde im Jahr 1969 in Berkeley in den USA gegründet). Seit den frühen 80er Jahren existieren im akademischen Bereich kritische Studien von Männern über Männer und Männlichkeiten, die sich an der Perspektive einer egalitären Gestaltung der Geschlechterverhältnisse orientieren. ¹

Von besonderer Bedeutung dürften dabei die sogenannten Männerstudien, die Studien zum Einstellungswandel von Männern sein. Fanden sich hier in den 70er Jahren noch weitgehend traditionelle Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung des Geschlechterverhältnisses bei Männern, sind nach der jüngst vorgelegten Männerstudie rund ein Fünftel der bundesdeutschen Männer sogenannte „neue Männer“. ² Diese sind partnerschaftlicher in der Beziehung, beteiligen sich deutlich mehr an Haus- und Familienarbeit, sind neue Väter, unterstützen ihre Partnerinnen in ihrer Berufstätigkeit und lehnen Gewalt als Mittel der Konfliktlösung in der Partnerschaft eindeutig ab. Ein Fünftel der Männer ist nach wie vor traditionell, sieht den Platz der Frauen im Heim und am Herd – eine Meinung, die allerdings auch rund ein Sechstel der befragten Frauen vertritt. Dazwischen finden sich die pragmatischen und unsicheren Männer, deren zukünftiges Rollenmuster unklar scheint.

Geschlechterdemokratie aus Sicht der Männerforschung orientiert sich am „neuen Mann“. Kritische Männerforschung fragt nach den Blockaden einer geschlechterdemokratischen Orientierung von allen Männern, aber auch von Frauen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen bilden dabei folgende geschlechtertheoretische Prämissen:

- Männlichkeit ist ein soziales Konstrukt wie Geschlecht, es kann sich von den männlichen Körpern lösen, wird institutionell ausgedrückt und über Institutionen reproduziert ³,
- Es gibt nicht eine Männlichkeit, sondern es muß von Männlichkeiten gesprochen werden, die jedoch in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen, wobei das dominierende Männerbild nach Connell als hegemoniale Männlichkeit bezeichnet werden kann. Das vorherrschende Geschlechterarrangement hat von daher zwei geschlechtsspezifische Herrschaftsdimensionen: Mann versus Frau und Mann versus Mann. ⁴

Männerbilder und Dominanz von Männlichkeit

Ein kritisch männerforschender Blick auf die zurückliegenden 30 Jahre „Gender Trouble“ zeigt nun, daß trotz Frauen- und Männerbewegung zwei Männerbilder hegemonial geblieben sind und als zentrale Blockaden von Geschlechterdemokratie gesehen werden müssen: der Machtmann und der Arbeitsmann.

Männlichkeit wird noch immer gleichgesetzt mit grenzenloser (Gestaltungs-)Macht über Mensch, Natur und Technik. Ein Bild, das – wie alle vorliegenden Untersuchungen übereinstimmend zeigen – den gesamten Sozialisationsprozeß von Männern begleitet. Dieses Machtversprechen ist jedoch brüchig; subjektive Machtlosigkeitserfahrungen im Alltag bilden einen wichtigen Grund von physischer Gewalt von Männern.⁵ Die mit dem Machtmann verbundene Vorstellung vom Mann als „Täter“ und Frau als „Opfer“ verstellt allerdings hier häufig den Blick. So wird übersehen, daß zwei Drittel der Opfer männlicher Gewalt Männer sind, daß etwa die Suizidrate von Männern allgemein höher liegt als die von Frauen, daß Männer sechs Jahre weniger leben als Frauen – kein Wunder, denn die Tätigkeiten mit den meisten Arbeitsunfällen sind nach wie vor typische Männerberufe, Berufskrankheiten erleiden mit Ausnahme der Hautkrankheiten ausnahmslos Männer.⁶

Auch ist Erwerbsarbeit nach wie vor ein zentraler Bestandteil männlicher Identität.⁷ Noch immer entscheiden sich Männer primär für den Beruf und erwarten von Frauen eine Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit bei Geburt eines Kindes. Der Arbeitsmann als Leitbild konfrontiert Männer, welche aus familiären Gründen Teilzeit arbeiten oder Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen wollen, mit massiven Hindernissen. Insbesondere die Einstellungen der Führungskräfte sowie die vorherrschenden Leistungsvorstellungen und Karrieremuster werden als zentrales Hindernis gesehen: Teilzeitmänner gelten als wenig leistungsbereit (da physisch nicht anwesend), Erziehungsurlauber als „unmännlich“ – auch bei ihren weiblichen Kolleginnen.⁸

Zwar sind Frauen in den letzten Jahren zunehmend mächtig und erwerbstätig geworden, dies hat jedoch nichts wesentliches an der strukturellen Dimension der Geschlechterhierarchie verändert: Männlich herrscht weiterhin über weiblich und bildet noch immer die Norm (bei Karriere und Leistungsmustern), Haus- und Familienarbeit ist nach wie vor weiblich konnotiert und damit gesellschaftlich geringer bewertet, Kinder sind „Kostenfaktor“ und Armutsrisiko.⁹ Anstelle ihrer überfälligen Ablösung erfahren Arbeitsmann und Machtmann im Kontext der neoliberalen Globalisierung sogar eine weitere Verstärkung. Gefragt ist nun der „flexible Mensch“: er ist risikobereit, orts-, reproduktions- und bindungsungebunden, arbeits- und erfolgs- und konkurrenzorientiert, ist mächtig und dominanzorientiert:

„Die neue Unternehmer-Männlichkeit will ihren Anteil am wachsenden internationalen Sexhandel, hat mit der globalen Zerstörung der Wälder zu tun und führt einen Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat im Namen internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Eine modernisierte Unternehmer-Männlichkeit kann sich auf gleiche Einstellungschancen für qualifizierte Frauen bereitwillig einlassen, während sie riesige Profite durch die Ausbeutung von Fabrikarbeiterinnen und durch den Absatz von Fast Food macht“.¹⁰

Geschlechterdemokratie als Männlichkeitskritik

Vor diesem Hintergrund kann Geschlechterdemokratie nicht nur als Aufhebung der quantitativen Dominanz von Männern in relevanten gesellschaftlichen Bereichen gefaßt werden, son-

dern als Ablösung von Männlichkeit als dominantes gesellschaftliches Struktur- und Handlungsmuster – eben als Norm. ¹¹ Geschlechterdemokratie ist von daher immer auch Männlichkeitskritik, immer Kritik an Arbeits- und Machtmann. Demnach kann nicht die globale Erwerbsarbeitsgesellschaft mit ihren männlich geprägten Leistungs- und Karrieremustern Ziel von Geschlechterdemokratie sein, sondern eine Aufwertung bisher weiblich konnotierter Verhaltensmuster und Tätigkeiten mit der Perspektive von Diversity, d.h. ihrer Gleichwertigkeit jenseits aller körperlichen und soziokulturellen Unterschiede der sie ausführenden Personen. Nach Ansicht des amerikanischen Männerforschers Michael Kimmel schließt Geschlechterdemokratie zugleich eine Politik gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund körperlicher und soziokultureller Unterschiede ein, Orientierung ist eine „democratic manhood“. ¹²

Die Umsetzung von Geschlechterdemokratie in diesem Sinne kann nicht durch eine exklusive Frauen- oder Männerpolitik geschehen, sondern nur in der generellen Verbindung aller politischen Problemstellungen mit der Geschlechterfrage. Das bedeutet: Gender Mainstreaming. ¹³ Männer werden Geschlechterdemokratie und Geschlechterpolitik jedoch nur dann als auch für sie relevante Politikbereiche erkennen, wenn die Verengung von Geschlechterpolitik auf Frauenpolitik aufgehoben wird. Dies könnte etwa durch eine geschlechterparitätische Besetzung von Gleichstellungsstellen in Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen mit Frauen und Männern geschehen. Als Beispiel kann hier die schwedische Geschlechterpolitik dienen, die schon frühzeitig eine Arbeitsgruppe zur Männerrolle eingerichtet hatte und (wie zuvor auch in Finnland) einen männlichen Ombudsmann für Gleichstellung berufen hat. Männer- und Väterberatung sind ebenso integraler Bestandteil dieser Politiken wie die staatliche Unterstützung von Projekten, die eine Erhöhung des Anteils von männlichen Erziehern in Kinderbetreuungseinrichtungen beabsichtigen. ¹⁴

Soll die geschlechtsspezifische Konnotation von Tätigkeiten und Verhaltensmustern aufgelöst werden, beinhaltet Geschlechterdemokratie eine Flexibilisierung der Geschlechterrollen: „Männer und Frauen sollten die Möglichkeit haben, ihr Rollenverhalten je nach den Anforderungen ihrer Lebensbedingungen und nach eigenen Wünschen frei wählen zu können“. ¹⁵ In einem solchen, von Conell auch als DeGendering bezeichneten Ansatz, sollten dann in einem kritischen Geschlechterdialog die jeweils positiven wie negativen männlichen und weiblichen Rollenbestandteile gesichtet und neu kombiniert werden. Denn nicht alle männlich konnotierten Verhaltensmuster sind per se negativ, wie auch nicht alle weiblich konnotierten Verhaltensmuster per se positiv sind: „Die weiblichen Werte sind selbst durch die männerdominierte Struktur unserer Gesellschaft verfälscht“. ¹⁶

Eine solche Klärung kann nur von Männern und Frauen gemeinsam erreicht werden. Männerpolitische Ansätze mythopoetischer Provenienz, die Männlichkeit in Abgrenzung zu Frauen und als essentialistische Konstante rekonstituieren wollen, haben keine Chance. ¹⁷ Denn nur gemeinsam können „Männer und Frauen ... wahrhaft menschliche Wesen werden ... und nicht in erster Linie männliche bzw. weibliche Wesen“. ¹⁸

Dr. Peter Döge, Diplom-Politologe, Gründer und Mitarbeiter des Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (IAIZ), Berlin; zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis von Technik-Politik-Geschlecht sowie zur kritischen Männerforschung; Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin/Studiengang Gender Studies sowie an der Universität-Gesamthochschule Essen/Kolleg für Geschlechterforschung.

Anmerkungen

1 Döge, Peter (1999): Männerforschung als Beitrag zur Geschlechterdemokratie? Ansätze und Ergebnisse kritischer Männerforschung im Überblick. Literaturstudie im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn

2 Zulehner, Paul M. / Volz, Rainer (1998): Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein Forschungsbericht. Herausgegeben von der Männerarbeit der Evangelischen Kirche Deutschlands sowie der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands, Ostfildern: Schwabenverlag

3 Albrecht-Heide, Astrid (1990): Patriarchat, Militär und der moderne Nationalstaat, in: AMI, Nr. 6, S.23

4 Wie etwa Astrid Albrecht-Heide kritisch anmerkt, wurde dieser Aspekt von der bundesdeutschen Frauenforschung lange Zeit ausgeblendet: „Diese doppelte Qualität... wird nicht immer gesehen; sie wird demgegenüber oft als logischer Widerspruch im Patriarchatskonzept begriffen oder aber hierarchisch aufgelöst.“ vgl. Albrecht-Heide, Astrid (1990): Patriarchat, Militär und der moderne Nationalstaat, in: AMI, Nr. 6, S.23

5 Kaufman, Michael (1994): Men, Feminism, and Men's Contradictory Experience of Power, in: Harry Brod/Michael Kaufman (Hg.): Theorizing Masculinities, Thousand Oaks / London / New Delhi: Sage, S. 142–163

6 vgl. Lenz, Hans-Joachim (2000): „... und wo bleibt die solidarische Kraft für die gedemüdigten Geschlechtsgenossen?“ Männer als Opfer von Gewalt – Hinführung zu einer (noch) verborgenen Problemstellung, in: Ders. (Hg.): Männliche Opfererfahrungen. Problemlagen und Hilfeansätze in der Männerberatung, Weinheim / München: Juventa, S. 19 – 69; s.a. Korte, Wolfgang (1997): Männer-Gesundheit und Männer-Krankheit: Zahlen, Fakten und Hintergrund-Informationen, in: Männer-Gesundheit. Dokumentation der Tagungsreihe, Hamburg: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, S. 22 – 32

7 Dieter Schnack / Thomas Gesterkamp (1996), Hauptsache Arbeit. Männer zwischen Beruf und Familie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

8 Peinelt-Jordan, Klaus (1996): Männer zwischen Familie und Beruf – ein Anwendungsfall für die Individualisierung der Personalpolitik, München / Mering: Hampp; Pleck, Joseph H. (1993): Are „Family-Supportive“ Employer Policies Relevant to Men?, in: Jane C. Hood (Hg.): Men, Work and Family, Newbury Park / New Delhi / London: Sage, S. 217 – 237

9 Franks, Suzanne (1999): Das Märchen von der Gleichheit. Frauen, Männer und die Zukunft der Arbeit, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt

10 Connell, Robert William (1995): Neue Richtungen für Geschlechtertheorie, Männlichkeitsforschung und Geschlechterpolitik, in: L. Christof Armbruster/Ursula Müller/Marlene Stein-Hilbers (Hg.): Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse, Opladen: Leske & Budrich, S.81 ; s.a. Connell, Robert W. (1998): Masculinities and Globalization, in: Men and Masculinities, Nr.1, S. 3– 23

11 Döge, Peter (1999): Die Erforschung der Männlichkeit. Neue wissenschaftliche Ansätze in der Debatte um Geschlechterdemokratie und was Männer dazu beitragen können, in: Frankfurter Rundschau Nr.175, S. 9

12 Kimmel, Michael (1996): Manhood in America. A Cultural History, New York / London / Toronto / Sydney / Singapore: The Free Press

13 Döge, Peter (2000): Neue Männer - Neue Männerpolitik. Ansätze geschlechterdemokratischer Politik im Zeichen des „neuen Mannes“, in: Martin Rosowski/Andreas Ruffing (Hg.): MännerLeben im Wandel. Würdigung und praktische Umsetzung einer Männerstudie, Ostfildern: Schwabenverlag, S.111 – 131

- 14 vgl. etwa: Ministry for Industry Employment and Communications (1999): Men and Equality. Factsheet, Stockholm
- 15 Bründel, Heidrun/Hurrelmann, Klaus (1999): Konkurrenz, Karriere, Kollaps. Männerforschung und der Abschied vom Mythos Mann, Stuttgart: Kohlhammer, S. 186
- 16 Wajcman, Judy (1994): Technik und Geschlecht: Die feministische Technikdebatte, Frankfurt am Main: Campus, S. 199
- 17 vgl. Kimmel, Michael S./Kaufman, Michael (1994): Weekend Warriors. The New Men's Movement, in: Harry Brod/Michael Kaufman (Hg): Theorizing Masculinities, Thousand Oaks / London / New Delhi: Sage, S. 259 – 288
- 18 Easlea, Brian (1986): Väter der Vernichtung. Männlichkeit, Naturwissenschaftler und der nukleare Rüstungswettlauf, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 196.

Auszüge aus der Diskussion

Kann eine Transformation der Geschlechterverhältnisse die Demokratie fördern?

Helga Lukoschat merkt an, daß auch Frauen den Bundeskanzler gewählt haben und damit politisch Einfluß nehmen. Gleichzeitig unterwerfen sie sich den gesellschaftlich gewachsenen Strukturen zur Umsetzung von Demokratie. Damit wird männliche Macht auch von Frauen gestützt. Das widerspricht nicht dem Konzept, Frauen an der Macht zu beteiligen. Machtstrukturen haben sich durchaus in den letzten Jahren verändert. Die Präsenz von Frauen in Organisationen ändert Strukturen; vor allzuviel Optimismus wird gewarnt. Frauen finden Zugang auch in „unliebsame“ Bereiche, wie beispielsweise die Armee.

Wenige Frauen in Machtpositionen können gesellschaftlich nicht wirkungsvoll sein.

Kann Geschlechterdemokratie ein Ausweg aus der Krise der klassischen Frauenpolitik sein?

Der Feminismus verfolgt diverse Projekte und nicht alle Projekte befinden sich in einer „Krise“. Gerade auf politischer Ebene haben Frauen ein Interesse an Veränderung, weil sie mehr Nachteile haben als Männer, so Helga Lukoschat. Peter Döge ergänzt, daß es nicht mehr um die formelle Gleichberechtigung sondern um deren tatsächliche Umsetzung geht: Strukturelle Gleichberechtigung muß mit formeller einhergehen.

Die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer. Welche Rolle spielt Geduld im Konzept Geschlechterdemokratie?

Helga Lukoschat hat beobachtet, daß sich die Frauenbewegung in den letzten zehn Jahren sehr verändert hat. Verstand sie sich in den alten Bundesländern als außen stehende Instanz, die auf die ungleichen Strukturen aufmerksam machte und für Gleichberechtigung kämpfte, so ist sie aus dieser „Oppositionsrolle“ in der Realität angekommen. Frauen arbeiten hart an der Veränderung mit und fordern ihre Rechte ein. Dabei stoßen sie überall auf die alten Machtstrukturen.

Im Konzept der Geschlechterdemokratie finden sich viele alte Forderungen der Frauenbewegung wieder. Warum sollen diese Forderungen, auf die jahrelang nicht eingegangen wurden, unter dem neuen Etikett Geschlechterdemokratie Gehör finden?

Helga Lukoschat entgegnet, daß sich die beiden Frauenbewegungen in den beiden deutschen Staaten mit unterschiedlichen Zielen und Schwerpunkten entwickelt haben. Mit dem Mauerfall 1989 setzte eine epochale Wende ein. Frauen der ehemaligen westdeutschen Frauenbewegung begannen auf einmal, den zuvor stark kritisierten Staat zu verteidigen. Eben solche Tendenzen sind in der ostdeutschen Frauenbewegung zu beobachten. Beide Frauenbewegungen im herkömmlichen Sinne gibt es seit dem nicht mehr. Eine Auseinandersetzung darüber wurde noch nicht geführt.

Beide Bewegungen waren auf Frauen ausgerichtet und haben die Männer außen vor gelassen, fügt Peter Döge hinzu. Auch Männer haben Interesse daran, Strukturen zu verändern. Männer werden oft als monolithisch wahrgenommen. Männer sollten sich zunehmend einmischen und auch ihre unterschiedlichen Interessen äußern und zur Diskussion stellen.

Die Chance des neuen Begriffs liegt darin, eine Identifikation für beide Gruppen möglich zu machen. Geschlechterdemokratie ist ein Konzept, das modellierbar ist und damit Ideen und Ziele beider aufnehmen kann.

Warum gibt es Frauenbeauftragte aber keine Männerbeauftragten? Geschlechterforschung ist meistens ein Synonym für Frauenforschung.

Peter Döge setzt sich für spezielle Maßnahmen und Institutionen für Männer ein. Anlaufstellen für Männer werden zunehmend genutzt. Das ist der Beweis, daß diese Strukturen benötigt werden. Männer stehen oft im Rechtfertigungsdrang für ihr Verhalten und ihre Entscheidungen. Dabei übersehen sie, daß sie die Strukturen selber geschaffen haben und nicht ausbrechen.

Männerforschung muß weiter betrieben werden, damit das Verhalten und die Strukturen von Männerwelten analysiert werden. Der Gendermainstreaming-Ansatz soll positiv genutzt werden. Es kann nur von Vorteil sein, wenn Parteimänner gezwungen werden, sich mit dem Geschlechterverhältnis auseinanderzusetzen.

Wieso wird ein so wichtiges Thema mit dem abgenutzten Begriff Demokratie in Verbindung gebracht?

Eine Kritik an Demokratie wirft bestimmte Fragen auf, die zur Diskussion und damit zur Weiterentwicklung des Demokratiebegriffs führen. Defizite müssen benannt werden, nur dann können Wege und Veränderungen angegangen werden. Demokratie ist damit – nach Peter Döges Meinung – nicht zum Scheitern verurteilt. Defizite an der Struktur unserer Demokratie bzw. ihrer derzeitigen Umsetzung sind generell kein Einwand gegen Demokratie, sondern spiegeln ein derzeitiges Verständnis des Begriffs der Gesellschaft wider. Geschlechterdemokratie nimmt mit der Aufnahme des Begriffs „Demokratie“ den damit verbundenen Prozeß von Diskussion, Auseinandersetzung und Veränderung auf.

Wie setzt die Heinrich-Böll-Stiftung die Geschlechterdemokratie um?

Claudia Neusüß stellt Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe vor, die als Leitbild in der Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung verankert ist. Sie soll ein hierarchiefreies Verhältnis zwischen den Geschlechtern fördern. Das ist eine Vision, an deren Umsetzung experimentell gearbeitet wird, erreicht ist sie noch nicht. Alle MitarbeiterInnen sind aufgefordert, konkrete Ziele in ihren Abteilungen zu benennen und Wege zur Umsetzung zu finden.

Alles in allem hat die Heinrich-Böll-Stiftung bereits einige Erfolge erzielt. (Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Gehaltsstufen gibt es nicht; Teilzeitarbeit wird gleichmäßig von beiden Geschlechtern wahrgenommen; Führungspositionen sind weit über 50% mit Frauen besetzt). Unter Zeitdruck gibt es Tendenzen, in die gefestigten „alten“ Strukturen zurückzu-

fallen. Zeit ist für die Umgestaltung ein wichtiger und zentraler Faktor. Die Heinrich-Böll-Stiftung setzt auf Lernprozesse, deren positive Ergebnisse nach außen weiter gegeben werden sollen.

Gender Mainstreaming ist ein überall auftretender Begriff, der aufgrund des Amsterdamer Vertrages in der EU verankert ist und damit von allen Regierungen der EU umgesetzt werden muß. Gleichzeitig findet eine massive Privatisierung öffentlicher Arbeitsplätze statt, die meist zu Lasten von Frauenarbeitsplätzen gehen.

Peter Döge findet, daß Haus- und Familienarbeit gesellschaftlich aufgewertet werden muß, womit Tätigkeiten und Verhaltensweisen gemeint sind. Die daraus entstehende vermehrte Nachfrage nach flexiblen Arbeitszeitmodellen muß die Wirtschaft zum Handeln zwingen. Damit würden mehr Arbeitsplätze vor allem für Frauen zur Verfügung stehen. In Schweden ist die Rate der Männer, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, mit derzeit 40% deutlich höher als der in Bundesrepublik, wo gerade mal 4% davon Gebrauch machen.

In „harten“ Politikfeldern finden Frauen kein Gehör. Alte Strukturen haben dort immer noch Bestand. Wie soll sich das ändern?

Claudia Neusüß bemängelt, daß die Umsetzung des Gender Mainstreaming leider noch nicht in allen Institutionen Einzug gehalten hat. Wichtige Signale müssen hierbei von oben gegeben werden! Davon werden auch die harten Politikfelder nicht verschont bleiben.

3. Geschlechterdemokratischer Dialog

Gender Mainstreaming in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

11. Juli 2000

**Werner Müller
Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik?**

**Katharina Heuer
Neue Perspektiven für die Dienstleistungsgesellschaft**

**Claudia Neusüß
Einführung und Moderation**

Im 3. Geschlechterdemokratischen Dialog geht es um harte Fakten, um Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Wie setzen sich die Bundesregierung und die Privatwirtschaft mit der EU-Politik des Gender-Mainstreamings auseinander? Wirtschaftsminister Werner Müller spricht über Frauen und Beruf, über (zu wenig) Frauen in Entscheidungsgremien und über Männer und Familie. Katharina Heuer, debis AG, legt ihre Erfahrungen dar, wie Frauen für Führung motiviert werden können.

Beide diskutieren, welche Möglichkeiten Gender Mainstreaming eröffnet, um Männer bei der Verwirklichung von Geschlechterdemokratie einzubeziehen. Ausführlich erörtert wird die Frage, ob ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft hilfreich und notwendig ist und was mit einem solchen Gesetz geregelt werden könnte und sollte.

Claudia Neusüß

Einführung

Wirtschaft, Wirtschaftspolitik – was fällt dazu ein? Hartes Politikfeld. Blau gefärbt. Fällt der Begriff ‚Wirtschaft‘, dann wird es immer wirklich wirklich wichtig. Da geht es um viel: Wettbewerbsfähigkeit, Preispolitik, schwankende Konjunktur, bezahlte Arbeit, Abbau von Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Wohlstand. Da gibt es auch viel: Risiko, Verantwortung, Geld, Einfluß, Macht, Zigarren, Männer. Da wird nicht gelacht, da wird ernsthaft gerungen um die richtige Prognose, den Rat der Weisen, den Zuschlag und möglichst viel Freiraum. Kapital sei scheu. Die Finanzmärkte heiß. Und die Frage, wie viel staatliche Regulation ist erlaubt? Zwingend notwendig oder schlicht schädlich im Zeitalter der globalisierten Ökonomie – da scheiden sich die Geister. Jedenfalls irgendwo dazwischen, zwischen Überregulation und marktradikalem Spiel der Wirtschaftskräfte scheint die Suche derzeit am erfolgreichsten. Die Suche erfolgt in der so genannten politischen Mitte am gedrängtesten – auch bei Rot-Grün. ‚New Economy‘ ist eines der neuen Schlagwörter. Unser Wirtschaftsminister ist optimistisch – wir konnten es in der Presse lesen: in Sachen Wachstumschancen und Reformerfolge wird allerlei leichter und so einiges möglich.

Während dessen gestalten Millionen ganz konkrete Menschen, Männer und Frauen, ihr Leben im Rahmen der Wirtschaft und unter den Bedingungen aktueller Wirtschaftspolitik. Sie haben auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche Chancen, gleichermaßen zu partizipieren.

Ein Beispiel besonders hartnäckiger und letzter Männerbiotope, wir haben es letztes Jahr auf der Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema: ‚Frauen in die Chefetagen?‘ festgestellt, ein letztes Biotop sind die Topetagen der Wirtschaft – übrigens anders als in den USA. Das haben wir gelernt. Übrigens auch anders als in manchen europäischen Ländern, Frankreich etwa. Im Vergleich zu den USA, wo der Anteil von Frauen an den leitenden Angestellten von den Siebzigern bis in die Mitte der Neunziger von 19 auf 45% angestiegen ist, blieb die Vergleichszahl in der BRD konstant niedrig. Nach 30 Jahren Frauenbewegung und mehr oder weniger halbherzigen und mehr oder weniger weitreichenden Anstrengungen der Frauenförderung. Die bescheiden anmutende Zahl von 6% Frauen in den leitenden Funktionen der Wirtschaft konstatiert unsere Bundesfrauenministerin.

Im Mittelfeld – möchte ich beruhigen – ist Anlaß für etwas mehr Optimismus, aber ganz oben, nach wie vor, dünne Luft.

Die aktuelle Allensbach-Studie, von der Ministerin in Auftrag gegeben, hat ergeben: 86% der Frauen sehen nach wie vor Ungleichheiten bei Löhnen und Gehältern; 70% fühlen sich beim beruflichen Aufstieg behindert. Umstände, die grüne Frauen, grüne Politikerinnen und sozialdemokratische Frauen seit langem kritisieren.

Alles in allem genug Stoff, um der Frage nachzugehen: Was können geeignete und taugliche Instrumente sein, um die Diskriminierung von Frauen abzubauen, Chancengerechtigkeit herzustellen, Geschlechterdemokratie zu erreichen?

Dr. Claudia Neusüß, Politologin, promovierte über „Frauen und Sozialstaat“. Sie ist Mitbegründerin der Berliner Frauengenosenschaft „Weiberwirtschaft“.

Sie war von 1996 bis 2002 Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung.

Werner Müller

Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik?

Auf der letzten Betriebsversammlung meines Ministeriums hatte ich eine Rede zu halten, in die haben die Mitarbeiter der Personalabteilung den Satz geschrieben, von dem ich nicht wußte, ob er ernst gemeint war oder mehr scherzhaft, jedenfalls ich zitiere ihn gerne: Große Erfolge haben wir auch bei der Politik der Frauenförderung, weil der Anteil der weiblichen Mitarbeiterinnen in Leitungsfunktionen von 8,2 auf 8,9% gestiegen ist.

Immerhin. Wenn wir also bei knapp 9% liegen, liegen wir in diesem Ministerium, wie ich jetzt eben festgestellt habe, schon über dem Mittelwert von weiblichen Leitungsfunktionen in der Wirtschaft.

Mir persönlich macht das Thema sehr viel Freude. Ich habe aber im Ministerium echte Schwierigkeiten, tatsächlich Frauen in eine Leitungsposition zu befördern, weil sie schlicht nicht da sind. Wir stellen fest, daß sich bei den Ausschreibungen, die wir machen, Frauen weit, weit unterrepräsentiert bewerben. Ein Phänomen: Was unten im Ministerium nicht reinwächst, kann, jedenfalls bei Beamten, oben schlecht befördert werden.

Insgesamt sind es **drei Themenbereiche**, die man beachten muß:

Das eine sind die Gestaltungsmöglichkeiten, die Teilhabe von Frauen im Beruf. Das ist das klassische Thema. Da gibt es Programme, auch die Bundesregierung hat ja ein Programm: „**Frau und Beruf**“. Das ist die eine Richtung.

Zweitens: Wenn ich es längerfristig sehe und wirklich erfolgreich sein will, muß ich fragen, wie kommen **Frauen in Entscheidungsgremien**? Da sind sie sehr, sehr unterrepräsentiert. Auch da kann ich ein nettes Beispiel nennen: Ich habe einen Wissenschaftlichen Beirat; der beruft seine Mitglieder autonom. Ich kann kein einziges Mitglied entsenden. Das ist ein Club, in dem man auf Lebenszeit Mitglied ist, stimmberechtigt allerdings nur bis 70. Er besteht traditionell nur aus Männern. Ich habe das bei der letzten Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates problematisiert. Mit Vergnügen hörte ich dann, wie diese Herrenrunde von Volkswirtschaftsprofessoren zwischen 40 und 85 mir erklärte, daß es namhafte Volkswirtschaftlerinnen praktisch auch nicht gäbe – was ich ernsthaft bezweifeln würde. Ich will nur sagen: Wenn solche Entscheidungsgremien dauerhaft so besetzt sind wie dieser eine krasse Fall, ist es quasi vorgegeben, daß Frauen in Entscheidungspositionen nur schlecht reinkommen, weil wir alte Vorurteile immer weiter pflegen.

Das Dritte, was wir grundsätzlich ändern müssen, ist die Einstellung zum Thema „**Mann und Familie**“. Wir haben da einen zaghaften Versuch gemacht in der Bundesregierung, indem wir das ganze Thema Erziehung, Erziehungsurlaub paritätisch machen. Wir werden sehen, wie es wahrgenommen wird. Da gehören unendlich viele Einstellungswandel hinzu, weil, ich weiß es aus der Wirtschaft noch, einige schon komisch angeguckt werden, wenn sie als Mann sagen: „Ich gehe in den Erziehungsurlaub“. Hier sind sehr viele Einstellungsänderungen notwendig.

Wie kriegt man das hin?

Wenn ich das mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände bespreche, dann sagen die: Um Himmels willen, bloß kein Gesetz. Es droht ja theoretisch ein Gleichstellungsgesetz, jedenfalls glaube ich, nach Koalitionsvertrag sind wir sogar gehalten, so etwas zu machen. Es ist die Frage, ob ein solches Gleichstellungsgesetz tatsächlich Wesentliches bewirkt.

Persönlich halte ich mehr davon, wenn man – auch seitens der Arbeitgeberverbände – wirklich Werbung macht für die immer noch sehr wenigen Unternehmen, die vorbildlich Frauen-

förderung, Frauenteilhabe praktizieren. Es gibt einige, wir werden ja gleich das Beispiel debis haben, die sollten seitens der Arbeitgeberverbände als Vorbild herausgestellt werden, mit Empfehlungen. Ich würde diesen Weg gehen wollen, ehe man tatsächlich, wenn alles nichts hilft, etwas gesetzgeberisch nachhelfen muß. Und wenn, dann sollten der Gesetzgeber und die ihm unmittelbar unterstehenden Verwaltungen – dann beginnt es wieder bei den Ministerien – mit gutem Vorbild vorangehen.

Ich bin fest gewillt, den Anteil der Frauen in den Führungspositionen deutlich zu steigern. Ich kann Ihnen versichern, es ist nicht ganz einfach. Ich habe Sitzungen erlebt, da wurde mir vorgehalten, daß die Männer schon zittern. Das ist der Alltag.

Dr. Werner Müller ist Diplom-Volkswirt und promovierter Sprachwissenschaftler. Er war viele Jahre bei der VEBA Kraftwerke Ruhr AG als Vorstand für Energieeinkauf und Entsorgungswirtschaft zuständig und später auch als selbständiger Industrieberater. Von 1998 bis 2002 war er Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Katharina Heuer

Neue Perspektiven für die Dienstleistungsgesellschaft

Ich werde mich in meinen Statements primär auf die Dienstleistungstochter von Daimler-Chrysler, auf die debis, beziehen. Wir sind seit unserer Gründung vor zehn Jahren um 21% gewachsen und das hatte auch Auswirkungen auf den Mitarbeiterbereich. Das hat mit dem Trend von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu tun. Hier will ich ansetzen, weil die Dienstleistungsgesellschaft und Dienstleistungsunternehmen Frauen – und auch Männern – bei der Verwirklichung ihrer persönlichen Lebensentwürfe sehr entgegenkommen. Da haben wir unheimliche Potentiale, ich sage bewußt: Potentiale, weil ich glaube, daß wir die noch nicht alle ausgeschöpft haben. Wenn ich mir angucke, wo der Zug hingehet in der Dienstleistungsgesellschaft, dann spielt Flexibilität eine enorme Rolle, weil Sie ganz stark getrieben sind von dem Kunden.

Wann ist der Kunde zufrieden? Wenn der Mitarbeiter sein komplettes Wissen, seine Motivation einbringt und damit die Bedürfnisse des Kunden zufrieden stellt. Dieses – wieder an dem Mitarbeiter ansetzend – Wissen einzubringen, diese Motivation, ein Stück mit Herzblut, mit Augenfunkeln dabei zu sein, hat viel damit zu tun, daß die Bedürfnisse der Mitarbeiter berücksichtigt werden. Und da kommen wir an einen für mich unheimlich wichtigen Punkt der Dienstleistungsgesellschaft, den ich auch bei uns im Hause sehe. Der Trend ist, diese Bedürfnisse des Mitarbeiters neben dem Kundenbedürfnis als ein paritätisches Verhältnis zu sehen und diese beiden Interessenlagen voranzutreiben.

Arbeitszeit und Arbeitsort sind heute schon sehr flexibilisiert. Beschäftigungsverhältnisse lösen sich ein Stück auf in dem Sinne, daß sich Arbeitsphasen und Lernphasen abwechseln werden. Projektarbeit wird ganz stark vorangetrieben; ich arbeite auch in unterschiedlichen Teamkonstellationen. Letztendlich spielt im globalen Unternehmen die Virtualisierung eine große Rolle, wodurch sich auch die Anwesenheit relativiert.

Ich selbst, und das ist ein Beispiel, habe zwei Telearbeiterinnen eingestellt, um das auszuprobieren, um auch mal einem männlichen Kollegen aufzuzeigen, daß so etwas möglich ist. Weil wir in Unternehmen, und da muß man auch selbstkritisch ein Stück reingucken, noch von alten Rollenbildern leben. Ich sage mal: Arbeitszeit ist gleich Anwesenheit, daran werden wir gemessen, natürlich stehen wir uns auch unheimlich selber im Wege.

Wenn ich frage: Wo geht der Trend hin?, stelle ich fest, daß wir tolle Voraussetzungen haben, die wir alle gemeinsam gestalten müssen. Da haben wir in der nächsten Zeit viel zu tun. Ich glaube, daß wir schon viel geschafft haben – was sich bedauerlicherweise nicht immer in den Zahlen niederschlägt. Ich bin jetzt seit drei Jahren bei der debis und sehr aktiv in einem Frauennetzwerk bzw. in einem Netzwerk für Frauen und Männer, das sich ‚Inforum plus‘ nennt. Wenn ich sehe, wie wir gestartet sind, nicht nur bezüglich Frauen in Führungspositionen, sondern auch auf der Spezialisten-, auf der Fachebene, und wie viele Frauen es geschafft haben, unter anderem durch ihr Engagement in diesem Netzwerk, gilt mein großes Plädoyer dem Engagement für Frauen in Führungspositionen.

Jetzt komme ich zu dem Wollen. Da kann ich Sie unterstützen, Herr Müller. Als Personalerin erfahre ich bei Stellenbesetzungen oft, daß Frauen, die Führungspositionen wollen, rar sind. Ich habe ein großes Herzblut für Frauen (in meiner Abteilung gibt es einen Quotenmann). Ich habe in vielen Gesprächen mit Frauen bei uns im Unternehmen festgestellt, daß sie nicht in diese Position wollen, weil die Luft so dünn wird. Das ist ein Stück meiner Quintessenz, aus meinem persönlichen Erfahrungshintergrund und dem, was ich bei uns im Unterneh-

men erlebe. Ich merke aber, daß wir unter dem Begriff ‚Diversity‘ ganz viele Potentiale haben, die wir als Unternehmen noch nicht ausgeschöpft haben. Das ist einmal das Thema Frauen. Aber auch das Thema Männer: machen die eine Pause für die Kindererziehung und kommen wieder zurück, bringen sie natürlich ganz andere, neue Kompetenzen mit. Dann ist da noch die kulturelle Vielfalt, die gerade so ein internationales Unternehmen ausmacht und eine Grundvoraussetzung ist, um international erfolgreich zu sein. Diese Internationalität in der Mitarbeiterstruktur bildet sich in fast jedem Land ab.

Unbedingt erwähnen möchte ich, daß debis eine Quote voll im Bundesdurchschnitt hat: 6% Frauen in Führungspositionen. Der Trend ist für mich ganz klar, er spiegelt sich leider noch nicht in den Zahlen. Es werden mehr werden mit die Zeit.

Katharina Heuer ist bei der debis AG Senior Manager Human Ressources Communications & Recruiting.

Auszüge aus der Diskussion

Claudia Neusüß: Herr Müller, jetzt sagte ja Frau Heuer: 6% Frauen in Führungspositionen habe sie schon, und es gibt einen leichten Aufwärtstrend. Vielleicht sind es schon zehn Jahre lang diese 6%, aber dennoch, qualitativ verändert sich mittlerweile etwas. Es geht nach oben, messen kann man es jedoch nicht. Aber wie lange dauert es denn dann noch? Kann und soll der Gesetzgeber nicht nachhelfen?

Sie haben das Thema Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft angesprochen. In der Tat, das Gesetz ist Bestandteil des Koalitionsvertrages. Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft war angekündigt. Ein Jahr sind Dialogforen mit der Wirtschaft durchgeführt worden, von den Ministerien ist eine Reihe von ExpertInnenvorschlägen auf dem Tisch, in einer Reihe von Modifikationen, wie ein solches Gesetz aussehen könnte.

Was sollte denn Ihrer Meinung nach ein solches Gesetz regeln? Wir hören ja immer: ablehnende Haltung, die Arbeitgeberverbände wollen das nicht... Wie bewerten Sie die Signale, die kommen?

Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Werner Müller: Teilweise mit etwas Verärgerung. Ich habe beispielsweise vor gut einem Jahr 60 zufällig gewählte Unternehmen angeschrieben, kleine und große, habe ihnen zu diesem Thema einen Fragebogen geschickt und hatte einen Rücklauf von 10. Weil es nur 60 waren, habe ich alles handschriftlich selber unterschrieben, also keine Massendrucksache. Ich habe dann an die anderen 50 noch mal einen Brief geschickt, daß ich es merkwürdig fände, daß man nun zu diesem Thema nicht antworten wolle, bäte doch, die Sache zu beantworten. Da bekam ich wieder 10. So daß also als Fazit zu vermerken ist, daß von 60 angeschriebenen Unternehmen 40 trotz Aufforderung die Auskunft schlicht verweigern.

Ich habe es ab und an der Presse gesagt: Wenn das die Art ist, mit der die Wirtschaft mit diesem Thema umgeht, dann muß man sich unter Umständen das eine oder andere überlegen. Wenn es dauerhaft so sein sollte, daß die Wirtschaft meint, daß sich dieses Thema durch Totschweigen erledigt, dann näherte ich mich gedanklich einem Gleichstellungsgesetz. Aber noch will ich das nicht annehmen, sondern bin der Meinung, daß man es – wie soll ich mal sagen? – durch Erzeugen von moralischem Druck auch der Wirtschaft überstülpen kann.

Ich will Ihnen sagen, was mein Hauptvorbehalt gegen ein Gleichstellungsgesetz ist: Ich weiß zum Schluß gar nicht so genau, was Sie da reinschreiben wollen; wie Sie das alles messen wollen. Ob Sie sich zum Schluß davon auch wieder freikaufen können als Unternehmen. Ich erinnere mal an das Behindertengesetz. – Also, es ist für eine wirklich tragfähige Entwicklung in der Gesellschaft wesentlich besser, daß man das durch moralischen Druck den Unternehmen überstülpt. An der Sache arbeite ich. Ich bin im Gespräch mit Herrn Hundt, das ist nicht ganz einfach. Aber glücklicherweise kann man ja immer wieder auf gute Beispiele verweisen. Eine andere Frage ist, wie in einem solchen Gesetz Kriterien festgelegt werden können. Wie definieren Sie Führungskraft? Ich könnte sagen: Ein Abteilungsleiter in meinem Ministerium ist eine Führungskraft, dann haben wir sogar 12,5% weibliche Führungskräfte. Ich bin ziemlich sicher, das gilt auch für debis, je nachdem, wie Sie Führungskraft definieren. Wenn Sie es im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes definieren, ist es sauber gegriffen, aber sie können jedwede Zahl produzieren. Wenn Sie an den Minister rangehen – das ist dann nur noch

einer; das ist dann immer 0 oder 100%. Anders geht es nicht. In diesem Falle im Wirtschaftsministerium eben 0 % weibliche Führungskraft.

In zehn, fünfzehn Jahren wird die Wirtschaft Arbeitskräfte suchen, und zwar händeringend. Das ist die eine Entwicklung. Die andere Entwicklung ist, daß der Anteil weiblicher Personen an denen, die studieren, enorm gewachsen ist. Die weibliche junge Generation war noch nie so gut ausgebildet wie heute, und den Satz wird man in zwei, drei Jahren immer noch sagen können, so daß sich von ganz allein die Notwendigkeit ergibt – ich sage ausdrücklich: Notwendigkeit, weil ich Arbeitskräfte brauche –, auf das große Potential gut ausgebildeter Frauen zurückzugreifen. Ich bin ziemlich sicher, daß dadurch in den Betrieben langsam auch eine andere Einstellung wächst. Ich bin ziemlich sicher, daß sich das auswirken wird auf die – wie soll ich mal sagen? – seit Jahrzehnten gewöhnten Ritualen, wie man zu Beförderungen kommt. Wo ich jetzt irgendwo eine Meßlatte anlegen soll, weiß ich nicht. Soll ich sagen: Alle Führungskräfte müssen zu 50% so und so, 50% so besetzt sein? Warum? Am besten, wenn sich nachher wieder jeder nach der Leistung qualifiziert. Das ist im Moment für Frauen außerordentlich schwierig, weil diejenigen, die es wirklich wollen, ja im Allgemeinen mindestens eineinhalb mal so gut sein müssen wie die männliche Konkurrenz, erstens, und zweitens müssen sie unter Umständen einen Lebensweg gehen, mit Einschränkungen im familiären Bereich, den sie eigentlich nicht gehen wollen und den sie auch nicht gehen müßten, wenn insgesamt die Gesellschaft weiter fortgeschritten wäre in der Grundeinstellung zur Familie.

Meine feste Überzeugung ist, daß sich vieles durch die Zeit regelt. Wenn, würde ich erst mal mit Nebenmaßnahmen beginnen. Wir haben ja das Thema Umwelt überhaupt in die Wirtschaft reinbekommen – das war ja am Anfang auch nicht so ganz einfach –, indem man beispielsweise durch moralischen Druck erreicht hat, daß heute in jedem Geschäftsbericht ein Kapitel steht über die Umweltaktivitäten dieses Unternehmens, über die Lage der Ver- und Entsorgung unter Umweltgesichtspunkten. So ist es in jedem Geschäftsbericht. Ich kann mir vorstellen, daß es in fünf Jahren über das Thema Frau in jedem Unternehmen zum Standard gehört, daß im Geschäftsbericht ein paar Seiten stehen.

Zwischenruf: Und Männer!

Ja, das scheint mir noch nicht so notwendig, es sei denn, man würde da mal Kritisches reinschreiben. Aber das kommt in Geschäftsberichten selten vor. Nein, und so würde ich solche Maßnahmen suchen, weil ich der sicheren Überzeugung bin, daß so der Boden für ein effektives Ergebnis bereitet wird. Sonst haben wir zum Schluß wieder etwas, was nicht innerlich gelebt wird, weil es nicht innerlich akzeptiert ist.

Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Frauenministerium

Claudia Neusüß: Was können Männer tun, um diese Prozesse zu unterstützen? In zehn Jahren, haben Sie gesagt, kriegen wir das über das Wirtschaftswachstum gelöst. Was machen wir bis dahin? Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Bundesfrauenministerin aus, die ja auf dem Gleichstellungsgesetz beharrt?

Werner Müller: Für die Zusammenarbeit mit dem Frauenministerium haben wir bei uns in der Grundsatzabteilung eine eigene Stelle geschaffen. Mich verbindet mit Frau Bergmann ein angenehmer, fachlicher Dialog. Als Ordnungspolitiker muß man, das gehört auch zur Wirtschaftspolitik, immer wissen, wann man das erste Mal ein Grundsystem verändert. Es wird noch viele Dinge geben, wo man sagen kann: Das ist doch eigentlich auch ganz gut. Bisher war das Vergabewesen an nichts geknüpft. Also, Vergabe zum Beispiel nach der Frage, wer mindestens so und so viele Ausbildungsplätze im Betrieb hat; Vergabe nur an den, der möglichst wenig CO₂ produziert; keine Vergabe an irgendeinen, der Kernenergiestrom nutzt. Und so können Sie das immer weiter schleppen. Deswegen muß man sich überlegen, wann man das erste Mal überhaupt eine Vergabe an etwas knüpft. Das sind die Punkte, die ich mit der Frauenministerin Frau Bergmann diskutiere. Ich mache verständlich, warum ich da zögerlich bin. Ich bin bei dem Gleichstellungsgesetz ebenso zögerlich. Auf der anderen Seite bin ich aber mit ihr handfest dabei, die Arbeitgeberverbände zu bearbeiten. Da arbeiten beide Ministerien eng zusammen; bisher noch nicht mit nachhaltigem Erfolg. Aber ich glaube, so langsam merken die Arbeitgeberverbände, wenn – ich sage es noch einmal – sie das Thema totschweigen wollen, geht es aus deren Sicht und aus deren Befürchtungen garantiert in die Hose.

Claudia Neusüß: Frau Heuer, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, wir hören es immer wieder, lehnen jede Art von Gleichstellungsgesetz ab. Wie bewerten Sie diese Abwehr und wie sehen Sie das mit Blick auf Ihr eigenes Unternehmen?

Geschlechterspannung produktiv nutzen

Katharina Heuer: Ich spreche mich auch gegen ein Gleichstellungsgesetz aus, in dem gesetzlich geregelt wird, daß bestimmte – ich nenne es jetzt mal – Quoten zu erfüllen sind. Ich glaube, daß wir das Problem sehr viel schneller in den Griff bekommen. Was passiert momentan auf dem Arbeitsmarkt? Wir haben ganz viele Start-Ups, die auf den Markt drängen, auch wenn davon einige wieder verschwinden. Das sind junge Unternehmen, die die Diskussion über Frauen und Männer in Führungspositionen, sorry, absolut lächerlich finden. Wenn ich in die Start-Ups rein gehe, dann sehe ich da genauso viele Frauen wie Männer. Die haben auch Führungspositionen. Die sind jung, die haben beide studiert, und in den Studiengängen waren immer 50% Frauen – nicht bei allen, wenn man jetzt mal die Ingenieurwissenschaften ausläßt. Da spielt das keine Rolle. Wenn wir als Unternehmen diesen Trend nicht sehen und zehn Jahre warten und dann was ändern, dann wird es wahrscheinlich das eine oder andere Großunternehmen nicht mehr geben, oder es ist so gesund geschrumpft, daß es vielleicht nur noch ein kleines Unternehmen ist. Deshalb glaube ich gar nicht, daß wir zehn Jahre warten müssen. Ich glaube auch nicht, daß wir ein Gesetz brauchen, um dieses Thema – jetzt spreche ich als Frau – in den Griff zu kriegen. Der Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten wird nicht erst in zehn Jahren beginnen, der hat jetzt schon begonnen. Gucken Sie sich die IT-Branche an. Und die ist nur Vorreiter.

Egal, für welche Qualifikationen ich rekrutiere, ich habe in vielen Bereichen Engpässe. Da zählt die bessere Qualifikation. Die besten fachlichen Kompetenzen und primär die sozialen Kompetenzen. Wir sagen immer: Das Fachliche bringt er mit; das nehmen wir sowieso als gegeben an, daß er es hat. Alles das, was er an Persönlichkeit mitbringt, ist das Entscheiden-

de. Wenn Sie ein Team auswählen, wählen Sie immer ein Team aus, in dem alle miteinander auskommen. Da brauchen Sie ein Portfolio von unterschiedlichen Leuten und von unterschiedlichen Nationalitäten und von beiden Geschlechtern. Weil wir wissen, daß der Geschlechterkampf sehr anregend für ein Team sein kann.

Zehn Jahre – ich sehe das viel früher. Ich glaube, daß wir in zwei Jahren da schon nennenswert etwas erreicht haben werden. Ob sich das in zwei Jahren schon in Zahlen ausdrücken wird, weiß ich nicht. Aber ich glaube, wir werden viele engagierte Frauen in entsprechende Positionen und auch in Führungspositionen gebracht haben. Da ist es unsere Aufgabe, diese als Vorbilder zu kommunizieren. Wenn wir das schaffen, und ich meine, die Zeitungen tun da ja gerade das Ihrige und wenn ich mir angucke, was D21 macht, wenn ich mir die Europäische Akademie für Frauen angucke – da ist unheimlich viel drive drin. Wir brauchen nicht zehn Jahre – das ist meine feste Überzeugung.

Claudia Neusüß: Wir kriegen es schneller. Herr Müller.

Werner Müller: Ich wollte noch ein Wort zum Thema Unternehmensgründer sagen. Ich meine, eine Gründung, das ist eine völlig freiwillige Leistung. Aber: 80% aller Gründer sind männlich und nur 20% aller Gründer sind weiblich. Warum? Wir sind der Sache nachgegangen.

Es gibt verschiedene Ursachen, beispielsweise kommt man als Frau schwieriger an Gründungskredite heran oder Frauen verfügen oftmals über Ressourcen, die bisher schlecht kreditiert wurden. Wenn ein Schmied sich gründet und braucht einen Amboß, den kann ich wiegen, ich weiß, was das Eisen kostet, dann weiß ich, wie hoch ich den Amboß beleihen kann. Wenn jemand aber gute Ideen hat, irgend etwas nähen will und muß Stoff auf Vorrat kaufen, dann wird das relativ schlecht beleihen. Prospekte kann man nicht beleihen. Deswegen haben wir mit der Deutschen Ausgleichsbank im letzten Mai das so genannte Startgeldprogramm gebildet. Damit kriegt man 50.000 Euro oder 100.000 DM zu 80% von der Bundesrepublik verbürgt. Man muß also praktisch selbst nichts nachweisen. Das Ergebnis ist schon etwas besser. Da sind jetzt 35 bis 40% Frauen, aber immer noch 60% Männer. Ich will das nur mal so erwähnen, weil dieses Beispiel zeigt, daß es Grenzen gibt, die Sie auch mit einem Gleichstellungsgesetz nicht beliebig übertreten können.

4. Geschlechterdemokratischer Dialog

Gender Mainstreaming + Empowerment = Geschlechterdemokratie?!

10. Oktober 2000

Barbara Helfferich

Rechtliche Rahmenbedingungen für Gender Mainstreaming in der EU

Farid Esack

Rechtliche Rahmenbedingungen für Empowerment in Südafrika

Barbara Helfferich von der Europäischen Kommission erläutert das Konzept des Gender Mainstreaming für/in Europa. Farid Esack, bekannt als Anti-Apartheid-Aktivist aus Südafrika, berichtet als Vertreter der Commission on Gender Equality über rechtliche Rahmenbedingungen für Empowerment in Südafrika. Vor dem Hintergrund ihrer internationalen Perspektive diskutieren Esack und Helfferich folgende Fragen: Wie werden die rechtlichen Vorgaben mit Leben gefüllt, umgesetzt und angewendet? Welche Erfolge und Widerstände gibt es? Wo liegen Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Vor- und Nachteile von Gender Mainstreaming und Empowerment?

Barbara Helfferich

Rechtliche Rahmenbedingungen für Gender Mainstreaming in der EU

Artikel 3 des Amsterdamer Vertrages weist darauf hin, daß Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen stattfinden muß. Wie sehen die Rahmenbedingungen innerhalb der Europäischen Union aus? Wie kann die Europäische Union auf nationale Gesetzgebungen und Praktiken einwirken? Wie steht es um das Gender Mainstreaming?

Zunächst ein paar Worte zu meiner Arbeit: In der Europäischen Kommission gibt es 20 Kommissare, die sind vom Rang her mit Ministern vergleichbar, jeder hat sein eigenes Gebiet. Meine Kommissarin, Frau Dimantopolou, ist Griechin, sie ist verantwortlich für Beschäftigung und Soziales. Sie wird von einem sechs Mitglieder starken Kabinett unterstützt. Mein Aufgabenbereich ist die Gleichstellung zwischen Mann und Frau, Gender Democracy, ebenso wie soziale Sicherung und Armut. Dabei berate ich die Kommissarin und versuche, ihren Politikansatz umzusetzen.

Die zwei wichtigsten Verträge der Europäischen Union sind der Maastrichter und der Amsterdamer Vertrag. Der Amsterdamer Vertrag, der die Rahmenbedingungen für die EU-Erweiterung geschaffen hat, hat zum ersten Mal die Gleichstellung zwischen Mann und Frau als Prinzip festgeschrieben. Es gibt den Artikel 3 im Amsterdamer Vertrag, der darauf hinweist, daß Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen stattfinden muß. Was heißt das praktisch? Praktisch heißt das, daß im Grunde genommen keine einzige Gesetzgebung auf diesem Artikel aufgebaut werden kann. Denn die ersten Artikel des Amsterdamer Vertrages sind nichts weiter als eine Aufzählung von Prinzipien. Man kann zwar darauf hinweisen und die Mitgliedsstaaten anweisen, sich an diesen Artikel Nr. 3 zu halten, sie müssen es aber nicht. Die Europäische Union als solche kann diesen Artikel auch nicht benutzen, um darauf aufbauend einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, der allgemein gültig ist für alle Mitgliedsstaaten.

Im Amsterdamer Vertrag gibt es noch den Artikel 141 (am 1.5.99 in Kraft getreten), einen aktiven Artikel, durch den sehr viele Gesetze für die Gleichstellung von Frauen und Männern entstanden sind. Das ist der alte Artikel 119, der nichts weiter besagt als „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Dieses sind die einzigen beiden Gesetzesvorlagen innerhalb des Amsterdamer Vertrages, die es uns ermöglichen, in irgendeiner Weise europäische Politik für Geschlechterdemokratie zu machen. Das klingt minimalistisch, ist es aber nicht, denn auf der Basis des alten Artikels 119 „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ haben wir eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen gehabt. Wir haben Richtlinien, das heißt bindende Gesetzgebungen, für die Staaten der Europäischen Union, in den Bereichen gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleicher Zugang zu Arbeit und bei der Sozialsicherung von Frauen und Männern. Diese Gesetzesvorlagen und Richtlinien haben dazu geführt, daß der Europäische Gerichtshof die Mitgliedsstaaten zum Teil dazu gezwungen hat, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern anzuwenden.

Weiterhin beinhaltet Artikel 119 ein Anti-Diskriminierungsgesetz. Auf der Basis dieses Artikels im Vertrag – das wie ein Grundgesetz ist – gibt es eine ganze Reihe von Gesetzen. Diese Gesetze sind zum Teil zehn bis fünfzehn Jahre alt. Sie haben die Gleichstellung zwischen Mann und Frau verbessert. Mit einer größeren Vereinigung innerhalb der Europäischen Union wird europäische Politik auch auf nationaler Ebene mehr greifen. Zum Beispiel ist der Un-

terschied des Gehaltes zwischen Männern und Frauen von 33 Prozent für die gleiche Arbeit reduziert worden auf 23 Prozent. Das ist immer noch zu viel.

Die Arbeitslosigkeit von Frauen ist höher als die von Männern, aber sie ist reduziert worden, weil die Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Union, in der sogenannten Beschäftigungsstrategie, vor allen Dingen Frauen fördert. D.h. das Mainstreaming greift, aber es muß immer wieder wiederholt werden, angewendet werden, es muß ein Monitoring, es muß eine Bewertung geschehen. Die Mitgliedsstaaten sind in ihrer Beschäftigungsstrategie zur Anwendung von Gender Mainstreaming verpflichtet. Oftmals machen die Mitgliedsstaaten, die sensibilisiert sind, eine viel bessere Frauenpolitik als die, die nicht sensibilisiert sind. Deutschland hat ganz schlecht abgeschnitten in der Beschäftigungsstrategie und in der Bewertung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, während die Finnen und die Spanier große Fortschritte gemacht haben. Das ist das Schöne an der Europäischen Union: man kann den einen Staat mit dem anderem vergleichen und fragen: „Warum könnt ihr nicht das machen, was man in Finnland macht? Warum könnt ihr nicht die Gewalt an Frauen im Hause strafrechtlich verfolgen? Muß das immer noch im Bürgerlichen statt im Strafgesetzbuch stehen?“ Kooperationen auf europäischer Ebene helfen dort, wo es noch keine Gesetzgebung gibt.

Soweit zum rechtlichen Rahmenwerk. Auf dieser Basis haben wir im Bereich Soziales und Beschäftigung einen neuen Vorschlag erarbeitet und der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, daß sie ein Fünf-Jahres-Programm zum Gender Mainstreaming durchführen. Dieses Fünf-Jahres-Programm beinhaltet eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite verlangen wir von allen Bereichen der Europäischen Kommission, daß sie Gender Mainstreaming durchsetzen und anwenden. Auf der anderen Seite erlaubt dieses neue Programm, über fünf Jahre hinweg spezifische Projekte zu unterstützen, die zur Förderung, d. h. dem Empowerment von Frauen beitragen. Diese Doppelstrategie soll die Europäische Kommission zwingen, in den Bereichen Entwicklung, Finanzen und innerer Markt eine aktive Mainstreaming-Politik durchzuführen. Auf der anderen Seite steht ein Programm, das Gelder für einzelne Projekte zur Verfügung stellt, die z. B. gegen Gewalt an Frauen aktiv werden, die dazu führen, daß mehr Frauen in Entscheidungspositionen kommen, die es ermöglichen, Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren, Frauen zu fördern im Bereich der Ausbildung, oder Frauen befähigen, Unternehmensgründerinnen zu werden. Wir wollen also alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökonomischen und politischen Bereiche in diesem Fünf-Jahres-Programm abdecken.

Doppelstrategie – da stellt sich die Frage, wirkt sie, kann sie wirken? Bisher konzentrierte sich die Politik der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union auf Einzelprogramme gegen die Benachteiligung von Frauen. Aber wir hatten nie eine Strategie, die sagt, wir müssen alle mit an einem Strang ziehen, wir müssen alle in allen Bereichen das Mainstreaming durchsetzen. Bevor dieses Programm Anfang nächsten Jahres beginnt, haben wir natürlich probiert, wie z.B. ein Gender Mainstreaming-Programm und ein Training bei unseren eigenen Generaldirektionen ablaufen könnte. Wir haben in allen Generaldirektionen bewirkt, daß ein Gender Mainstreaming-Trainer kam, der die Generaldirektoren, die Direktoren und die Referatsleiter zusammenrief – diese Stellen sind natürlich, je höher man kommt, immer stärker männlich besetzt. Wir haben über drei Wochen lang einen Kursus gegeben.

Das Resultat und die Bewertung ergaben, daß keiner von den Männern, die an diesem Kursus teilgenommen haben, eine Sensibilisierung erfahren hat. Das war eine so negative Beurteilung, daß wir uns fragen müssen, welches die Umsetzungsmechanismen sind, mit denen man Gender Mainstreaming durchführen kann. Wir haben das Werkzeug Gender Mainstre-

aming. Es ist nicht genug, zu sagen: „Wir haben ein Programm, wir haben eine Doppelstrategie, wir integrieren alle Politikbereiche“. Es ist harte Arbeit, zunächst an den einzelnen anzusetzen, die die Strategie umsetzen müssen, anschließend die Strategie bewerten. Es ist harte Arbeit und kostet Geld, Gender Mainstreaming umzusetzen.

Mainstreaming beinhaltet bereits im Begriff, daß es wie ein Fluß ist, der fließt. Es ist nichts fest, es gibt keine Barrieren, es gibt zunächst gar nichts. Es werden Institutionen gegründet, Frauenbeauftragte eingesetzt, Kommissionen ins Leben gerufen. Aber es gibt einen Backlash, der spürbar ist, je weiter wir mit der Frauenpolitik kommen. Ich sage immer, man kann den Fortschritt der Frauenpolitik danach beurteilen, wie groß der Backlash ist. Dieser ist wirklich enorm, denn Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen heißt, Macht aufzugeben. Da wollen wir uns nichts vormachen. Wenn Frauen in Führungspositionen kommen, müssen Männer gehen.

Gender Mainstreaming ist oft dazu benutzt worden, dem Geldausgeben auszuweichen. Man hat gesagt, wir brauchen keine spezielle Politik, um Frauenförderung zu betreiben. Wir können Gender Mainstreaming machen, und damit stand das Wort im Raum, im Gesetzbuch, im Vertrag. Und dann ist nichts passiert. Gender Mainstreaming heißt, noch mal Geld für eine Strategie auszugeben und das ist teuer. Es lohnt sich aber. Denn wenn einmal Gender Mainstreaming stattgefunden hat, nehme ich doch an, daß wir einer Geschlechterdemokratie näher gekommen sind.

Dr. Barbara Helfferich, Europäische Kommission; seit 1999 Mitglied des Kabinetts Anna Diamantopoulou. Von 1992 – 1999 Generalsekretärin der European Women's Lobby.

Farid Esack

Rechtliche Rahmenbedingungen für Empowerment in Südafrika

Beim Thema „Südafrika“ denken die meisten Menschen zuerst an Apartheid. Nur wenigen ist bewußt, daß es nie ein Kampf Schwarz gegen Weiß oder Weiß gegen Schwarz war. Es gab viel zu viele Schwarze in Südafrika, die aktiv mit dem Apartheidregime kollaborierten, und viel zu viele Weiße, die ein integraler Bestandteil der Befreiungsbewegung waren, um von einem Kampf Schwarz gegen Weiß zu sprechen. Die andere Realität Südafrikas zeigt, daß es nicht nur ein Rassenkonflikt war. Es gab viele unterschiedliche Minderheiten – und einige davon waren nicht wirklich welche – die ebenfalls unterdrückt wurden, manchmal sogar brutaler, als es die Mehrheit der Schwarzen erfahren mußte. Südafrika war ein kalvinistischer Staat, ein patriarchalischer Staat, ein kapitalistischer Staat, ein extrem homophober Staat. Es war ein Staat, in dem Frauen ohne Einwilligung ihrer Ehemänner keine Bankkonten eröffnen durften, ähnlich wie noch vor zwanzig, dreißig Jahren in Europa. Bis heute sucht unser Land nach einem Weg, moslemische Eheschließungen anzuerkennen. Juristisch betrachtet sind moslemische Kinder immer noch unehelich.

Unser Land war in fast jeder Beziehung von Ungerechtigkeit geprägt. Das Bild der Welt von einem großen Kampf der schwarzen Bevölkerung für Gerechtigkeit hatte nur wenig damit zu tun. Ebenso gab es schwarze Männer, die im Befreiungskampf sehr aktiv waren, aber keine Konsequenzen für ihr eigenes Verhalten zogen: Am Tage waren sie engagierte Gewerkschafter, abends gingen sie nach Hause und verprügelten ihre Frauen. Es gab nur sehr wenige Menschen, die zwischen den unterschiedlichen Formen der Ungerechtigkeit in Südafrika Zusammenhänge sahen. Was die Frauen in Südafrika betrifft, sprechen wir im Allgemeinen von den typischen Formen der Unterdrückung: Patriarchat, Apartheid und Kapitalismus. In diesem Zusammenhang werde ich oft nach meiner persönlichen Herangehensweise an das Gender-Thema gefragt. Meine Mutter starb im Alter von 50 Jahren während der Arbeit in einer Fabrik. Wir lebten auf einem Gelände, wohin man uns entsprechend dem „Group Areas Act“ buchstäblich „entsorgt“ hatte. Das eigentliche Wohngebiet war Weißen vorbehalten. Und hier gab es also eine Frau, die tatsächlich an dem gestorben war, was oft für ein Klischee gehalten wird: an der dreifachen Unterdrückung der Frau.

Als wir vor sieben bis acht Jahren begannen, uns eine Verfassung zu geben, war es erfreulich zu sehen, daß die Idee von umfassender Gerechtigkeit deutlich in den Vordergrund rückte. Dadurch hatte unsere Demokratie die einmalige Gelegenheit, landesweite Mechanismen für Geschlechtergerechtigkeit zu entwickeln. Wir konnten aus dem Kampf in anderen afrikanischen Ländern lernen. Wir hatten die Wahl, ihnen entweder nachzueifern, oder – falls ihre Bemühungen nicht zu den erwünschten Resultaten geführt hatten – einen anderen Weg einzuschlagen. Es gab **drei Gründe für die hohe Gender Sensitivity** unseres politischen Systems. **Erstens** die starke Frauenbewegung im Lande, die ein Bestandteil des politischen Kampfes war, **zweitens** das feministische Bewusstsein der weißen Linken in Südafrika und **drittens** die Prägung der im Exil Lebenden durch eine ganzheitliche Auffassung von Recht und Unrecht. In der Interaktion mit ausländischen Solidaritätsbewegungen hatten unsere ExilantInnen erstmals Umgang mit einer großen Anzahl von Menschen, die ihre Sache unterstützten, aber diese Leute engagierten sich beispielsweise ebenso für Umweltgerechtigkeit. Unsere eigene, die südafrikanische Kultur hat mit vielen anderen Gesellschaften eines gemein, und zwar das Patriarchat. Die Stellung der Frau in unserem Land wurde von Kolonialismus, Apartheid und

Kapitalismus geprägt, daher muß man bei der Behandlung der Themen Geschlechtergerechtigkeit und *Gender Mainstreaming* auch immer die Auswirkungen von Rassen- und Klassenungleichheiten im Auge haben. Das System der Wanderarbeit führte dazu, daß Frauen nur drei Wochen im Jahr mit ihren Männern zusammen sein konnten. Den Rest des Jahres hielten sich die Männer in den größeren Städten auf. Man kann sich sicherlich vorstellen, zu welchen Deformationen der männlichen Sexualität dies führte und wie es die Kommodifikation von Frauen förderte, die in den Städten sexueller Arbeit nachgingen, wie Kinder in den Homelands vaterlos aufwuchsen und welche Störungen und Zerstörungen im Familienleben daraus resultierten, wie traditionelle Werte durch das Leben in der Stadt deformiert wurden. Viele dieser Faktoren spielten bei der Ausgestaltung unserer Verfassung eine wichtige Rolle.

Es ist weitgehend unbestritten, daß Südafrika gegenwärtig die weltweit fortschrittlichste Verfassung besitzt. Sie bekennt sich in ihren Grundprinzipien dazu, daß das demokratische Südafrika auf den Werten von Anti-Rassismus und Anti-Sexismus basiert. Dies sind die zwei wichtigsten Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Der Staat darf Einzelne nicht aufgrund von Rasse, sexueller Orientierung, Geschlecht, Religion oder Klassenzugehörigkeit benachteiligen, aber an dieses Diskriminierungsverbot muß sich auch jede Einzelperson halten. Die Bill of Rights gilt nicht nur vertikal, sondern auch horizontal.

Bis vor ca. drei Jahren unsere endgültige Verfassung verabschiedet wurde, hatten wir in Südafrika eine Übergangsverfassung. Als die endgültige Verfassung angenommen wurde, enthielt sie zwei für die Geschlechtergerechtigkeit wichtige Elemente. Eines davon war, daß kein Individuum ein anderes Individuum diskriminieren darf. Dies hat beispielsweise Auswirkungen auf zwischenmenschliche Beziehungen, die private Haushaltsführung und auf das religiöse Leben in Kirchen, Synagogen und Moscheen. Wenn ich mit dem Diskriminierungsverbot auf meiner Seite in ein Hotel komme, kann der/die HotelbesitzerIn im Falle der Diskriminierung meiner Person zu einer Geld- oder Gefängnisstrafe – oder sogar zu beidem – verurteilt werden. Wenn also ein soziales Individuum außerhalb staatlicher Institutionen ein anderes soziales Individuum diskriminiert, kann es sich damit juristischer Verfolgung aussetzen. Das ist es, was mit „horizontaler Diskriminierung“ gemeint ist. Wenn der Staat Menschen diskriminiert, bezeichnen wir das als „vertikale Diskriminierung“. Die neue Verfassung Südafrikas klang für alle sehr verheißungsvoll: Achtung vor den Traditionen unseres Volkes, Achtung von Religionen und Schutz all unserer Landessprachen – sie erwähnt sogar ausdrücklich die Achtung vor der arabischen und der hebräischen Sprache. Aber wenn religiöse Menschen Rechte fordern, die mit den Eckpfeilern der Verfassung, wie Geschlechtergerechtigkeit und Anti-Rassismus, in Konflikt stehen, dann gewährleistet die endgültige Verfassung, daß die Gleichheitsklauseln Vorrang vor allen anderen Gesetzen haben. So kann zum Beispiel niemand argumentieren, daß seine Religion die Diskriminierung von Frauen erlaube und er deshalb das Recht habe, seine Ehefrau zu unterdrücken, denn das Recht auf Religionsfreiheit steht unter dem Vorbehalt der Gleichheitsklausel.

Zusätzlich zur Verfassung und anderen nationalen Gesetzen hat Südafrika der Pekingener „Platform of Action“ zugestimmt und ohne Einschränkungen verschiedene Abkommen zur Geschlechtergerechtigkeit unterzeichnet, insbesondere das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen (CEDAW). Sowohl regional als auch international stand Südafrika im Geschlechterkampf an vorderster Front. In Peking, Kopenhagen und kürzlich New York wurde uns von einigen anderen Entwicklungsländern und dem möglicherweise unterentwickeltesten Staat überhaupt, nämlich dem Vatikan, vorgeworfen, wir seien das Trojanische Pferd des Westens zur Einführung fremder Werte.

Was hat nun meine Kommission mit all dem zu tun? Wir haben erkannt, daß die Einrichtung eines eigenen Frauenministeriums dazu geführt hätte, daß Gender- und Frauenfragen in diese ihnen zugewiesene Ecke abgeschoben worden wären. Wir haben also aus der Entwicklung anderswo auf dem afrikanischen Kontinent und im Rest der Welt gelernt und in unsere Verfassung ausdrücklich so genannte Demokratie unterstützende Institutionen eingebaut. Eine davon ist die *Gender Commission*. Ohne Teil der Regierung oder des Parlaments zu sein, sind wir als Überwachungsinstanz über das Parlament gestellt. Parlament und Regierung sind uns rechenschaftspflichtig. Die *Gender Commission* ist eine von sieben unabhängigen Institutionen zur Verteidigung der Demokratie. Sieben Kommissionsmitglieder werden von der Öffentlichkeit ernannt. Das Parlament überprüft und befragt uns. Aus einer kurzen Liste, die im Konsens mit allen politischen Parteien erstellt wird, trifft der/die PräsidentIn schließlich die endgültige Auswahl.

Es gibt noch andere Strukturen: Die *General Commission* ist das übergeordnete Organ, daß sich mit dem Anliegen des *Gender Mainstreaming* in der Regierung und der Zivilgesellschaft befasst. Innerhalb der Regierung gibt es das *Office on the Status of Women*, das dafür sorgen soll, daß die Regierungspolitik „gender-sensitiv“ bleibt. Dies betrifft sowohl die Regierung im engeren Sinne, als auch ihre Verwaltungsstrukturen. Das Ministerium überprüft, ob es auf allen Ebenen genug Raum für Frauen gibt und welche Positionen ihnen zugänglich sind. Zusätzlich gibt es zwei verschiedene Institutionen im Parlament selbst. Die eine ist das *Committee on the Equality of Life and the Status of Women*. Ihm gehören keineswegs ausschließlich Frauen an, sondern auch Männer. Als ständiger Parlamentsausschuß ist es dafür zuständig, alle dem Parlament vorgelegten Gesetze aus Gender-Sicht zu überprüfen. Bei der zweiten Institution handelt es sich um den überparteilichen *Women's Caucus*, der wegen der erforderlichen Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg nicht sonderlich gut funktioniert.

Aus alledem ergeben sich zwei Probleme. Erstens glaubt man, daß nun, wo gute und solide Ideen einmal auf dem Papier festgehalten sind, alles gesagt und getan ist. Ich meine Sätze wie: „Ihr Schwarzen habt doch jetzt eine schwarze Regierung, was wollt ihr denn noch? Was soll das ganze Gerede von *Affirmative Action*, Korrekturmaßnahmen und Wahrhaftigkeit?“ Oft bilden sich neue Dogmen heraus, und in Südafrika heißen diese Anti-Sexismus, Anti-Rassismus usw. Die große Herausforderung besteht darin, diese neuen Dogmen im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern, da es ansonsten zu einem latenten Groll gegen sie kommen kann. Wenn beispielsweise Gerichte in Südafrika zu milde Urteile gegen Vergewaltiger aussprechen, demonstrieren bemerkenswert viele Menschen vor den Gerichten. Aber unter den TeilnehmerInnen finden sich auch Frauen mit Plakaten, die „Tod den Vergewaltigern“ und „Wiedereinführung der Todesstrafe“ fordern, was zeigt, daß es auch eine sehr reaktionäre Form des Diskurses gibt. Wenn wir also einen positiven Diskurs von oben durchsetzen, kann dies oft am anderen Ende zu einer reaktionären Gegenbewegung führen.

Als letztes möchte ich eine große Herausforderung ansprechen: Wie verpacken wir *Gender Mainstreaming* so, daß die Leute nicht nur Lippenbekenntnisse dazu abgeben, sondern daß auch Männer das Thema zu ihrer Sache machen? In Schweden wurde vor kurzem eine Untersuchung durchgeführt, inwieweit Beziehungen sexuell erfüllter sind, wenn sie auf Geschlechtergerechtigkeit basieren: „Ihr braucht kein Viagra, versucht's mal mit Geschlechtergerechtigkeit“. Wir müssen diese Botschaft kreativ verpacken, damit wir als Gender-AktivistInnen nicht ständig gegen eine männlich dominierte Bürokratie und patriarchalische Machtstrukturen ankämpfen müssen, ohne jemals eines dieser Exemplare zu uns ins Boot zu bekommen.

Dr. Farid Esack, Commissioner for Gender Equality, Südafrika

Schlußbemerkungen

Farid Esack

Es gibt **vier** Punkte, die ich deutlich machen möchte. **Erstens:** Wir müssen uns bewußt sein, wie hartnäckig Patriarchat und Sexismus sind; sie sind außergewöhnlich tief verwurzelt. Wenn Weiße in Südafrika mit dem Wort Anti-Rassismus schnell bei der Hand sind, suche ich das Weite; wenn nicht deutlich wird, daß sie wirklich verstanden, ihre Schuld und ihr historisches Erbe verinnerlicht haben und wenn sie stattdessen eilig versichern: „Nein, nein, nein, wir sind alle gleich, Schwarze und Weiße. Ich bin kein Rassist.“ Uns muss ganz klar sein, wie unverwüstlich Rassismus ist. So werden wir immer darauf achten, daß sich Anti-Sexismus durchsetzt, nicht Patriarchat und Sexismus im neuen, vermeintlich „gender-sensitiven“ Gewand.

Zweitens: Der Kampf um Geschlechtergerechtigkeit verlangt ständiges Fordern und Drängen. Es ist kein Kampf, den sich Männer ganz zu Eigen machen, aber einer, den sie unterstützen können, genauso wie der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika nicht von Weißen angeführt aber sehr wohl von ihnen unterstützt werden konnte.

Damit komme ich zum **dritten** Punkt: Wir müssen begreifen, daß es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, sein Leben zu führen. Weißsein bedeutete im weißen Südafrika nicht, daß man unbedingt zur Armee gehen musste, es bedeutete nicht, daß man zwangsläufig RassistIn war. Es gab verschiedene Möglichkeiten der Lebensführung. Die oder der einzelne konnte sich entscheiden: Wollte man als Weiße/r liberal, radikal oder fortschrittlich sein. Man entschied sich, keine Pelzmäntel zu tragen, seine Familie, seinen Wohlstand und sein Wertesystem aufzugeben und in die Township arbeiten zu gehen. Das eröffnete für die Betroffenen eine neue Dimension ihres Weißseins, aber es machte sie nicht zu Schwarzen. So ist es auch in den Schützengräben des Geschlechterkampfes: Sie machen dich zu einer anderen Art Mann, und dieses neue Bewusstsein ist genauso authentisch wie jede andere Form männlicher Identität, nur ist diese Männlichkeit viel humaner als die des Patriarchats.

Mein **vierter** und letzter Punkt: Du wirst niemals ein Stadium erreichen, an dem du sagen kannst: Das Ziel ist erreicht. Es gibt immer innere Barrieren, die ausgeräumt werden müssen. Wer ist der andere in dir, vor dem du dich fürchtest, mit dem du dich aber auseinandersetzen musst? Du wirst niemals sagen können: „Ich bin jetzt ‚gender-sensitiv‘ und habe in meinem Leben die wahren Werte zu 100 Prozent umgesetzt.“ Wir formen uns selbst und andere ständig neu, es ist ein ewiger Kampf. Ich bin ein gläubiger Mensch, aber am Tag des Jüngsten Gerichts wird Gott mich, glaube ich, nicht fragen, ob ich die Welt verändert habe oder nicht. Aber er wird mich fragen: „Hast du zu Lebzeiten das in deiner Macht stehende getan, um die Welt zu verändern?“ Das ist der einzige Punkt, in dem von mir Rechenschaft verlangt werden wird. Was habe ich im Rahmen meiner Möglichkeiten getan, nicht: Welche Erfolge habe ich vorzuweisen, habe ich die Revolution vollbracht oder nicht. Und darin liegt, denke ich, unsere Verantwortung, wie sie auch der Koran formuliert: Jeder Mensch handle im Rahmen seiner Möglichkeiten. Darin besteht unser persönlicher Kampf: Wie viel kann ich geben, wie weit kann und wie weit soll ich gehen?

Barbara Helfferich

Es ist sehr schwierig, dazu etwas hinzuzufügen. Ich möchte das Wort „Veränderung“ aufgreife und meine Beobachtungen dazu darlegen. Die Frauenbewegung hat sich seit den 60er Jah-

ren sehr mit sich selber beschäftigt. Wir Frauen haben uns mit uns beschäftigt. Und ich glaube – das ist vielleicht sehr kontrovers hier – wir haben uns weiterentwickelt. Wir sind an einem Punkt, in dem wir ein Bewußtsein unseres Geschlechts haben, das – wenn ich mal verallgemeinern darf – die Männer nicht haben. Aber die Männer fangen an. Da ist ein großer Reichtum. Es gibt so viele Männergruppen, ob in Australien, Deutschland oder Schweden, die angefangen haben, sich mit ihrem eigenen Geschlecht zu beschäftigen und damit, was eine Geschlechterrolle bedeutet und wie sich das auf die Beziehung untereinander, unter Männern und zu Frauen auswirkt. Ich will auch gar nicht gegen den Reichtum reden, oder sagen, daß er nicht gefördert werden sollte. Ich will hier nur klarstellen: Es geht nicht, von dem einen wegzunehmen und dem anderen was zu geben.

Wir Frauen sind an einem anderen Punkt angelangt, wo wir uns aktiv in die Politik einmischen, damit politische Veränderungen passieren. Ich glaube, daß die Männerbewegung an einem Punkt ist, wo sie sich aktiv mit sich selber beschäftigt und mit ihren Beziehungen zu Frauen. Und in diesem ganzen Prozeß, der unglaublich schön ist, der toll ist, der unterstützt werden muß, haben wir die Fähigkeit verloren, uns zu unterhalten. Ich finde ganz, ganz wenige Männer in meinem Leben, mit denen ich reden kann oder reden möchte. Nicht, weil ich denke, daß ich eine Frau bin, sondern weil ich über so viele Dinge nachgedacht habe, die mein eigenes Geschlecht angehen, daß wenige Männer da mitziehen können. Ich stelle das so in den Raum, Sie können damit übereinstimmen oder nicht. Ich denke, der Reichtum liegt in den NGOs, in den Nichtregierungsorganisationen, in der Zivilgesellschaft. Den harten Weg, den die Frauen gegangen sind, werden die Männer auch gehen müssen. Staatliche Unterstützung wird kommen. Irgendwann einmal, wenn der Druck groß genug ist. Aber staatliche Unterstützung sollte nicht auf Kosten der Frauen gehen. Das ist mein Sicht.

Die EU verfolgt eine andere Politik: Chancengleichheit heißt, Männergruppen können genauso von einem Frauenprogramm Geld bekommen wie Frauengruppen. Ich persönlich bin damit nicht einverstanden. Noch mal zurück zur Politik. Ich habe gesagt, wir Frauen haben uns verändert, sind den harten Weg durch die NGOs gegangen, wir wollen jetzt Veränderungen auf politischer Ebene. Das heißt, daß Frauen vermehrt in die Politik einsteigen müssen. So lange wir nicht gleichberechtigt in Entscheidungspositionen sitzen, wird sich sehr wenig verändern für uns und für die Männer auch. Dabei sind zwei Sachen ganz wichtig: Frauen zu fördern, sich politisch aktiv zu beteiligen, also Barrieren abzubauen und Gewalt gegen Frauen zu ächten. Ich glaube, diese beiden Punkte sind unglaublich wichtig auf dem Weg, politisch etwas verändern zu wollen.

Damit komme ich auf ein Gebiet, zu dem ich wegen meiner beruflichen Position lieber nichts sagen sollte. Das ist das Gebiet der sogenannten positiven Aktion oder positiver Frauenförderung, d. h. Quoten. Ich bin ganz stark für eine Quote. Die Menschen verändern sich so langsam. Wenn wir keine Quote hätten, müßten wir auf das Jahr 2438 warten, bis wir je 50 Prozent Frauen und Männer im Parlament haben. Also: warten wir den Trend ab oder geben wir eine Quote? Das ist die Frage. Ich sage immer: Quote. Das zweite ist: Gewalt an Frauen – ich kann es gar nicht besser sagen als du, Farid – ist fundamental, sie hat mit dem Patriarchat zu tun und ist damit eine fundamentale Sache in der Gesellschaft. Es hat mit Machtverteilung zwischen Männern und Frauen zu tun. Und daran müssen wir politisch etwas ändern. Zivilgesellschaft macht Druck auf die Politik und das muß auch so weitergehen.

5. Geschlechterdemokratischer Dialog

männlich. weiblich. Rechtsextrem.

27. März 2001

Renate Bitzan

Frauen und Frauenbilder im bundesdeutschen Rechtsextremismus

Oliver Geden

Männer und Männlichkeit in rechtsextremen Wahlparteien

Michael Stognienko

Moderation

Die Diskussionen über das Thema Rechtsextremismus sind geprägt von der Frage, wie rechtsextreme Gewalttaten verhindert werden können. Eine Analyse der Konstruktion von Weiblichkeit, Männlichkeit und den Geschlechterverhältnissen, die Aufschluß über die Attraktivität und Faszination an der rechtsextremen Szene geben könnte, entfällt häufig. Renate Bitzan und Oliver Geden fragen in ihrer Forschung nach dem Geschlecht der ProtagonistInnen und analysieren die geschlechtsspezifischen Hintergründe rechtsextremer Einstellungen. Welche Selbstbilder haben Männer der aktiven rechten Szene? Was macht die Attraktivität des Männer- und Männlichkeitsbildes aus? Welche Selbstbilder sind bei den Partnerinnen dieser Männer und bei gewaltbereiten Frauen zu finden? Wie sind Weiblichkeit und Männlichkeit konstruiert und wie stehen sie im Geschlechterverhältnis zueinander?

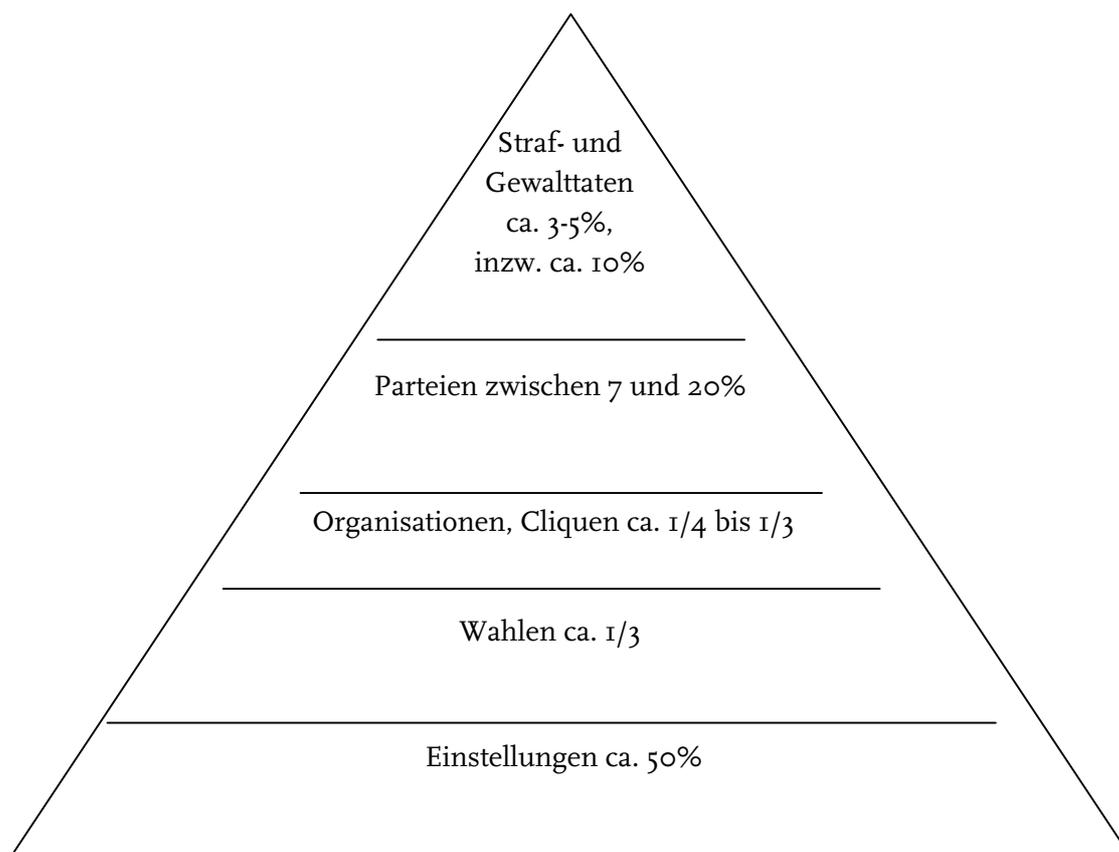
Renate Bitzan

Frauen und Frauenbilder im bundesdeutschen Rechtsextremismus

Ich möchte meinen Vortrag mit einem kurzen Überblick über die quantitativen Frauenanteile in den verschiedenen Dimensionen rechtsextremen Engagements beginnen. Ich stütze mich dabei auf amtliche Zahlen, Eigenangaben von Organisationen, verschiedene wissenschaftliche Erhebungen und Recherchen journalistischer BeobachterInnen der Szene. Die Zahlen stellen also eine Komprimierung von mosaikartig vorhandenen Erkenntnissen und Schätzungen dar und beziehen sich auf die vergangenen 10 - 15 Jahre.

Die hier abgebildete Pyramide ist entsprechend der unterschiedlichen Grade des Engagements von Frauen im Rechtsextremismus aufgebaut.

Die Spitze bildet der Bereich der Straf- und Gewalttaten. Hier bewegt sich der Frauenanteil in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zwischen circa drei bis fünf Prozent. In aktuellen Statistiken, z.B. aus Thüringen, wird dieser Anteil vom Verfassungsschutz auf zehn Prozent geschätzt. Doch auch diese Zahl ist fraglich, da die Tatbeteiligung von Mädchen und jungen Frauen an diesen Straftaten häufig nicht in ihrer ganzen Schärfe gesehen, sondern eher bagatellisiert werden. Eine genauere systematische Forschung hierzu steht jedoch noch aus.



Grafik: Frauen-Anteil an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus

Bezüglich des Engagements in rechtsextremen politischen Parteien sind die Mitgliederzahlen je nach Partei und Region unterschiedlich verteilt: zwischen sieben Prozent im unteren Bereich und 20 Prozent im oberen. (Ausnahme: ÖDP mit 40 %). Dazu ist anzumerken, daß auch in den anderen Parteien der Frauenanteil nicht über 30 Prozent hinausgeht. Ausnahmen sind hierbei die Grünen und die PDS (mit etwa 36 und 46 %).

Im Feld der Organisationen, Cliques und Gruppierungen, also der vereinsförmigen oder auch informellen Zusammenhängen, haben wir einen Frauenanteil zwischen einem Viertel und einem Drittel. Dieses Feld in den Bereich der Organisierung hineinzunehmen, macht m.E. Sinn, da es beispielsweise Kameradschaften oder stabile rechte Cliques gibt, die sich zwar keine Statuten geben, z.T. aber verbindliche Zusammenhänge darstellen. Da es für diesen Bereich keine offiziellen Statistiken gibt, muß auf Schätzungen jener Leute zurückgegriffen werden, die hier recherchieren und beobachten.

Die Verteilung der Geschlechter im Wahlpotential ist seit geraumer Zeit ziemlich stabil. So werden rechtsextreme Parteien zu ca. einem Drittel von Frauen und ca. zwei Dritteln von Männern gewählt.

Auf der Ebene der Einstellungen haben verschiedenste Forschungen ergeben, daß es zwischen den Geschlechtern bezüglich unterschiedlicher Statements Abweichungen gibt. Auch von Untersuchung zu Untersuchung sind Variationen zwischen den Geschlechtern festzustellen. Von einem deutlichen Gendergap ist jedoch nicht auszugehen. Frauen und Männer stellen ungefähr zu gleichen Teilen das Potential an rechtsextremen Einstellungen.

Organisierte Frauen im Rechtstextremismus

Was sind das für Frauen, die sich im organisierten Bereich engagieren? Entsprechend der unterschiedlich geprägten Organisationen ist auch die Zusammensetzung des Frauenanteils recht heterogen. Das auch von den Medien vermittelte Klischee der „Ehefrau oder Freundin von...“, also dem weiblichen Anhängsel von aktiven Männern, trifft zwar partiell tatsächlich zu, beschreibt aber eben nur einen Teil der Frauen. Einige finden über Freundinnen Zugang, andere wenden sich gänzlich aus eigenem Antrieb diesen Kreisen zu. Nicht unerheblich scheint hierbei die Beschäftigung einiger junger Frauen und Mädchen mit der NS-Zeit und eine damit oftmals verbundene Identifikation mit den Großeltern zu sein.

Die Rollen, die Frauen in diesen Organisationen einnehmen, sind vielfältig. Da gibt es die klassische Mitläuferin genauso wie die aktive Mitkämpferin, die sich auch an gewaltförmigen Aktionen beteiligt. Frauen bringen ihr Spezialwissen, wie z.B. Computerfachwissen, mit ein, sind Funktionärinnen, pflegen Kontakte zu anderen Organisationen, organisieren Aufmärsche, kümmern sich um die Infrastruktur und sind als Autorinnen an der Ideologieproduktion beteiligt. Dies alles in der Regel in gemischten Zusammenhängen. Es gibt auch einige wenige Frauenorganisationen, die sich allerdings nicht als Konkurrenz zu den gemischten Gruppen verstehen, sondern eher komplementär. Ein Teil dieser Organisationen hat sich auf typisch „weibliche“ Aufgabenfelder wie Sanitätsdienste bei Demonstrationen oder Gefangenenerunterstützung spezialisiert. Andere haben einen allgemeinen politischen Anspruch und führen Schulungen und auch eigene Aktionen durch.

Wie sieht bei rechtsextremen Frauen der eigene Lebensentwurf aus, betrachtet auf der Folie der Geschlechterverhältnisse?

Befragungen haben ergeben, daß sich Frauen mit rechtsextremistischer Orientierung bezüglich eigener Lebensentwürfe kaum von ihren Geschlechtsgenossinnen unterscheiden. Bei über 90 Prozent findet der „emanzipatorische Lebensentwurf“ Zustimmung, also die Doppelorientierung auf Familie und Beruf. Bei den Befragungen zum „emanzipatorischen Lebensentwurf“ hat sich gezeigt, daß der Widerspruch nicht zwischen rechts und links verläuft, sondern zwischen den befragten Frauen und den befragten Männern. Nur etwa die Hälfte der befragten Männer befürworten den „emanzipatorischen Entwurf“ für Frauen, gleich ob sie sich selbst als links oder als rechts definieren. Deutlich weniger als bei den Frauen.

Rechte Frauen und Gewalt

Das Verhältnis rechter Frauen zur Gewalt ist, sozialisationsbedingt, i.d.R. distanzierter als bei rechten Männern. Dies läßt sich aus den Statistiken zu Tatbeteiligungen deutlich herauslesen. Trotzdem können diese Frauen der Gewaltanwendung durchaus zustimmen, sie befürworten oder akzeptieren, vielleicht sogar davon fasziniert sein. Auch rechtsextremistische Frauen wenden in der Regel Gewalt nicht selbst an, sondern delegieren diese an die Männer der Szene. Eine andere Möglichkeit, Gewalt zu delegieren, ist der Appell an staatliches „Durchgreifen“. Häufig wird nach einem „starken Staat“ verlangt. Dieser soll abschieben, rausschmeißen, bestrafen oder beispielsweise die Todesstrafe für Vergewaltiger einführen. Heftige Gewaltphantasien kommen offensichtlich vor. Die Umsetzung sollen aber andere erledigen. Allerdings ist gegenwärtig – so mein Eindruck – eine Zunahme bei der direkten, eigenen Beteiligung zu verzeichnen.

Ein häufiger Anlaß für tätliche Angriffe, ob mit eigener Beteiligung oder stellvertretend durch die Männer der Gruppen oder Cliques, sind oftmals vermeintliche oder tatsächliche sexistische Anmachsprüche durch sogenannte „fremde Männer“. Die These aus der sozialwissenschaftlich-feministischen Debatte dazu lautet, daß frühere sexualisierte Gewalt und Sexismuserfahrungen – die sich bekanntlich größtenteils im sozialen Nahraum abspielen – hier eine Möglichkeit finden, kanalisiert zu werden. Sie werden auf bestimmte Adressaten konzentriert und in diesem Fall allein auf „fremde Männer“ projiziert. Diese (oft unbewußte) Strategie bringt zwei „nützliche“ Effekte für diejenigen mit sich, die sie einsetzen: Zum einen wird der eigene Rassismus bestätigt und zusätzlich schützt diese Projektion vor einer eigentlich angebrachten Konfliktaustragung zwischen den Frauen und Männern innerhalb der eigenen Gruppe.

Welche Motive führen Frauen in rechtsextreme Gruppen?

Rechtsextreme Parteien, Organisationen und Gruppen haben in der Regel kein programmatisches Frauenbild. Mit anderen Worten: Die Weiblichkeitskonstruktion rechter Gruppen ist kaum ein Anziehungspunkt für Frauen. Bei Befragungen werden immer wieder andere Motive genannt: die sogenannte „Ausländerfrage“, Nationalismus, deutsche Interessen, also auf der ideologischen Ebene Rassismus und Nationalismus. Sofern rechtsextreme Gruppen oder Parteien Programmpunkte zur Frauenpolitik haben, sind diese den Frauen häufig nicht bekannt, bzw. nicht von Interesse. Was jedoch nicht heißt, daß diese Frauen nicht über eigene Vorstellungen zum Geschlechterverhältnis verfügen respektive über Vorstellungen, wie Frau-

en und wie Männer zu sein haben. Diese Vorstellungen sind aber sehr heterogen gelagert. Was ihnen gemein ist, ist eine Kritik an Liberalismus und Materialismus, welche eine Degradierung der Frau zum Sexualobjekt und eine „unnatürliche“ Lebensweise fördern würden. Als Gegenentwurf und Vorbild dient häufig das Germanentum. Was deren Geschlechterordnung angeht, gibt es völlig unterschiedliche Interpretationen. Die einen sehen im Germanentum eine Ordnung der Differenz, in der Frauen und Männer ganz klar unterschiedlichen Sphären zugeordnet werden. Andere sehen im Germanentum das Vorbild für eine egalitäre Geschlechterordnung. Als Grundlage dieser unterschiedlichen Interpretationen dienen vor allem die Schriften des römischen Geschichtsschreibers Tacitus, also ein und dieselbe Quelle. Im Differenzansatz dominiert das Leitbild der Mutter. Allerdings weniger die bürgerliche, „verweichlichte“ Hausfrau und Mutter, sondern eher die „heldische“ Mutter. Dies lässt sich an vielen Abbildungen aus der NS-Zeit sehen, die in neonazistischen Fanzines gern reproduziert werden: Ein häufiges Motiv ist die entschlossen drein blickende Mutter auf freiem Feld (nicht im Haus), ohne Ehemann, umringt von einer Schar von Kindern. Ihre zentrale Aufgabe ist die Arterhaltung, die Reinhaltung des Blutes. Es gereicht ihr zur Ehre, überlebenswichtige Funktionen für das Volk zu erfüllen. Entsprechend ist „Rassenschande“ das Verwerflichste, was eine Frau tun kann. „Arische Mutterschaft“ hingegen das Höchste der Gefühle. Das männliche Gegenüber ist der Soldat, der Krieger, der Staatsmann. Im egalitär orientierten Ansatz wird von gleichen Fähigkeiten und Aufgaben im privaten wie im öffentlichen Leben für Frauen und Männern ausgegangen. Sie kritisieren genau diese dualistischen Zuschreibungen, die die andere Interpretationslinie anbietet. Damit können sie z.T. nahtlos an feministischer Patriarchatskritik anknüpfen.

Ein Beispiel rechter Patriarchatskritik

Ein Beispiel für eine egalitäre Interpretation des Germanentums zeigt sich bei Sigrid Hunke, einer (inzwischen verstorbenen) Autorin der rechtsextremen Zeitschrift „Elemente“. Der Artikel, aus dem ich zitieren möchte, ist mit Illustrationen versehen, die die egalitäre Auffassung unterstreichen sollen (Mann und Frau mit ebenbürtig kräftiger Statur; ein Mann beim Füttern eines Kleinkinds etc).

„[Hier standen] Männer und Frauen als ganzheitliche Menschen (...), beide gleichen Rechten und Pflichten, beide gleichen Idealen und sittlichen Werten lebend und beide dem selben Werturteil unterstellt. Hier ordnete sich das Verhältnis von Mann und Frau als Nebeneinander selbständiger und sich selbst bestimmender, einander ebenbürtiger Persönlichkeiten.“

Der Artikel, aus dem dieses Zitat stammt, erzählt die Geschichte des Geschlechterverhältnisses in Europa. Die mit der Christianisierung folgende Epoche wird von Hunke als Abkehr von dem im Germanentum angeblich herrschenden Gleichheitsprinzip von Mann und Frau beschrieben:

„Die neue, kirchlich verordnete Geschlechterordnung prägte das europäische Bewusstsein in einer langwierigen schmerzhaften Umpolung im Sinne eines absoluten Andersseins von Mann und Frau, ihrer tiefen Wesens- und Rangverschiedenheit (...).“

Durch die Fixierung dieser Rollen infolge Erziehung und Wunschbild des Mannes bildete sich allmählich eine dogmatische Festlegung der Begriffe des 'Männlichen' und des 'Weiblichen' auf extreme Gegensätze heraus (...).

Die Verpflichtung beider Geschlechter auf solcherweise einander ausschließende angebliche Wesensgegensätze hat die Menschen unseres Kulturkreises zu Spezialisten vereinsseitigt, verarmt und in ihrem Menschsein gemindert. Sie hat die Frauen sich selbst tief entfremdet und verbogen, sie an ihrem Selbstsein gehindert und so ihre innere Freiheit zerstört und damit unschöpferisch gemacht.

Unter dem Diktat der 'Polaritäten' wurde der europäische Mann zum Spezialisten des Verstandes erzogen, des logischen Denkens, des kühlen Intellekts, der sein Leistungsleben ausschließlich von rationalen Prinzipien, unabhängig vom hinderlichen Gefühl leiten ließ. (...) Die Frau dagegen war ausschließlich für die Sparte des Gefühls, des Gemüts, der Seele und der Tränen zuständig, (...) zum Pflegen und Hegen des Nahen und Nächsten bestimmt. (...)“ Daraus leitet sie die Forderung ab: „[Wir müssen uns] in Bezug auf Mann und Frau endgültig freimachen von einem dualistischen Denken in einander ausschließenden und wertverschiedenen Gegensätzen (...) [und die] Begriffe von 'männlich' und 'weiblich', die sich als falsch besetzt erwiesen haben, endgültig aus dem Verkehr ziehen (...).“

Diese Auszüge zeigen, wie nahe Hunkes Forderungen an geschlechterdemokratischen Prinzipien und feministischen Perspektiven zu verorten sind. Das hier vorgebrachte Gleichheitspostulat wird freilich nicht konsequent fortgeführt oder umgesetzt. Im Gegenteil. Ein „Ungleichheitspostulat“ konterkariert die ansonsten unterstützenswerten Perspektiven. Mit der Einschränkung von Geschlechtergleichheit auf „nordische Menschen“ wird eine Linie gezogen, die eine vermeintliche Nähe zu elementar emanzipatorischen Ansätzen aufhebt. „Südländer“, die „von ihren Sinnen geleitet“ seien und die erforderliche „Evolutionstufe“ noch nicht erreicht hätten, könnten diese Gleichheit nicht praktizieren und folglich auch nicht einfordern. Hier wird das Konstrukt einer Kopplung von Antisexismus und Rassismus überdeutlich. Dieser Aspekt wird in den kritischen Debatten zu Sexismus und Rassismus häufig vernachlässigt. Sexismus und Rassismus müssen nicht automatisch als sich gegenseitig verstärkende Diskriminierungsfolien miteinander verbunden sein, sondern können auch in einer gegenläufigen Verkopplung gesehen und praktiziert werden. Problematisch wird ein „Feminismus“, der deutliche Anknüpfungspunkte zu den vorgestellten rechten Positionen hat, wenn er sich nicht klar antirassistisch positioniert. Dies sollte er m.E. tun.

Abschließend soll noch angemerkt werden, daß davon auszugehen ist, daß junge Frauen, die in die rechtsextreme Szene einsteigen, meist in einem Milieu aufgewachsen sind, in dem nicht mehr nur traditionelle „weibliche“ Sozialisation praktiziert wird. Da sich die Milieus geöffnet haben, muß konstatiert werden, daß diese jungen Frauen ein gewisses Maß an Selbstbewußtsein und Gleichberechtigungsanspruch mitbringen. Diese Eigenschaften geben sie beim Eintritt in die rechte Szene nicht einfach ab, sondern tragen sie dort mit hinein. Weniger in Form programmatischer Aussagen, als als gelebte Praxis.

Dr. Renate Bitzan ist Journalistin, Soziologin und Politologin. 1998 promovierte sie zum Thema „Geschlechterdiskurs von Autorinnen rechtsextremer Zeitschriften“. Seit vielen Jahren beschäftigt sich Renate Bitzan sowohl wissenschaftlich als auch politisch mit Projekten im Bereich Feminismus, Antifaschismus und Antirassismus. Sie ist z.Zt. wissenschaftliche Assistentin in Göttingen.

Literatur

Birsl, Ursula et.al (1995): Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewerkschaften. Lebensverhältnisse und politische Orientierungen von Auszubildenden, Opladen (S. 7-83)

Bitzan, Renate (Hg.) (1997): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin

Bitzan, Renate (2000): Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen

Büchner, Britta Ruth (1995): Rechte Frauen, Frauenrechte und Klischees der Normalität. Gespräche mit „Republikanerinnen“, Pfaffenweiler

Eckart, Christel / Henze, Dagmar / Jansen, Mechthild M. / Stolt, Susanne (Hg.) (1995): Sackgassen der Selbstbehauptung. Feministische Analysen zu Rechtsradikalismus und Gewalt. Schriftenreihe der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Frauenforschung der Gesamthochschule Kassel, Kassel

Fantifa Marburg (Hg.) (1995): Kameradinnen. Frauen stricken am braunen Netz, Münster

Holzkamp, Christine / Rommelspacher, Birgit (1991): Frauen und Rechtsextremismus, in: Päd. Extra, Heft 1/1991, S.33-39

Möller, Kurt (2000): Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Aufbau- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15jährigen, Weinheim und München

Müller, Gudrun / Keinhorst, Annette (Red.) (1997): Mädchen, Frauen & Rechtsextremismus. Dokumentation einer Arbeitstagung vom 7.-9. November 1996 in Saarbrücken, Dialog (Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland) Nr. 4, Saarbrücken

Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen? Untersuchung des Instituts für Konfliktforschung Wien (2001), wissenschaftl. Bearbeitung: Amesberger, Helga / Halbmayr, Brigitte

Siller, Gertrud (1997): Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen

Tillner, Christiane (Hg.) (1994): Frauen – Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Münster

Wlecklik, Petra (Hg.) (1995): Frauen und Rechtsextremismus, Göttingen

Oliver Geden

Männer und Männlichkeit in rechtsextremen Wahlparteien

Das Problem bei einem Referat über „Männlichkeitsbilder im Rechtsextremismus“ ist zunächst einmal die schlechte Quellenlage. Zu Männern und Männlichkeit im Rechtsextremismus gibt es nicht annähernd so viele Studien wie zu Frauen im Rechtsextremismus. Im deutschsprachigen Raum ist mir keine Studie zu diesem Thema bekannt. Es ist schwierig, einen Überblick über ein Forschungsfeld zu geben, das es im Grunde genommen noch gar nicht gibt.

Das Thema meines Vortrags ist „Männer und Männlichkeit in rechtsextremen Wahlparteien“, da ich dazu selbst arbeite. Hierbei geht es schwerpunktmäßig um die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Es ist nicht sinnvoll, über **die** Männer im Rechtsextremismus zu sprechen, da diese sicherlich keinen monolithischen Block bilden. Man muß davon ausgehen, daß mehr als eine Form von Männlichkeit existiert und diese Männlichkeiten in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen. Männlichkeiten differieren nach Kategorien wie Milieu, Generation, Ethnizität oder sexueller Orientierung. Männlichkeiten differieren aber vor allem auch innerhalb von Organisationen anhand von Handlungspraxen. Verschiedene Organisationen bzw. Organisations- oder Betätigungsformen im Rechtsextremismus bringen wiederum differente Handlungspraxen hervor. Dort kann Männlichkeit in völlig unterschiedlicher Weise „verhandelt“ und hergestellt werden. Männlichkeit wird bei rechtsextremen Skinheads anders aussehen als bei Rechtsintellektuellen, anders als bei Funktionären in rechtsextremen Wahlparteien und wiederum anders als bei rechtsextremen Neuheiden. Bei all diesen Differenzierungen gibt es aber auch Gemeinsamkeiten, die jedoch noch konkret zu untersuchen wären. Es existieren bisher kaum vergleichende Studien. Innerhalb der Organisationen gibt es sicherlich jeweils nochmals hegemoniale Männlichkeiten, die abermals verschieden ausgeprägt sind. Es ist aber davon auszugehen, daß es Männlichkeitsbilder gibt, an denen sich die meisten rechtsextremen Männer orientieren.

Frauen- und Männeranteile in der Freiheitlichen Partei Österreichs

Die Freiheitliche Partei Österreichs ist seit Februar 2000 in der Bundesregierung. Im Bundesland Kärnten ist sie unter der Führung von Jörg Haider seit April 1999 die stärkste Partei und stellt dort auch den Landeshauptmann.

Die Freiheitliche Partei Österreichs hat für eine rechtsextreme Partei ein relativ ausgeglichenes Verhältnis bei der WählerInnenschaft: 60 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen. Sie ist damit jedoch im politischen System Österreichs die einzige Partei, die mehrheitlich von Männern gewählt wird. Alle anderen Parteien werden mehrheitlich von Frauen gewählt. Besonders hoch ist der Wähleranteil bei Männern unter 30 und über 60 Jahren. Bei den Abgeordneten im Nationalrat und den Länderparlamenten ist das Verhältnis ungefähr 80 Prozent Männer zu 20 Prozent Frauen. Dieses Verhältnis ist seit der Übernahme der Parteiobmannschaft durch Jörg Haider stabil geblieben. Alle anderen Parteien haben mittlerweile die FPÖ bei diesen Zahlen überholt. Mitte der 80er Jahre rangierte die FPÖ in dieser Hinsicht noch auf zweiter Stelle im politischen System Österreichs. Bei höheren Parteifunktionen, beispielsweise in Bezirksvorständen auf der niederen und mittleren Ebene, beträgt das Verhält-

nis 70 zu 30 Prozent. Im Bundesvorstand ist die Schere mit 85 Prozent Männer zu 15 Prozent Frauen am weitesten geöffnet.

In meiner Untersuchung frage ich danach, was die FPÖ insbesondere für Männer so attraktiv macht. Diese Frage bezieht sich jedoch nicht auf die Wähler, sondern auf die Funktionäre der Partei. Anhand der vorhandenen Literatur, auch über Frauen und ihre Motive, sich in rechts-extremen Parteien zu engagieren, sind drei Eingangsthesen zu formulieren, die es anhand von empirischem Material zu überprüfen gilt.

Die erste These ist, daß die spezifische Männlichkeit, die von der Partei selbst diskursiv angeboten wird, für Männer eine attraktive Zielperspektive darstellt – im Sinne der Wiedergewinnung von verloren gegangenen Sicherheiten im Geschlechterverhältnis, die mit eindeutigen Rollenzuschreibungen verbunden waren: „Männer haben in der Gesellschaft diese Aufgabe, Frauen jene.“

Zweitens ist zu untersuchen, ob politischen Praxen innerhalb der Organisationen ein Geschlechterkonzept zugrunde liegt, das sich an männlichen Lebensentwürfen orientiert und Frauen tendenziell ausschließt. Wie sind die Selbstbilder von Männern und Frauen über ihre Aufgaben innerhalb der Organisation? Wieviel Zeit erfordert beispielsweise das politische Engagement und wie wird gleichzeitig die Familienarbeit real aufgeteilt? Wer hat mehr freie Zeit zur Verfügung und wer nicht?

Ein dritter Aspekt ist, daß die Dominanzstrukturen innerhalb der Kategorien Geschlecht und Ethnizität Ähnlichkeiten unterliegen. Funktioniert Männlichkeit ähnlich wie Rassismus oder Ethnozentrismus?

Des weiteren ist relevant, mit welchen Männern wir es innerhalb dieser Partei zu tun haben. Die Frage nach dem Diskurs über Männlichkeit hat erst einmal relativ wenig damit zu tun, wie dieser Diskurs innerhalb der Partei rezipiert wird. Ob dieser Diskurs die Partei attraktiv macht? Das wird man erst einschätzen können, wenn man den Diskurs ins Verhältnis dazu setzt, in welchen Geschlechterverhältnissen und mit welchen Männlichkeitskonzeptionen die Parteifunktionäre alltäglich leben und ob und wie sie darüber sprechen.

Von Interesse bei meiner Forschung ist zudem, wie das Geschlechterverhältnis innerhalb der Organisation selbst gesehen wird. Was also Funktionäre dazu sagen, daß Frauen so wenig repräsentiert sind oder wie ihre Haltung dazu ist, wer welche Aufgaben innerhalb der Organisation hat oder haben sollte. Diesen Fragen bin ich in Interviews und Gruppendiskussionen mit Männern in der FPÖ nachgegangen.

Die Familienpolitik der FPÖ

Generell kann man sagen, daß Geschlechterverhältnisse oder ein Politikfeld wie Frauen- und Familienpolitik bei rechten Wahlparteien keine große Rolle spielen. Innerhalb der FPÖ stellt sich das allerdings anders dar. Familien- und Frauenpolitik gehört mittlerweile zu den Hauptpolitikfeldern, auf denen Wahlkämpfe bestritten und sicherlich auch gewonnen werden. Diese Diskurse lassen sich hinsichtlich der Ideologieproduktion untersuchen und hinsichtlich ihrer realpolitischen Umsetzung.

Die Diskussion zu diesem Komplex macht sich in Österreich im Augenblick vor allem an dem sogenannten „Kinderscheck“ oder an der Einführung eines Kindergeldes fest. Jede Familie wird für ein Kind bis zu dem Alter von drei Jahren 6000 Schilling monatlich erhalten, ungefähr 900 DM. Diese Unterstützung ist nicht zweckgebunden. Dazu gibt es in der FPÖ durchaus ambivalente Haltungen. Einerseits wird mit der Wahlfreiheit argumentiert, „mit

den 6000 Schilling kann die Frau machen, was sie will“. Auf diesen Aspekt legen vor allem FPÖ-Politikerinnen wert. Andererseits ist bei Jörg Haider deutlich herauszulesen, daß es darum geht, daß „die Frau mit diesem Geld endlich in die Lage versetzt wird, sich mehr um die Kinder zu kümmern“ oder – noch deutlicher – sich „endlich“ um die Kinder zu kümmern. Die Argumentation lautet: die Frau mußte bis jetzt arbeiten gehen und vielleicht wollte sie das gar nicht. Wir geben ihr jetzt die Möglichkeit, zu Hause bleiben zu können. Haider wußte schon im Wahlkampf in Kärnten die Symbolik des „Kinderschecks“ für sich zu nutzen. Er brachte das Thema in die Tagespolitik und inszenierte sich damit als der imaginäre Familienernährer. Auf Wahlplakaten war besagter Scheck mit dem Text abgebildet: Einzulösen bei Landeshauptmann Dr. Jörg Haider.

Diese Familienpolitik wird in einem zweiten Schritt mit der Kriminalitätsbekämpfung verknüpft: Da es für die kindliche Entwicklung wichtig sei, in den ersten drei Jahren von der Mutter betreut zu werden, spare der Staat mittel- und längerfristig wieder Geld bei der Kriminalitätsbekämpfung, da diese gut betreuten Kinder später ja nicht kriminell würden.

Der Satz „Österreich hat zu wenig Kinder“ markiert die völkische Perspektive der FPÖ in der Familienpolitik. Kinder sollen nicht nur nicht kriminell werden, sie sollen vor allem mehr werden. Diese Vorstellung wird nicht nur von der FPÖ vertreten, sondern auch von ihrem Koalitionspartner, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Die auflagenstärkste Boulevardzeitung Österreichs, die Kronenzeitung, präsentiert beispielsweise ein Interview mit Bundeskanzler Schüssel mit der Schlagzeile: „Kindergeld soll Zuwanderung bremsen“, die aus dem Gespräch mit ihm entnommen wurde.

Geschlechterpolitik auf Ministerialebene

Das österreichische Frauenministerium, das ins Sozialministerium eingegliedert ist, wurde vor wenigen Monaten von einem Mann übernommen, die freiheitliche Ministerin von einem freiheitlichen Minister abgelöst. Diese Ablösung kann als symbolischer Affront im Sinne von „die Männer kümmern sich jetzt wieder selbst drum“ gesehen werden. Politisch hat sich die Arbeit des Frauenministeriums seither allerdings kaum verschlechtert.

Mittlerweile werden im Ministerium neue Akzente gesetzt. So wurde zum 1. März 2001 eine „männerpolitische Grundsatzabteilung“ eingerichtet. Die Ankündigung erfolgte in der Festschreibungszeit, die numerische Einordnung ins Ministerium unter dem Kürzel 6/6 („Sektion sechs, Abteilung sechs“), wurde in Österreich gemeinhin als Affront wahrgenommen.

Die Einrichtung der männerpolitischen Grundsatzabteilung wird damit begründet, daß „eine Bevorzugung weder dem einen oder anderen Geschlecht dienlich ist. Männer haben in der heutigen Gesellschaft genauso viele Vor- und Nachteile, Probleme und Ängste wie Frauen“. So der freiheitliche Klubobmann (Fraktionsvorsitzende) im Landtag von Kärnten, Martin Strutz. Die Abteilung ist als Teil einer „Rolle rückwärts“ in der Geschlechterpolitik einzuordnen. Dennoch darf die Arbeit der neuen Abteilung mit Spannung erwartet werden, denn hier wird die FPÖ erstmals Rahmenbedingungen für eine explizite „Männerpolitik“ abstecken.

Bei Befragungen von FPÖ-Engagierten wird immer wieder betont, auch von Frauen, daß „es in der Partei auf keinen Fall Probleme zwischen Männer und Frauen gibt. Es gelten nur die Leistungen und Erfahrungen. Deshalb brauchen wir auch keine Quoten“. Da die Partei „von zuwenig Frauen gewählt wird“, existiert im Vorfeld von Wahlen die offene Praxis, Frauen auf vordere Listenplätze zu setzen. FunktionärInnen können dementsprechend darauf verweisen, daß relativ viele Frauen in Spitzenpositionen zu finden seien und zudem Wahlkämpfe häufig

mit Spitzenkandidatinnen bestritten werden: Die FPÖ-Bundesobfrau Susanne Riess-Passer ist die erste Vizekanzlerin in der Geschichte Österreichs.

Meiner Einschätzung nach haben diese Frauen im wesentlichen die Funktion von Platzhalterinnen. Die Ablösung Jörg Haiders durch Susanne Ries-Passer wird von der Partei selbst in diesem Sinne rezipiert: „Haider hat die Zügel in der Hand, wenn er zurück will, kann er auch zurück“, so ein Funktionär des FPÖ-Jugendverbandes in einem Interview. Und Susanne Riess-Passer bekundete in ihrer Rede bei der Übernahme der Obmannschaft der Partei selbst: „Jörg, das wird immer deine Partei bleiben“.

Angesichts der Art und Weise, wie nach Haiders Rücktritt immer wieder Diskussionen um Verselbständigungstendenzen von FPÖ-Ministern aufflammen, liegt die Vermutung nahe, daß die Angst, Haider könne endgültig verdrängt werden, größer gewesen wäre, wenn ein Mann seinen Posten übernommen hätte. So bleibt Haider der unangefochtene Führer.

Auch der gerade abgeschlossene Wiener Wahlkampf ist ein Beispiel für die Strategie, Frauen exponiert zu positionieren, ohne sie jedoch als „gleichwertig“ anzuerkennen. Kurz vor dem Ende des Wahlkampfes mußte der Spitzenkandidat der Freiheitlichen wegen der sog. „Spitzelaffäre“ zurückgezogen werden. In der nachfolgenden innerparteilichen Diskussion ließ sich schließlich die Nationalratsabgeordnete Helene Partik-Pablé dazu überreden, dieses bereits verlorene Rennen noch aufzunehmen. Die Bildpolitik in der Endphase des Wahlkampfes sah dann so aus, daß auf den Plakaten das Konterfei Haiders mit dem Text: „Am 25. März Partik-Pablé oder rot-grün“ prangte.

FPÖ-Funktionärinnen und ihr Frauenbild

Zwei Interviewstudien haben ergeben, daß FPÖ-Funktionärinnen das Geschlechter- oder Frauenbild ihrer Partei keineswegs selbst leben. Sie befürworteten beispielsweise, daß Frauen zu Hause bleiben sollen, um sich um die Kinder zu kümmern. Für sich selbst nehmen sie jedoch in Anspruch, daß die Berufsorientierung das Wesentliche in ihrem Leben sei. In diesem Sinne wird auch das geringere Engagement von Frauen in der Politik begründet: „Die, die sich engagieren wollen, können das auch. Aber eigentlich interessieren sich Frauen weniger für Politik als Männer.“ Neben dieser differenztheoretischen Argumentation wird häufig angeführt, daß Politik eben traditionell männerdominiert gewesen sei. Frauen wollten sich nicht immer in Männerrunden durchsetzen müssen. Das würde sich aber auf Dauer ganz von alleine ändern, deshalb sei es auch nicht nötig zu intervenieren.

Die Rolle von Männern innerhalb der Organisation wird im allgemeinen weder von Frauen noch von Männern thematisiert. Ein treffendes Beispiel für die Selbstverständlichkeit des vorherrschenden Geschlechterbildes in der Partei ist die häufig anzutreffende Aussage: „Frauen haben halt nicht soviel Zeit, da sie sich ja um die Kinder kümmern. Die Frauen, die sich engagieren, sind ja meist nicht verheiratet oder haben zumindest keine Kinder.“

Repräsentation von Männlichkeit: Haider

Ein Bereich, der für die FPÖ von großer Bedeutung ist, sind die Repräsentationen von Männlichkeit. Zentral in der Vermittlung von Männlichkeit ist Haiders Körperrepräsentation. Zu Haiders Körper existiert eine umfangreiche Bildproduktion, die sich in mehrere Ebenen aufsplittet und auch wieder verbindet.

Da ist zunächst einmal der erotische Mann. Es gibt relativ viele Fotos von ihm, die ihn halb-nackt zeigen, braungebrannt im Sonnenschein, an einem Felsen lehnd. Die nächste wichtige Vermittlung ist seine Verkörperung des sportlichen Mannes: Der Marathonläufer, der Extremsportler, der risikofreudige Sportler. In diesen Kontext paßt auch sein medienwirksames Bungee-Jumping von einer Brücke. Das Motto „Männlichkeit bedeutet, Risiken einzugehen“ wird von ihm treffend verkörpert.

Im politischen Kampf greift Haider häufig zum Mittel der körperlichen Abwertung des politischen Gegners. Ein Zitat aus den 90er Jahren, das den damaligen SPÖ-Bundeskanzler angreift, lautet: „Der Vranitzky kriegt ja bald seine Hose nicht mehr zu.“ Oder über Kurt Waldheim, dem ÖVP-Spitzenkandidaten zur Bundespräsidentenwahl: „Waldheim ist feige, rückgratlos und lendenlahm“. Diese beiden Beispiele, exemplarisch für eine Unzahl ähnlicher Zitate Haiders, zeigen die beiden Grundelemente einer haiderschen Körperpropaganda: Sportlichkeit und Virilität. Für die Vermittlung dieser Inhalte ist aber nicht Haider allein zuständig. Es gibt auch andere FPÖ-Wahlplakate, auf denen Politiker bei Sportarten wie Marathonlaufen oder Wasserski-Fahren abgebildet sind, zum Teil mit dem klassischen Slogan: „Nur aus einem gesunden Körper entspringt ein gesunder Geist“.

Eine weitere wichtige Repräsentationsebene ist die bereits angesprochene Inszenierung Jörg Haiders als Familienbeschützer respektive Familienernährer. Neben dem erwähnten „Kinderscheck“ ist für die FPÖ Kindesmißbrauch ein wichtiges Thema. Hierzu wurde ein Plakat entworfen, auf dem eine Frau mit Kind auf dem Arm abgebildet ist, ihr gegenüber steht Jörg Haider. Der Text dazu lautet: „Einer, der unsere Kinder schützt“.

Oliver Geden hat Europäische Ethnologie, Gender Studies und Politikwissenschaften in Berlin studiert. Seine Schwerpunkte sind Männlichkeits-, Rechtsextremismus- und Wissenschaftsforschung. Veröffentlicht hat er „Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus“.

Literatur

Geden, Oliver (1999): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin

Forster, Edgar J./Tillner, Georg (1998): Wie Männlichkeit und Fremdenfeindlichkeit zusammenehen. In: Widersprüche 67. S. 79-89

Hauch, Gabriella (2000): Stammtische und Buberlparteien? Zum Geschlecht des Populismus am Beispiel der FPÖ in den 1980er und 1990er Jahren. In: Lechner, Manfred/Sailer, Dietmar (Hg.) (2000): zeitgeschichte.at. Der IV. österreichische Zeitgeschichtetag in Graz 1999. Innsbruck. S. 157-164

Heither, Dietrich (2000): Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum, Köln

Jäger, Margret (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg

Ottomeyer, Klaus (2000): Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ, Klagenfurt

Rösslhuber, Maria (1998): Die FPÖ und die Frauen, Wien

Theweleit, Klaus (2000): Männerphantasien 1 + 2, München

Schlußfolgerungen für die politische Bildung

Michael Stognienko: Frau Bitzan, was raten Sie uns auf dem Gebiet der politischen Bildung? Welche Vorschläge können Sie aus Ihren Analysen für uns ableiten? Bisher fallen mir zwei Projekte ein. Das eine sind Seminare für junge Mädchen und das andere ist ein Bildungsangebot für Lehrerinnen, Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen mit der Frage: „Wie reagiere ich auf den Rechtsextremismus junger Frauen?“ Sehen Sie noch weitere Felder, die zu bearbeiten wären?

Renate Bitzan: Ich kann nur Anregungen geben, keine Rezepte. Die beiden von Ihnen genannten Projekte sind schon einmal ein guter Ansatz. Gerade im Hinblick auf Aspekte wie sexualisierte Gewalt ist es sinnvoll, mit reinen Mädchengruppen zu arbeiten. Ergänzen möchte ich, daß es wichtig ist, sich kein falsches Bild von selbstbewußten, vermeintlich emanzipierten jungen Frauen zu machen. Anzunehmen, mit diesen Eigenschaften würden diese Frauen automatisch vor rechten Inhalten abgeschreckt, ist zu einfach gedacht. Dabei können einem leicht die Argumente ausgehen, wenn man erklärt, daß „die doch ein so altbackenes Frauenbild haben“.

Generell ist bei Seminaren darauf zu achten, daß aus Gleichberechtigungsforderungen von Mädchen und Frauen nicht sofort auf weitergehende political correctness zu schließen ist. Wichtig ist es auch, auf spezifische Erfahrungshintergründe der Teilnehmerinnen einzugehen. Dies nicht nur bezüglich der schon erwähnten Gewalterfahrungen, sondern auch hinsichtlich des familiären Hintergrunds.

Neuere biographische Interviews haben gezeigt, daß es häufig eine große Affinität zur Großelterngeneration gibt. Gerade wenn ein Idealisieren der Jugendzeit der Großeltern stattfindet und zudem auch noch Probleme mit den Eltern vorliegen, kann das eine große Wirkung auf Heranwachsende haben. Dies wäre ein gutes Seminarthema.

Wenn es um das Lernziel Geschlechterdemokratie bei Seminaren geht, gilt es, die eigenen Ansätze daraufhin zu überprüfen, ob man implizit oder explizit einen eingegrenzten Begriff von Gleichberechtigung hat. Ob dieser Begriff bewußt oder unbewußt rassistisch eingegrenzt ist oder offen und antirassistisch ausgelegt wird. Das Thema Ethnisierung von Sexismus sollte offen angegangen werden. Gerade weil dieser Diskurs weit in bürgerlichen und linke Kreisen verbreitet ist. Das darf nicht tabuisiert werden.

Wichtig erscheint mir bei Seminaren mit dem Lernziel „Stärkung von Selbstbewußtsein und Durchsetzungsvermögen von Frauen und Mädchen“ danach zu fragen, für wen oder gegen wen diese neu erworbene Kompetenz eingesetzt werden soll. Bei rechten Frauen muß unterstellt werden, daß sie das potentiell in nationalistischer oder rassistischer Weise einsetzen könnten. Das gilt für Jungen natürlich genau so.

Michael Stognienko: Oliver Geden, wie schätzen Sie die Entwicklung in Österreich nach anderthalb Jahren Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreich ein? Ist die Freiheitliche Partei Österreich dabei, sich trotz Stimmenverlusten zu konsolidieren oder zeigt sie Auflösungserscheinungen?

Oliver Geden: Das ist schwer zu sagen, und ich möchte darüber nicht spekulieren. Ich denke, die Verluste sind nicht bei der Stammwählerschaft zu verzeichnen, sondern eher bei Gruppen, die die FPÖ zuletzt neu dazu gewonnen hat. Ich denke aber, daß Haider 2003 als Kanzlerkandidat antreten wird. Möglicherweise übernimmt er auch schon früher wieder die Obmannschaft in der FPÖ. Vielleicht wird er auch Neuwahlen provozieren. Aber selbst wenn die FPÖ aus der Regierung verschwindet, ist das Problem nicht gelöst. 27 Prozent WählerInnenstimmen in Österreich zeigen eine sehr hohe Akzeptanz rechtsextremistischer Ideologie.

Michael Stognienko ist Physiker und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung im Programmteam Demokratie und Zeitgeschichte. Er koordiniert das Projekt „Handlungsfähig gegen Rechtsextremismus“.

6. Geschlechterdemokratischer Dialog

EU-Erweiterung: Geschlechterdemokratie (kein) Thema?

12. Juni 2001

Lisa Paus

Geschlechterdemokratie, EU-Erweiterung und die Grünen

Czeslaw Fiedorowicz

EU-Erweiterung und Geschlechterdemokratie aus polnischer Sicht

Agnieszka Rochon

Polen im Wahljahr 2001

Das Thema EU-Erweiterung wird in erster Linie mit der Wettbewerbsfähigkeit der Marktwirtschaften und der Übernahme der europäischen Gesetzgebung in Verbindung gebracht. Der gesamte Prozeß wird vorwiegend als technokratisches Problem wahrgenommen. Die Situation, Bedürfnisse und Interessen der Menschen, von denen dieser Prozeß einst ausging, werden kaum berücksichtigt. Und wenn doch, dann stehen die Vielfältigkeit von und die Unterschiede zwischen Frauen und Männern nicht im Fokus der Betrachtung. Lisa Paus und Czeslaw Fiedorowicz werden über Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Rahmen der EU-Erweiterung in Dialog treten und dabei die politische Relevanz von Geschlechterdemokratie ausloten.

Der Text von Agnieszka Rochon entstand im Frühjahr 2002, er ergänzt den Dialog. Die Autorin resümiert die Wahlen vom 23.9.2001 und die damit einhergehenden Veränderungen.

Lisa Paus

Geschlechterdemokratie, EU-Erweiterung und die Grünen

Ich vertrete hier den grünen Berliner Landesverband und wir haben letztes Jahr im September den ersten Kontakt zur polnischen Seite geknüpft, zum Ökologischen Forum der Freiheitsunion. Es gab eine Tagung in Slubice mit dem Titel „Grüne diesseits und jenseits der Oder. Zu neuen Ufern“. Bei der Vorbereitung dieser Tagung haben wir überlegt, worüber wir sprechen möchten, was unsere Themen sein werden. Von unserer Seite kam automatisch, daß die traditionellen Grünen-Säulen vorkommen sollen. Dazu gehört auch Frauenpolitik und Geschlechterpolitik. Mit diesem Ansinnen kamen wir zum Ökologischen Forum. Dort wurde uns gesagt, Geschlechterpolitik spiele bei ihnen keine politische Rolle. Wir haben dann nicht darüber gesprochen. Ich freue mich, daß wir dies heute an diesem Ort mit Herrn Fiedorowicz von der Freiheitsunion nachholen können.

Welche Rolle spielt die Geschlechterfrage bei der Osterweiterung?

Grundsätzlich gelten für den Beitritt der Anwärterstaaten die **Kopenhagener Kriterien**. Zuerst das Thema **Wirtschaft**: Inwieweit ist das Land tatsächlich wettbewerbsfähig? Ist es bereit für Freihandel, für den europäischen Binnenmarkt? Das ist ein Kriterium für den Beitritt. Das zweite Kriterium sind Demokratiefragen: Wie weit ist das Land von seiner **demokratischen Verfaßtheit** (Menschenrechte, Minderheitenrechte usw.) auf dem Stand, Mitgliedstaat der EU zu werden? Drittens: inwieweit ist das Land von seinen **Institutionen** – Gerichten und sonstigen politischen Institutionen – in der Lage, das Gemeinschaftsrecht nicht nur in Gesetzestexten zu fassen, sondern auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen?

Das sind die drei zentralen Kopenhagener Kriterien, die von der EU als Leitlinien beschlossen wurden, um mit den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Malta und Zypern in Beitrittsverhandlungen zu treten.

Wo ist da die Geschlechterfrage? Sie taucht als solche nicht auf. Man kann sie unter den Bereich Demokratie und Menschenrechte fassen. Es ist so, daß der Frauenausschuß als Unterausschuß im Europäischen Parlament seinen Bericht an den Ausschuß für Demokratie und Menschenrechte weitergeleitet hat und das Thema dort mitverhandelt wird. Sowohl auf der offiziellen Ebene als auch bei den Grünen spielt dieses Thema keine so große Rolle, weil es kein hartes Beitrittskriterium ist.

Natürlich unterschreiben die Grünen den europäischen Ansatz des Gender Mainstreamings vollständig, begrüßen ihn sehr und arbeiten politisch damit. Wir ziehen ihn auch auf die verschiedenen politischen Ebenen herunter, er spielt in unserer Landespolitik eine große Rolle. Gender Mainstreaming ist ein Schritt von der autonomen Frauenbewegung hin zur Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe: Frauenpolitik muß überall in allen Bereichen vorkommen. Gender Mainstreaming soll von oben verankert werden statt von den Rändern. Es ist kein Frauenthema und Frauen sind nicht alleine dafür zuständig. Gender Mainstreaming ist ein gemeinsames Thema. Es geht um ein Reframing der Politik als Ganzes.

Wir haben im Berliner Abgeordnetenhaus zur Durchsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes verschiedene Anträge eingebracht. Der eine beinhaltet Weiterbildung von SenatorInnen, StaatssekretärInnen und Führungskräften. Der Top-Down-Prozeß entspricht unserer Haltung, ist aber nicht nur von uns erdacht. Beispielsweise ist es in Sachsen-Anhalt schon Praxis, daß die SenatorInnen und StaatssekretärInnen verpflichtet werden, an Informations- und Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, um sie für Gleichstellungsfragen zu sensi-

bilisieren, um ihr eigenes Wissensdefizit abzubauen, um gleichstellungspolitische Handlungsmöglichkeiten zu erkennen, um anhand von Beispielen Methoden für die Umsetzung von Gender Mainstreaming zu entwickeln. Das bedeutet bezogen auf Berlin, daß beispielsweise Herr Diepgen sich hinsetzen müßte, um sich tatsächlich mehrere Stunden Gedanken über das Thema Gender Mainstreaming zu machen.

Ein anderer Antrag zur Umsetzung und Fortführung des Gender Mainstreaming-Ansatzes in Politik und Verwaltung beinhaltet, daß Gender Mainstreaming bei sämtlichen Senatsbeschlüssen durchgesetzt werden soll. Ähnlich wie in der Umweltpolitik: bei Senatsvorlagen steht oben immer „Problem:“, dann wird eine bestimmte „Lösung“ vorgeschlagen, dann gibt es den Topos „finanzielle Auswirkungen“. Hier hat sich damals unter Rot-Grün Michaela Schreyer dafür eingesetzt, daß auch Umweltauswirkungen berücksichtigt wurden. Nun finden wir, daß die Frage nach den geschlechterpolitischen Auswirkungen einer Maßnahme bei allen Senatsvorlagen dringend hinzugefügt werden muß.

Ein wichtiger Punkt, der auch auf europäischer Ebene eine Rolle spielt, ist die Erstellung von geschlechterdifferenzierenden Statistiken und Analysen. Das war ein besonderer Kritikpunkt des EP-Ausschusses z.B. gegenüber Polen. Es scheint momentan in den osteuropäischen Ländern grundsätzlich ein Problem zu sein, daß das statistische Instrumentarium nicht nach Geschlechtern differenziert. Ich muß aber sagen, in Berlin gibt es dieses Problem auch. Statistische Daten werden höchstens in Teilen differenziert erfaßt. Meine Kollegin Frau Klotz, die speziell für Geschlechterfragen zuständig ist, muß die entsprechenden Daten durch Kleine Anfragen vom Senat herausbekommen... Immerhin hat sich das Berliner Parlament inzwischen selbst verpflichtet, in allen Bereichen Gender Mainstreaming durchzuführen.

Wenn wir über Geschlechterdemokratie bei der Osterweiterung reden, dann sollten wir nicht vergessen, daß es auch in Deutschland, nicht nur in den armen oder Nicht-EU-Ländern, nach wie vor Realität ist, daß Frauen ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen. Es ist auch immer noch Realität, daß Frauen nur 3,5% der Führungspositionen besetzen. In den USA ist das Verhältnis signifikant anders, dort werden 35% aller Führungspositionen, also das Zehnfache, von Frauen eingenommen.

So stellt der Bericht des EU-Ausschusses für Frauenfragen fest, daß erklärte Diskriminierung eine gängige Praxis ist, daß insbesondere beim Zugang zu Beschäftigung in punkto Chancengleichheit erhebliche Probleme bestehen und daß besonders im Bereich der sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen nur wenig Fortschritte gemacht wurden. Der Bericht des EU-Ausschusses für Frauenfragen weist außerdem darauf hin, daß die Beitrittsländer die EU-Programme, an denen sie berechtigt sind zu partizipieren, in stärkerem Maße nutzen sollten. Hier gibt es ein paar sonstige Schwierigkeiten, die ausgeräumt werden müßten, aber grundsätzlich stehen Töpfe und Programme, u. a. „Daphne“ und „Stop“ bereit. Und würden sie genutzt, dann würde Gender Mainstreaming auch in den Beitrittsländern konkret praktiziert, denn die Bewilligung dieser Fördermittel ist wie bei allen europäischen Fördermitteln an die Voraussetzung geknüpft, daß Gender Mainstreaming in den Programmen zu verankern ist. Das ist eine politische Forderung, bei der man prüfen muß, inwieweit sie dann tatsächlich durchgehalten wird. Der Ausschuß des Europäischen Parlaments hat jedoch eine sorgsamere Kontrolle angekündigt. Ich könnte mir vorstellen, daß dadurch das Thema auch von Seiten der Beitrittsländer ernster genommen wird.

Einen Punkt wollte ich auf keinen Fall auslassen. Ein wichtiges Thema in Verbindung mit Geschlechterdemokratie und Osterweiterung, dessen Problematik anzuwachsen scheint, ist das Thema Frauen- und Kinderhandel und auch der Mißbrauch internationaler Adoptionssysteme. Ein Problem bei diesem Thema ist, daß die Gesetzgebungen selbst bei den Mitglieds-

ländern der EU sehr unterschiedlich sind. Da gibt es zum einen das Problem der Harmonisierung der Staaten, die schon Mitglied sind und zum anderen die Frage, inwieweit man integriert vorgehen kann. Von unserer grünen Seite aus gibt es stärkeren Handlungsbedarf, was das Thema Frauenhandel angeht. Es ist so, daß die Täter noch immer eine relativ günstige Position haben. Wenn man beispielsweise die Einträglichkeit des Geschäfts und die Schwere des Verbrechens zusammennimmt, dann ist die Strafe für Menschenhändler wirklich relativ gering. Pro Jahr werden 7 Mrd. DM mit Frauen- und Kinderhandel verdient, das ist ungefähr vergleichbar mit der Lukrativität von Drogenhandel. Gleichzeitig ist es aber so, daß die Höchststrafe für Frauenhandel derzeit bei zwei Jahren liegt, zum Vergleich: bei Drogenhandel sind es 10 Jahre.

Gleichzeitig wird geschätzt, daß jährlich 500 000 Frauen und Mädchen zu sexueller Ausbeutung in die EU eingeschleust werden, es werden aber derzeit in der Bundesrepublik jährlich nur etwa 1000 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Von europäischer Ebene gibt es dazu Aktivitäten: Es gibt die Kampagne vom Jahr 2000 zur Gewalt gegen Frauen, es gibt das Programm „Daphne“ zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen. Dieses ist auch offen für Bewerberstaaten. Und es gibt das Programm „Stop“, das Prävention und Hilfe für die Opfer ermöglicht. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß hier dringend noch mehr getan werden muß und auch getan werden kann, z.B. Erteilung von befristeter Aufenthaltserlaubnis, sichere Unterbringung, soziale und medizinische Betreuung, psychologische Hilfe für die Frauen, die verschleppt, vergewaltigt und gefoltert wurden, z.B. Präventionsarbeit in den Herkunftsländern oder die Einrichtung eines internationalen Registers mit den Daten der verschwundenen Frauen und Kinder. Auch gegen die Täter sollte man stärker vorgehen. Das Strafgesetz sollte an diese Form der Gewalt angepaßt werden, z.B. könnte das Strafmaß mindestens der Höchststrafe für Vergewaltigung entsprechen.

In Polen arbeiten auf diesem Gebiet einige Organisationen, ein Beispiel ist „La Strada“ in Warschau. La Strada ist ein übergreifendes niederländisch-tschechisch-polnisches Projekt, es wird getragen von der polnischen feministischen Vereinigung. Laut „La Strada“ werden allein in Polen jährlich 3000 Frauen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren als vermißt gemeldet.

Gerade das Thema befristete Aufenthaltserlaubnis ist besonders wichtig, wenn man strafrechtlich gegen den Frauenhandel vorgehen will. Wenn sich die Frauen melden, haben sie bis jetzt automatisch das Problem, daß sie erstens abgeschoben werden, zweitens zum Teil bis zu zwei Jahren auf die Verhandlung, in der sie als Zeugen aussagen müssen, warten müssen und während dieser zwei Jahre zwar hier leben dürfen, aber ohne Arbeitserlaubnis und somit von der Sozialhilfe. Das sind Zustände, die dringend abgeschafft werden müssen. Das ist ein Thema, das mit im Bereich Arbeitnehmerfreizügigkeit verhandelt werden müßte.

Lisa Paus ist Volkswirtschaftlerin und Europa- und Wirtschaftspolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus.

EU-Erweiterung und Geschlechterdemokratie aus polnischer Sicht

Allgemeine Thesen

1. In Polen gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen zur ungleichen Betrachtung von Frauen und Männern.
2. Die polnische Gesetzgebung verbietet jegliche Diskriminierung, darunter auch Diskriminierung von Frauen.
3. Frauen sind viel seltener im Parlament und in hohen öffentlichen Ämtern vertreten.
4. Frauen haben weniger Chancen als Männer, eine attraktive Arbeit zu bekommen.
5. Die geringe Frauen-Präsenz im politischen oder öffentlichen Leben ist traditionsbedingt und ist – als ein Ergebnis vorhandener Diskriminierung – auf die Konzentration auf die häuslichen Verpflichtungen zurückzuführen.
6. Die Probleme von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entstehen eher aufgrund mangelnder Rechtsbestimmungen als durch Nichteinhaltung der Gesetze.
7. Die effektive Erhöhung der Präsenz von Frauen im Parlament und in der Regierung erfordert feste Quotenregelungen, besonders in Gremien.
8. Eine vollständige Gleichstellung der Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt ist nur dann möglich, wenn die gegenwärtig geltenden Rechtsinstrumente voll genutzt werden.

Der rechtliche Standpunkt

Vom rechtlichen Standpunkt her ist die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern klar. Die polnische Verfassung garantiert den Frauen und Männern gleiche Rechte und verbietet die Diskriminierung der Geschlechter.

Artikel 32 der Verfassung lautet, alle Bürger sind vor dem Recht gleich und jeder hat das Recht, von den öffentlichen Behörden gleich behandelt zu werden. Niemand darf im öffentlichen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben diskriminiert werden.

Laut Artikel 33 der Verfassung haben Frauen und Männer in Polen gleiche Rechte im Familienleben sowie im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Dabei wird betont, daß Frauen und Männer das gleiche Recht auf Bildung, Beschäftigung, Beförderung und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, auf Sozialversicherung, Ausübung von Funktionen und das Bekleiden von öffentlichen Ämtern haben.

Der gesellschaftliche Aspekt des Themas

Von der Gesellschaft wird die Gleichstellung von Frauen und Männern jedoch anders betrachtet. Die Meinungsumfragen des PENTOR-Zentrums vom Oktober 1999 belegen: 11% der Männer und 26% der Frauen sind sich sicher, daß Frauen diskriminiert werden.

48% der Männer haben nie eine direkte Diskriminierung von Frauen miterlebt und 41% der Männer geben an, ab und zu mit Diskriminierung konfrontiert zu sein. Dagegen werden 53% der Frauen ab und zu mit Diskriminierung konfrontiert. Die häufigsten Beispiele für Diskri-

minierung von Frauen sind Arbeitslosigkeit von Frauen, Unterrepräsentierung von Frauen in Führungspositionen und in der Politik, das Gesetz gegen Schwangerschaftsabbruch und die Art und Weise wie Frauen in der Werbung gezeigt werden. 22% der Männer und 37% der Frauen räumen eine Ungleichheit der Rechtsprechung gegenüber den Geschlechtern ein, 34% und 64% sehen für Frauen mehr Erschwernisse in der beruflichen Laufbahn, 42% und 58% nannten sexuelle Belästigung, 46% und 76% die Ungleichheit bei der Belastung durch Hausarbeit.

Das zeugt leider von einer sehr unterschiedlichen Einschätzung dieser Fragen bei Männern und Frauen. Viele Bürger meinen, daß ein Grund für Diskriminierung die falsche Darstellung von Frauenrollen in der Werbung und damit die Entwicklung von Stereotypen sei. Den Umfragen eines anderen Meinungsumfrageinstitutes, des PBS, aus dem Jahr 1996 zufolge sind 25% der Frauen der Meinung, daß an ihrem Arbeitsplatz eine Diskriminierung von Frauen stattfindet. Diese Meinung wurde von nur 12% der männlichen Befragten geteilt.

Im Juli 1999 wurde vom Meinungsumfrageinstitut CBOS (im Auftrage der Frauenzeitschrift „Wysokie obcasy“) eine Umfrage zum Thema „Für wen ist in Polen das Leben besser“ durchgeführt. 42% der Frauen und 26% der Männer fanden, daß in Polen die männlichen Bürger besser leben, fast niemand war der Meinung, es ginge den Frauen besser. Mehr Männer (66%) als Frauen (53%) gaben an, daß beide Geschlechter gleich gut leben. 10% der Männer waren der Meinung, daß sie wegen des Geschlechts diskriminiert werden. 64% der Frauen, die Diskriminierung empfanden, gaben an, daß sie vor allem am Arbeitsplatz benachteiligt seien. CBOS zufolge schätzen 19% der befragten Frauen ihre Berufschancen gegenüber den Männern als nicht gleich ein.

In Polen gehen Frauen im Alter von 60 Jahren in Rente, d.h. 5 Jahre früher als Männer. Den Umfragen des Meinungsforschungsinstituts OBOP vom Dezember 1999 zufolge ist damit mehr als die Hälfte (56%) der polnischen Bürger einverstanden, dagegen sind 30% der Bevölkerung. Gibt es Argumente für die Billigung einer solchen diskriminierenden Disproportion? Bei jedem dritten Polen ist das traditionelle Rollenverständnis vom Platz der Frau in der Familie stark verwurzelt. Die Befragten meinen, Frauen haben mehr Verpflichtungen, sie arbeiten, ziehen die Kinder groß, führen den Haushalt und werden später bei der Betreuung der Enkelkinder gebraucht. 27% der Frauen sind der Meinung, Frauen sind schwächer als Männer, sie altern schneller und erkranken häufiger. Jeder zehnte Befragte ist deswegen für die gegenwärtige gewohnte Lösung.

Vor allem Befragte mit Hochschulabschluß und solche, die in Großstädten leben, die mit den Veränderungen in Polen zufrieden sind, waren davon überzeugt, daß Männer und Frauen in unterschiedlichem Alter in Rente gehen sollen. Die Anhänger des Prinzips: „Rente mit 65 für alle“, das ist jeder zehnte Pole, berufen sich auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die gleiche Teilung der Hausarbeit und des beruflichen Lebens.

Das Institut für Forschung zu Wirtschaft, Demokratie und Privatunternehmen erarbeitete einen Studie zur Beteiligung von Frauen an privaten Firmengründungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt (Tageszeitung „Rzeczpospolita“ vom 6. 03.1995). Die Autoren der Studie stützten sich auf Untersuchungen, bei denen 4500 Frauen im arbeitsfähigen Alter befragt wurden. Die Forschungen zeigen, daß unter den angestrebten und realisierten Lebensvorstellungen das Muster der berufstätigen Frau an der Spitze steht. Diese Tendenz ist durchgängig spürbar, obwohl diesem Muster besonders junge Frauen im Alter bis 29 Jahre und mit einem Hochschulabschluß entsprechen.

Die Internationale Organisation für Frauenarbeit schätzt, daß Frauen auf der Welt mehr arbeiten als Männer, aber weniger verdienen. Sie arbeiten wöchentlich zwei Stunden länger und verdienen dabei 50 - 80% des Männergehalts. Im Haushalt arbeiten Frauen ebenfalls länger. Umfassende Forschungen der Staatlichen Arbeitsinspektion zeigen, daß in Polen Frauen entschieden seltener gut bezahlte Arbeitsplätze und Führungspositionen innehaben. Als Chefs verdienen Frauen weniger als Männer: 1998 um 3%, 1999 aber schon um 13% weniger. Weniger wurde ebenfalls in der Verwaltung bezahlt (um 4% bis 6%), Arbeiterinnen um 14% bis 18% weniger und im Dienstleistungssektor um 17% bis 21% weniger.

Die Gehälter der Frauen sind nicht in demselben Tempo wie die der Männer gestiegen. Die Gehälter der Männer auf Führungspositionen stiegen 1999 im Vergleich zu 1998 um 20%, bei den Frauen jedoch nur um 7%. Diese Diskrepanz ist am besten im Bereich der Dienstleistungen (z.B. Sekretariatsmitarbeiter) zu sehen. Obwohl die Frauen besser ausgebildet waren, verdienten sie nur 79% des Gehalts ihrer männlichen Kollegen und ihre Gehälter stiegen um 5% weniger als die der Männer.

Ich möchte einige Zeitungsartikel zitieren, die die Spezifik der Lage beleuchten sollen:

1995 schreibt die „Gazeta Wyborcza“:

„Es ist bekannt, daß Frauen schwerer Arbeit finden, sogar im traditionell von Frauen dominierten Handel- und Dienstleistungsbereich. Die Arbeitgeber ziehen Männer vor. Frauen gehen früher in Rente, Arbeitsschutzbestimmungen, die einst Frauen privilegierten, verschlechtern heute eher ihre Position auf dem Arbeitsmarkt. Beschäftigung von Frauen konzentriert sich nach wie vor in den schlechter bezahlten Wirtschaftszweigen, dazu gehören in Polen leider die Bereiche Bildung, Dienstleistung, Gesundheitswesen und Verwaltung. Dort arbeiten Frauen in den selben Stellen wie ihre männlichen Kollegen, verdienen aber im Schnitt einige Prozent weniger. Nichtsdestotrotz hat eine Umfrage, die ich unlängst unter Frauen machte, wobei ich sie danach fragte, wie sich ihre Situation verändert habe, ergeben, daß das Bewußtsein darüber, daß es keine garantierten Arbeitsplätze mehr gibt und keine kostenfreien Kinderkrippen, Vorschulen und Betriebsferien, einherging mit der Erinnerung an die ehemalige Mühsal des Schlangestehens und der Überzeugung, daß eine Frau heute mehr Möglichkeiten hat. Ich befragte Frauen aus der Wojewodschaft Lod, das ist eine Region mit einer sehr hohen Arbeitslosenrate, was sie für Assoziationen zu dem Begriff „matka-polka“, d.h.: ‚die polnische Mutter‘ haben. Ich erwartete stereotype Antworten, wie z.B. ‚eine Frau, die sich für das Vaterland verdient macht‘. Die meist genannte Assoziation war die zum Krankenhaus desselben Namens in Lod, darauf folgten viele Aussagen der Art: ‚eine Frau, die sich zu helfen weiß‘, manche gaben an, es handele sich um eine ewig abgehetzte Frau, die sich für den Haushalt aufopfert. Antworten, die sich auf die historische Tradition beriefen, die sich auf Patriotismus und höhere Werte bezieht, gab es überraschend wenig.“

Noch ein Zitat aus der „Gazeta Wyborcza“ aus dem Jahr 2000:

„Ein Grund für Armut bei Frauen ist die Arbeitslosigkeit, in Polen kann man inzwischen von einer „Feminisierung“ der Arbeitslosigkeit sprechen. Frauen machen 55% der gemeldeten Arbeitslosen aus. Ein landesweites Hilfsprogramm zur Unterstützung von Frauen aus dem Jahr 1997 sollte dem Abhilfe schaffen. Wie die gegenwärtig amtierende stellvertretende Ministerin für Arbeit und Gesellschaftspolitik, Irena Boruta erklärte, müsse das polnische Recht, das eine Diskriminierung von Frauen und Männern verbietet, noch detaillierter ausformuliert werden. Es gehe dabei vor allem um eine Regelung, die Arbeitgeber verpflichtet, bei der Auswahl von Mitarbeitern absolvierte Schulungen zu berücksichtigen. Gegenwärtig muß ein diskriminierter Arbeitnehmer, der seinen Arbeitgeber verklagen will, ihm die Schuld nachweisen. Vizeministerin Boruta ist der Ansicht, man müsse dieses Gesetz dahingehend ändern, daß es umgekehrt ist.“

Ein letztes Zitat:

„Eine Bekannte konnte nach ihrer Rückkehr aus den USA anderthalb Jahre lang keine Arbeit finden. Ein Vorstellungsgespräch schockierte sie besonders, es endete mit der Frage nach ihrem Alter und der Information, daß die Firma nur Mitarbeiter bis 35 Jahre einstelle. Wie schwierig muß es in Polen für Frauen über 40 sein. Warum beschäftigt sich der Sejm nicht mit solchen grundlegenden Menschenrechten? Warum sind Anzeigen, in denen außer der Qualifikation vom Bewerber noch gefordert wird, daß er ein gewisses Alter nicht überschreitet, in der polnischen Presse toleriert?“

Versuche zur präziseren Festlegung von Gesetzen zur Gleichstellung von Frauen

Welche Versuche hat nun der Sejm unternommen, um Gesetze zur Gleichstellung von Frauen zu präzisieren? Am 5. März 1999 lehnte er einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung der Geschlechter ab. Die Parlamentarier hielten es für unnötig, ein Gesetz zu formulieren, in dem die direkte oder indirekte Diskriminierung von Frauen und Männer in allen Lebensbereichen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt ausdrücklich verboten wird. Ebenfalls für überflüssig hielt man die Einsetzung eines Sprechers für Gleichstellung der Geschlechter, an den sich eine diskriminierte Person wenden könnte. Nicht unterstützt wurde auch die Einführung einer Parität, d.h. einer Garantie für eine mindestens vierzigprozentige Beteiligung von Vertretern beider Geschlechter in den gesetzgebenden und ausführenden Gremien. Letztlich wurde auch bei dem sog. Beweislast-Prinzip bei Fällen von Diskriminierung keine Änderung dahingehend durchgeführt, es an das in EU-Ländern gültige Prinzip anzupassen, nach dem nicht der Mitarbeiter beweisen muß, daß er diskriminiert wird, sondern der Arbeitgeber, der offenlegen muß, welche Kriterien er bei der Anstellung oder Beförderung berücksichtigt hat.¹ Seit dem 14. April 2000 wartet im Sejm ein Gesetzentwurf zur Gründung eines parlamentarischen Ausschusses zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Der Entwurf wurde nochmals eingereicht, nachdem der Sejm mit einigen Stimmen Mehrheit den Vorschlag zur Einberufung einer Gleichstellungskommission abgelehnt hatte. Der Entwurf wurde von den Abgeordneten der Freiheitsunion eingereicht. Obwohl seit der Einreichung des Entwurfs ein Jahr vergangen ist, hat der Parlamentspräsident ihn noch nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Frauen in der Politik und in den höchsten staatlichen Ämtern

Wie bereits erwähnt, gibt es in Polen keine rechtlichen Beschränkungen für politische Aktivitäten und Arbeit von Frauen in höchsten staatlichen Ämtern. Tatsache ist, daß Frauen viel seltener als Männer öffentliche Funktionen übernehmen. Im jetzigen Parlament gibt es nur 13% Frauen, davon 20% in der SLD (liberaldemokratische Partei), 18% in der UW (Freiheitsunion), 10% in der AWS (Wahlbündnis Solidarität) und 0% in der PSL (polnische Volkspartei). In den Führungsgremien der politischen Parteien sind Frauen noch seltener vertreten. Allerdings war Hanna Suchocka von der Freiheitsunion in den Jahren 1992-1993 Ministerpräsidentin, Hanna Gronkiewicz-Waltz war 1992-2000 Präsidentin der Polnischen Staats-

¹ Die Urheber des Gesetzentwurfes waren Prof. Magorzata Fuszara (gender studies ISNS an der Warschauer Universität) und Prof. Eleonora Zieliska (Lehrstuhl Strafrecht der Warschauer Universität). Der Entwurf wurde von SLD-Abgeordneten offiziell angemeldet.

bank und zur Zeit hat Alicja Grze kowiak den Posten des Senatmarschalls inne, doch das sind Ausnahmen von der ungeschriebenen Norm, die besagt, daß Männer die höchsten öffentlichen Ämter innehaben.

Zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gibt folgende Probleme zu nennen:

- die Frauen-Arbeitslosigkeit (über 55% der Arbeitslosen sind Frauen)
- Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt
- Diskriminierung am Arbeitsplatz

Arbeitslosigkeit und Barrieren auf dem Arbeitsmarkt

Das Niveau der Frauenarbeitslosigkeit ist hauptsächlich durch Barrieren auf dem Arbeitsmarkt bedingt. Es kann vorkommen, daß von Frauen, die sich um eine Arbeitsstelle bewerben, verlangt wird, sich einer gynäkologischen Untersuchung zu unterziehen. Das ist rechtswidrig gemäß der Richtlinie Nummer 53 des Gesundheitsministers vom 10.07.1995 bezüglich gynäkologischer Untersuchungen von Arbeits-Bewerberinnen. Die Richtlinie weist medizinische Einrichtungen an, Untersuchungen auf Schwangerschaft bei Arbeits-Bewerberinnen abzulehnen. Manchmal wird in Stellenanzeigen auch vorgegeben, welches Geschlecht und welches Alter der gesuchte Arbeiter haben soll.

Diskriminierung am Arbeitsplatz

Der Artikel 11 des Arbeitsgesetzes besagt, daß Mitarbeiter gleiche Rechte bei der Erfüllung gleicher Pflichten haben. Das polnische Recht schließt jedoch den Rechtsweg aus. Es gibt die Möglichkeit, sich an die staatliche Arbeitsinspektion zu wenden, die laut dem Artikel 18 § 4 des Arbeitsgesetzes dafür zuständig ist. Diskriminierung wird jedoch nicht bestraft, bestraft werden nur diskriminierende Handlungen, die mit der Tätigkeit des Mitarbeiters in der Gewerkschaft verbunden sind.

Diskriminierende Sozialvorschriften

Einen diskriminierenden Charakter haben die sog. Arbeitsschutzgesetze. Die Herangehensweise des polnischen Gesetzgebers weicht bei den sogenannten Arbeitsschutzgesetzen entscheidend von der westeuropäischen und amerikanischen Norm auf diesem Gebiet ab. Im Westen wird jedes Arbeitsverbot für Frauen, nicht nur für die, die schwanger sind oder stillen, als Fall von Diskriminierung angesehen. In Polen existieren Arbeitsverbote für alle Frauen. Allerdings wurde die Anzahl nicht erlaubter Arbeiten in einer verbindlichen Liste eingeschränkt (im Vergleich zu den bis September 1996 gültigen Vorschriften). Das Zentrum für Frauenrechte vertritt den Standpunkt, daß jeder, sowohl Männer als auch Frauen, über mögliche gesundheitsbeeinträchtigende Folgen, die mit der Ausübung einer bestimmten Arbeit verbunden sind, informiert werden sollte. Niemand sollte jedoch das Recht haben, ihnen die Ausübung irgendeiner Arbeit zu verbieten.

Einen diskriminierenden Charakter haben die Vorschriften zu Sozialzuschüssen für Ehefrauen bzw. Ehemänner. Der Mann bekommt das Recht auf Zuschuß für seine Frau schon, wenn

sie das 50. Lebensjahr erreicht. Die Frau dagegen erhält das Recht auf Zuschuß erst, wenn der Ehemann 65 Jahre alt wird.

Stellungnahme der Freiheitsunion

Die Freiheitsunion betrachtet Gleichstellung als ein Recht zur unbehinderten Entwicklung eines Menschen unabhängig vom Geschlecht. Ziel unserer Politik ist, die Gleichstellung der Frauen und Männer in einer partnerschaftlichen, pluralistischen Gesellschaft zu gewährleisten. Um den weiblichen Mitgliedern unserer Partei bei der Realisierung ihrer Rechte und Pflichten zu helfen, hat der Vorstand der Freiheitsunion das Frauenforum der Freiheitsunion ins Leben gerufen.

Nach Meinung der Freiheitsunion sollen sich Frauen und Männer in Freiheit und Verantwortung entfalten können, so wie es ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht. Wir brauchen eine größere Beteiligung der Frauen in den politischen Parteien und in der Öffentlichkeit. Damit sie ihre Erfahrungen dort einbringen können, wo wichtige gesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden. Partnerschaft in der Politik verlangt, daß Frauen und Männer ihre beruflichen Qualifikationen, ihre Lebenserfahrung und die Fähigkeit, selbständig Entscheidungen zu treffen, gegenseitig anerkennen.

Die Schaffung einer echten Bürger-Gesellschaft erfordert, daß die Frauen über öffentliche Angelegenheiten in demselben Maß entscheiden, wie sie im Alltag mit Arbeit für die Gesellschaft belastet sind.

Auf Initiative der Freiheitsunion hin hat der Sejm eine Änderung im Arbeitsgesetz, die der praktischen Gleichberechtigung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt dient, eingeführt. Sie besteht darin, daß die Väter dasselbe Recht auf einen Erziehungsurlaub wie die Frauen haben.

Die Freiheitsunion setzt sich ein für:

- gleiche Chancen und Gehälter und die Beseitigung von Diskriminierung im gesellschaftlichen und beruflichen Leben
- Förderung von Frauen im öffentlichen Leben, auch in den Führungsgremien der Freiheitsunion
- mindestens 30% Beteiligung an den Wahlen
- größere Anerkennung der Frauen in Arbeit und Familie
- Lösungen, die der Einstellung und der Problematik des Erziehungsurlaubs mehr Flexibilität verleihen, damit beide Eltern das Kind großziehen können, ohne auf die Arbeit zu verzichten.

Czeslaw Fiedorowicz war Bürgermeister in dem Grenzort Gubin. Er hat Verwaltung von Wirtschaftseinheiten studiert, er ist Mitglied der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe, im Sejm Abgeordneter der Freiheitsunion, einer jungen 1994 gegründeten Partei, und Mitglied einer Gruppe, die sich „Zukunft“ nennt. Dabei handelt es sich um ein polnisch-deutsches Expertenteam.

Agnieszka Rochon

Polen im Wahljahr 2001.

Frauenpolitik zwischen „pro Frau“ und „Profamiliär“

In der Vorbereitung auf die Wahlen am 23.9.2001 stand im Gegensatz zu den vorhergehenden Wahlen das Thema Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter auf der Agenda innerparteilicher Diskussionen – vor allem bei den drei etablierten Parteien: Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD), Unia Pracy (UP) und Unia Wolności (UW).

Im Wesentlichen orientierten sich die Wahlprogramme an folgenden Punkten:

- Stärkung der Partizipation von Frauen in den politischen Entscheidungsprozessen durch entsprechende Quotenregelungen zugunsten des „unterrepräsentierten Geschlechts“
- Sicherung der konstitutionell garantierten Geschlechtergleichstellung durch Etablierung von Umsetzungs- und Kontrollmechanismen (Gleichstellungsgesetz, Amt für Familienangelegenheiten und Chancengleichheit von Frauen und Männern, Parlamentarischer Ausschuß für die Gleichstellung der Geschlechter, sowie Wiederaufnahme der eingestellten Frauenförderprogramme)
- Kampagnen gegen Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt
- Programme gegen häusliche Gewalt
- Liberalisierung des restriktiven Antiabtreibungsgesetzes aus dem Jahr 1993 und Einführung von Sexualkunde an den Schulen

Durch die Einbeziehung der Gleichstellungsproblematik sowohl in die Debatten als auch in die Grundsatz- und Wahlprogramme verschafften SLD, UP und UW diesem Thema eine breitere öffentliche Plattform und zwangen anderen Parteien sich zu positionieren. Verkürzt kann man die Positionen der Parteien im Rahmen der breit gefaßten „Frauenfrage“ entweder als „Pro Frau“ oder als „Profamiliär“ bezeichnen.

UW (Unia Wolności, Freiheitsunion)

Während der Wahlkampagne 2001 erklärte die UW „Gleichstellung der Geschlechter“ und „Chancengleichheit für Frauen“ zu ihren wichtigsten politischen Zielen.

Den Wählerinnen versprach die UW folgendes:

- Unterstützung der Frauen bei der freien Wahl ihrer Lebensentwürfe in Bezug auf Beruf und Familie
- Förderung von Frauen in ihrem Bestreben, Entscheidungspositionen im politischen und im öffentlichen Leben einzunehmen
- Beseitigung von Barrieren, die das berufliche Fortkommen von Frauen hindern
- Garantie von gleichem Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht
- Entwicklung von Antigewaltprogrammen für Frauen

Für die VertreterInnen der UW bestand vor allem Handlungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt (Antidiskriminierungsprogramme) und der Vergrößerung der Partizipation von Frauen in Politik und öffentlichem Leben. Die UW wollte für beide Geschlechter das gleiche, gleitende Rentenalter einführen. In Fällen von Diskriminierungen am Arbeitsplatz sollte in einem entsprechenden Gesetz die Verschiebung der Beweislast von den ArbeitnehmerInnen auf die ArbeitgeberInnen verankert werden. In das Arbeits- und Strafrecht sollten Ergänzungen (konkretisierende Definitionen) bzgl. sexueller Belästigung eingeführt werden.

Um den Frauen die freie Wahl ihrer Lebensentwürfe zu ermöglichen, trat die Partei für geschlechtergerechte Verteilung der familiären Pflichten ein: Erziehungsurlaub und flexible Arbeitszeiten für beide Elternteile sollten hier die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren. Die UW unterstützt die Etablierung eines Amtes für Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes. In der Frage der Liberalisierung des restriktiven Abtreibungsgesetzes bezog die Partei keine geschlossene Position. Im Fall der Abstimmung sollte jedes Parteimitglied im Einklang mit dem eigenen Gewissen entscheiden.

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej)

Während ihres Gründungskongresses 1999 einigte sich die Partei auf die Einführung einer Frauenquote von 30% bei der Listenaufstellung zur Parlamentswahl und bei der Besetzung der innerparteilichen Führungsgremien (ab 2007). Weitere Postulate für die Verbesserung der Situation der Frauen wurden auf der Konferenz „Frauen und ihre Rolle innerhalb der SLD“ am 4. März 2001 festgelegt:

- Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes
- Einberufung eines Parlamentarischen Ausschusses für Chancengleichheit
- Etablierung des Amtes eines Regierungsbeauftragten für Chancengleichheit von Frauen und Männern und Ausstattung des Amtes mit Befugnissen zur Durchsetzung der Gleichstellung
- Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, die der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken, darunter Festlegung von Sanktionen im Fall der Diskriminierung
- Reaktivierung der eingestellten Programme gegen Gewalt gegen Frauen und Chancengleichheit für Frauen und Männer
- Liberalisierung des Antiabtreibungsgesetzes und Einführung von Sexualkunde an Schulen
- Verabschiedung eines Gesetzes zur Legalisierung von homosexuellen Partnerschaften

UP (Unia Pracy)

Die UP garantierte bereits seit den vorletzten Wahlen 1997 die 30%-Frauenquote auf den Wahllisten. Sie sprach sich auch für die Einführung einer Quotenregelung bei der Besetzung der Führungspositionen innerhalb der Parteien, innerhalb politischer Gremien und in öffentlichen Ämtern aus. Im Rahmen ihres Wahlprogramms unterstützt die UP folgendes:

- Einführung von Quotenregelungen bei der Besetzung der Führungspositionen innerhalb der Parteien und in der Regierung
- Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes

- Etablierung eines/einer Regierungsbeauftragten für Chancengleichheit von Frauen und Männern, und eines Parlamentarischen Ausschusses für die Gleichstellung der Geschlechter
- schnelle Liberalisierung des restriktiven Antiabtreibungsgesetzes und Einführung der konfessionsfreien Sexualkunde an den Schulen
- Programme gegen Frauenarbeitslosigkeit
- Entwicklung eines juristischen Instrumentariums für Frauen, um gerichtlich gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz und gegen sexuelle Belästigung vorzugehen.

Die rechten Gruppierungen AWSP, PiS sowie PSL zeigen sich an besonderen Wahlprogrammen für Frauen nicht interessiert. Ihre Angebote wurden durchgängig unter dem Kapitel „Familienpolitik“ subsumiert.

Alle drei Parteien sprachen sich gegen die Liberalisierung des Antiabtreibungsgesetzes, gegen die Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes, gegen das Amt für Chancengleichheit und einen entsprechenden parlamentarischen Ausschuß aus.

Hintergründe

Es ist interessant zu untersuchen, warum die Fragen der Frauenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter stärker als zuvor das Wahlgeschehen beeinflussten.

Hier wurden in Kommentaren und Einschätzungen diverse Gründe genannt:

- Innerhalb der vergangenen Wahlperiode 1997 – 2001 änderte sich eindeutig die gesellschaftliche Einschätzung der Situation der Frauen als Gesellschaftsgruppe. Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und Armut von Frauen, den unzureichenden institutionellen Mechanismen zum Schutz der Frauen und Kinder vor Gewalt und nicht zuletzt angesichts schlechter Erfahrungen mit dem restriktiven Antiabtreibungsgesetz – deren Folgen vor allem die sozial schwachen Frauen trugen – wurde offen über Frauendiskriminierung und die Notwendigkeit, dem entgegenzuwirken, gesprochen.
- Die vor den Wahlen durchgeführten Umfragen ergaben, daß 61% der Frauen und 41 % der Männer (insgesamt 51 % aller Befragten) die Teilnahme von Frauen an den politischen Entscheidungsprozessen als zu gering einschätzen. Die Befragten sahen die mangelnde Partizipation von Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben als Folge und zugleich als Ursache der existenten Frauendiskriminierung in Polen an.
- Untersuchungen zum Wahlverhalten identifizierten Frauen als „noch unentschiedene“ und mit entsprechenden Programmen für die Parteien „noch zu gewinnende“ Wahlgruppe.
- Der letzte vor den Wahlen veröffentlichte Fortschrittsbericht der EU über Polen betonte, daß die Einführung der EU-Standards im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter eine unabdingbare Voraussetzung für den Beitritt sei und machte auf die Unzulänglichkeiten Polens in diesem Bereich aufmerksam.

Demnach konnten es sich – teils aus Überzeugung, teils aus Wahlkalkül – vor allem die pro-europäischen Parteien nicht erlauben, die Geschlechterfrage aus ihren Wahlprogrammen auszuklammern.

Nach der Wahl: Grundlegende Änderung der politischen Machtverhältnisse

An den Parlamentswahlen 2001 beteiligten sich sowohl die im Parlament etablierten AkteurInnen des politischen Lebens: die als Wahlkoalition antretende **AWSP** (Wahlaktion Solidarnosc der Rechten), **UW** (Freiheitsunion), **SLD** (Demokratische Linksallianz) im Wahlbündnis mit **UP** (Arbeitsunion), **PSL** (Polnische Bauernpartei), als auch neue, im Wahljahr entstandene Parteien: **PO** (Bürgerplattform), **PiS** (Recht und Gerechtigkeit), **Samobrona** (Selbstverteidigung) und **LPR** (Liga der polnischen Familien).

Die Umfragen vor den Wahlen kündigten einen Machtwechsel in Polen an – das Ausmaß der Veränderungen auf der politischen Bühne war jedoch nicht abzusehen.

Wahlsiegerin wurde, wie vorhersehbar, die SLD (Demokratische Linksallianz), Nachfolgeorganisation der bis 1989 herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Im Wahlbündnis mit der sozialdemokratischen Arbeitsunion (UP) erreichte sie einen Stimmenanteil von 41,04 % (214 von 460 Mandate) und machte somit die Linke zur stärksten parlamentarischen Fraktion. Sie verfehlte jedoch ihr erklärtes Ziel – die absolute Mehrheit im Parlament.

Trotz Vorbehalten entschied sich die Wahlsiegerin gegen eine mögliche Minderheitsregierung zugunsten einer Regierungskoalition mit der europa-skeptischen Bauernpartei PSL (8,98 % der Stimmen).

Die an der bisherigen Regierung beteiligten konservativen Parteien aus dem Post-Solidarnosc-Lager, AWS und UW (bis zu ihrem Austritt aus der Koalition Mitte 2000), die 1997 als Regierungskoalition über 47 % der Stimmen erhielten, erlitten bei den Parlamentswahlen am 23. September eine vernichtende Niederlage und verfehlten den Einzug in den neuen Sejm.

Mit dem Ausscheiden von AWS und UW aus dem Parlament fehlen dem neuen Sejm viele erfahrene Parlamentarier, unter anderem solche Symbolgestalten der polnischen Transformation, wie Tadeusz Mazowiecki, Jacek Kuron und Bronislaw Geremek.

Einige der VertreterInnen dieser Parteien fanden noch rechtzeitig in der neu gegründeten Bürgerplattform (12,68 %) und der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (9,5 %) ihren Platz. Diesen Parteien ist es auch bedingt gelungen, die Wählerschaft der „Gescheiterten“ für sich zu gewinnen.

Den restlichen frei gewordenen Raum besetzten zwei radikale, populistische Gruppierungen: „Selbstverteidigung“ (10,2 %) und „Liga der polnischen Familien“ (7,87 %). Die „Selbstverteidigung“ hat ihren Wahlerfolg vor allem dem lauten Aktionismus und der Protesthaltung gegenüber der Politik der scheidenden Regierung zu verdanken. Sie setzt sich für die Interessen polnischer Kleinbauern, ehemaliger LPG-Arbeiter und Bewohner der kleinen Städten, die sich durch den Beitritt zur Europäische Union in ihrer Existenz bedroht fühlen, ein. Sie benutzt stark anti-europäischen Parolen ein. Das Wahlprogramm der „Liga der Polnischen Familien“ stützt sich hauptsächlich auf die Ablehnung der Europäischen Union und die Verherrlichung von konservativ-katholischen Werten.

Die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung sind der Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit, der Kampf für soziale Sicherheit und die Integration in die Europäische Union.

Angesichts der EU-feindlichen populistischen Parteien, die in den Sejm einzogen und der europa-skeptischen Bauernpartei in der Regierungskoalition verläuft die gegenwärtige Diskussion über den Platz Polens in Europa kontroverser als bisher, zumal im Jahr 2002 die letzten schwierigen Verhandlungskapitel abgeschlossen werden sollen. Über den Beitritt in die Europäische Union wird 2003 mittels des geplanten Referendums entschieden.

In der letzten Phase wurde die polnische Wahlkampagne von der Diskussion um das Budgetdefizit (das berühmte „Budgetloch“) bestimmt und von dem Terroranschlag in Amerika überschattet. Kurz nach den Wahlen herrschte Bestürzung über den radikalen Machtwechsel, vor allem über die absolute Niederlage der Parteien, die das politische Leben nach der Wende maßgeblich bestimmt haben. Nachdenklich machte die sehr niedrige Wahlbeteiligung (46 %) und der große Zuspruch für die politischen Kräfte, die sich durch ihre entschiedene Ablehnung des Beitritts zur Europäischen Union definieren.

In den Kommentaren zu den Wahlergebnissen blieb die stärker als je zuvor gelungene Fokussierung der Wahlkampagne auf die Frauenproblematik weitgehend unberücksichtigt. Ebensovienig erwähnt wurde der unbestrittene Sieg der überparteilichen Fraueninitiative „Frauen-Vorwahl-Koalition“ (PKK), die sich zum Ziel gesetzt hatte, den Frauenanteil im polnischen Sejm und Senat zu erhöhen. Nicht zuletzt Dank der konsequent durchgeführten Aktivitäten dieser Gruppe, die die potentiellen Sejmkandidatinnen zur Durchsetzung ihrer Partizipationsansprüche innerhalb der Parteien motivierte und sie in ihren Wahlkampagnen unterstützte, stieg der Frauenanteil im Sejm von 13 auf 20 Prozent und im Senat von 11 auf 23 Prozent.

Frauenpolitik: Wahlversprechen und Realität

Durch ihr Ausscheiden aus dem Parlament bekam die UW (Unia Wolnosci, Freiheitsunion) nicht die Möglichkeit, ihre frauenpolitischen Postulate zu realisieren.

Das Wahlbündnis SLD–UP zog in das Parlament mit einem 41%-igen Stimmenanteil ein und bildet gegenwärtig die stärkste Gruppierung im Sejm und in der Regierungskoalition. Demnach besitzen beide Parteien das Mandat und die Macht, ihre Wahlversprechen einzulösen.

Aus frauenpolitischer Perspektive sind bislang folgende politische (Regierungs-)Handlungen positiv zu beurteilen:

- Im Dezember 2001 entstand das Amt für Chancengleichheit von Frauen und Männern, die Stelle der Regierungsbeauftragten wurde eingerichtet und mit Izabela Jaruga-Nowacka besetzt.
- Im Januar 2002 wurden das Arbeitsrecht um eine Antidiskriminierungsklausel ergänzt, in der Diskriminierung (u. a. Frauendiskriminierung) am Arbeitsplatz definiert wurde.
- Im Februar 2002 hat die SLD einen Gesetzesentwurf zur Gleichstellung von nicht-ehelichen Partnerschaften (einschließlich der homosexuellen Partnerschaften) dem Sejm vorgelegt.

- Im Mai 2002 reichte die Parlamentarische Frauengruppe einen Entwurf für das Gleichstellungsgesetz im Parlament ein.
- Die Regierung erwägt ein flexibles, für beide Geschlechter gleiches, Rentenalter einzuführen.

Mißtrauen weckt:

- An den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung nahm keine Frau teil. Im Koalitionsvertrag wurden keine Maßnahmen zur Sicherung der Chancengleichheit und den Schutz der Frauenrechte vereinbart.
- In die neue Regierung wurden nur zwei Ministerinnen (Bildungs- und Justizministerin) berufen.
- Bei der Verteilung der 16 Wojewodenämter wurden Frauen nicht berücksichtigt.
- Die neue Regierung richtete ursprünglich das Amt für die/den Regierungsbeauftragte/n für Familien und Chancengleichheit von Frauen und Männern beim Ministerium für Arbeit und Soziales ein. Der/die Regierungsbeauftragte sollte den Rang eines Unterstaatssekretärs/in und geringe, auf den Bereich Arbeit und Soziales begrenzte Befugnisse, erhalten. Erst nach öffentlichen Protesten der Frauenorganisationen änderte Ministerpräsident Leszek Miller dieses Konzept. Im November 2001 entstand das Amt für Chancengleichheit von Frauen und Männern (ohne Familie), zugeordnet der Kanzlei des Ministerpräsidenten. Die Regierungsbeauftragte erhielt Ministerrang. Bis heute herrscht allerdings Unklarheit über die Befugnisse und das Budget des Amtes.
- Der Ministerpräsident zog seine Unterstützung für die Liberalisierung des Antiabtreibungsgesetzes zurück.
- Die Abstimmung des Gleichstellungsgesetzes sowie des Gesetzes zur Legalisierung der (homosexuellen) Partnerschaften findet erst nach dem Referendum über Polens EU-Beitritt (2003) statt. Vermutlich wird auch erst nach dem Referendum über die Liberalisierung des Antiabtreibungsgesetzes im Parlament debattiert. Frauenpolitisch engagierte Gremien vermuten, daß die Regierung der polnischen Kirche als Gegenleistung für ihre EU-Beitrittsunterstützung die Zusage machte, von der Liberalisierung des Gesetzes abzusehen. Aktivistinnen der Frauenbewegung und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens formulierten Anfang des Jahres diesbezüglich einen Brief an die EU-Kommission, -Parlament und die polnische Regierung. Sie bekamen aber bislang von der Regierung keine Antwort.

Dieser Text stammt aus dem Frühjahr 2002.

Agnieszka Rochon erwarb den Magister der Germanistik an der Jagiellonen Universität Krakau. Danach arbeitete sie als Übersetzerin, Teamerin und Seminarleiterin in der politischen Bildungs- und Projektarbeit mit einem Schwerpunkt im deutsch/polnischen Austausch. Seit 1996 in der grünnahen politischen Bildungsarbeit. Ab September 2001 Leiterin der Warschauer Koordinationsstelle für das Regionalprogramm „Frauenpolitik und Empowerment für Frauen in Mitteleuropa“ der Heinrich-Böll-Stiftung. Kontakt: Fundacja Heinricha Bölla, ul. Podwale Nr 13, 00-252 Warszawa, Tel.: 0048 22 8316356 Fax: 0048 22 6357923, email: boell@mak.com.pl

7. Geschlechterdemokratischer Dialog

Politik für Kinder!

Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung

18. April 2002

Ein Gespräch mit

Christine Bergmann

Fritz Kuhn

Sabine Walther

Werner Sauerborn

Moderation: Ralf Fücks

„Mehr Teilhabe für Kinder“ und „Mehr Zeit für Kinder“ sind die zentralen Aspekte des 7. Geschlechterdemokratischen Dialogs. Kinder werden sozialpolitisch vorwiegend als Teil der Familie wahrgenommen (oder als Privatsache betrachtet), obwohl sie laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf eigene soziale Sicherheit haben. Wie soll eine Ausstattung der Kinder mit eigenständigen Rechten auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie an politischen und ökonomischen Ressourcen aussehen? Wie werden Interessen und Bedürfnisse von Kindern geschlechtsdifferenziert berücksichtigt? Forderungen an die Politik, vertreten durch Familienministerin Christine Bergmann und dem Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Fritz Kuhn, werden von Sabine Walther (Deutscher Kinderschutzbund) und Werner Sauerborn (Zeitschrift „Paps“) eingebracht.

Politik für Kinder!

Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung

Ralf Fücks: Die Familienpolitik steht momentan im Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatte. Insofern sind wir mit dieser Veranstaltung hochaktuell. Ihr Akzent liegt allerdings auf der Kinderpolitik. Diese überschneidet sich zwar mit der Familienpolitik, geht jedoch nicht in ihr auf. Kinderpolitik ist ein weites Feld. Es geht um Rechte und Lebensbedingungen von Mädchen und Jungen als eigenständige Wesen und um die Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Um diesen Themenbereich soll sich die Diskussion zunächst drehen. Im zweiten Teil werden wir uns dann stärker mit der Frage „Leben mit Kindern“ befassen: Vor allem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den veränderten Anforderungen an die öffentliche Kinderbetreuung und den Konsequenzen für Arbeitszeitgestaltung und Geschlechterrollen. Wir diskutieren dieses Thema ja nicht zufällig im Rahmen unserer Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“.

Sabine Walther: Wir freuen uns als Kinderschutzbund natürlich sehr, daß Kinderpolitik endlich mal Wahlkampfthema ist. Als Vertreterin des Kinderschutzbundes argumentiere ich natürlich aus der Sicht der Kinder, und das heißt: daß Kinder eigenständige Rechte haben. Wir finden es nachvollziehbar, daß der berühmte Spruch Konrad Adenauers „Kinder kriegen die Leute sowieso“ heute an Gültigkeit verloren hat. Die Leute in Deutschland haben heute nämlich einen Grund, daß sie nicht mehr „sowieso“ Kinder kriegen. Es ist sehr gut, daß die Politik das jetzt erkannt hat. Dafür danken wir der jetzigen Bundesregierung sehr. Sie hat uns auch schon öfter um Rat gebeten, und so nehmen wir den heutigen Abend zum Anlaß, unseren Rat auch für die Zukunft anzubieten.

Aus unserer Sicht ist an der gegenwärtigen Debatte zu bemängeln, daß das Recht auf soziale Sicherheit der Kinder gegenüber dem Bedarf an Tagesbetreuung ausgespielt wird. Das kann es nämlich nicht sein. Ich sage Ihnen ein Beispiel, warum das nicht funktioniert. In der DDR gab es eine entsprechende Tagesbetreuung und soziale Sicherheit, wenn auch in anderer Form. Betrachtet man diese Praxis bezüglich der Geschlechtergleichheit, so wird deutlich, daß die Familienarbeit nicht automatisch geteilt wurde. Die Hauptverantwortung lag trotzdem hauptsächlich bei den Frauen. Heute haben sich die Verhältnisse noch einmal verändert. Die Arbeitssituation ist eine ganz andere. Sehr viele Familien kennen ein gemeinsames Wochenende gar nicht mehr. Das bedeutet, Tagesbetreuungssysteme müssen flexibel auf Familien abgestellt sein.

Kinder haben nicht nur ein Recht auf soziale Sicherheit, Bildung, Betreuung und auf Schutz vor Gefahren, sie haben auch ein Recht auf Familie. Dementsprechend ist Teilzeitarbeit natürlich sehr zu begrüßen. Es gibt ja auch schon die ersten Schritte in die richtige Richtung. Es nützt jedoch nichts, eine gute Tagesbetreuung zu installieren, wenn die Teilzeitarbeit in vielen Berufsgruppen weiterhin nicht ausreicht, um ein Einkommensniveau zu erreichen, das ein würdiges Familienleben gewährleistet. Es geht darum, daß Kinder als solche sozial abgesichert sein müssen. Wir haben nicht umsonst, zusammen mit vielen anderen Organisationen, letztes Jahr ein einheitliches Kindergeld von 600 DM gefordert. Für alle Kinder. Kinder haben, darf nicht bedeuten, Angst davor zu haben, deshalb in Armut zu fallen. Ich denke, allen ist klar, daß heute vor al-

lem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern von Armut betroffen sind. Es ist heutzutage finanziell fast nicht mehr machbar, über drei Kinder zu haben. Selbst in einem Mittelstandsberuf, selbst für wirklich gut Verdienende sind drei Kinder eine hohe finanzielle Belastung. Das ist für einen Staat wie den unseren einfach beschämend. Deshalb muß es auf jeden Fall eine Grundsicherung geben. Das Recht auf soziale Sicherheit muß garantiert sein.

Es wäre aus unserer Sicht sehr wichtig, daß die Politik die beiden Bereiche „soziale Sicherheit“ und „Tagesbetreuung“ nicht gegeneinander ausspielt. Dies gilt insbesondere im Wahlkampf. Tagesbetreuung und Bildung müssen kindgerecht sein. Kinder müssen Spaß daran haben. Sie müssen motiviert sein zu lernen und dürfen nicht einfach in irgendwelchen Riesengruppen weggeschlossen werden, in denen ausschließlich darauf geachtet wird, daß sie sich nicht weh tun.

Ralf Fücks: Frau Bergmann, was ist aus Ihrer Sicht vor allem zu tun? Wir wollen jetzt weniger die Erfolge der rot-grünen Regierung feiern, dafür wird der Wahlkampf noch Gelegenheit geben. Uns interessiert vor allem, wie es kinderpolitisch weitergehen soll und an welchem Leitbild sich die Politik orientiert. Die Differenzen, die in den letzten Tagen deutlich geworden sind, liegen ja nicht nur in der Frage, wer am meisten Geld für Familien und Bildung verspricht. Es geht auch und vor allem um unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen über das Leben mit Kindern und die Rolle von Männern und Frauen.

Christine Bergmann: Ich will jetzt zwar nicht bilanzieren, aber ich will eines noch mal in den Vordergrund stellen. Das, was für uns Grundlage der Kinderpolitik ist, ist der Ausgangspunkt, daß Kinder eigenständige Persönlichkeiten und nicht nur als Teil der Familie zu begreifen sind. Natürlich spielt die Familienpolitik hier eine erhebliche Rolle, aber wir sehen Kinder auch als Persönlichkeiten mit eigenen Rechten. Wir versuchen, aus der Perspektive der Kinder zu denken und die Bedingungen zu schaffen, daß Kinder diese Rechte wahrnehmen können. Und das sind sehr umfangreiche Rechte. Mit vielen anderen zum Beispiel ist es das Recht auf eine gesunde Umwelt, die im Blick der Politik behalten werden müssen.

Ich möchte eines deutlich machen, das mir ganz wichtig ist und woran wir auch sehen, wo sich die Trennlinie zwischen der Regierungskoalition und der Opposition befindet: das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung. Das liegt uns sehr am Herzen. Das ist nun endlich umgesetzt und wird zur Vermittlung in der Öffentlichkeit von Kampagnen begleitet. Da gab es keine Zustimmung von Seiten der Opposition. In der heutigen Bundestagsdebatte hat Herr Merz von der CDU noch erklärt: „Was haben Sie eigentlich, das haben wir doch schon mit dem Kinderschaftsrecht geregelt“. Aber wir wissen, daß es so umfassend eben *nicht* geregelt war, daß es Gewalt in der Erziehung, jede Form von Gewalt, generell ausschließt. Wir wollen ein anderes Leitbild in der Erziehung haben. Das ist ein ganz grundlegender Punkt in der Kinderpolitik, an dem auch klar wird, wofür diese Regierung steht.

Sie haben im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung das Recht auf soziale Sicherheit angesprochen. Das müssen keine Gegensätze sein. Wenn es um die soziale Sicherheit von Kindern geht, muß man auch die Einkommenssituation in der Familie berücksichtigen. Und da sehen wir dann, daß überall dort, wo Kinderbetreuung nicht gewährleistet ist, die Einkommenssituation eben ziemlich dürftig ist.

Ich will ein Beispiel aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nennen. Bei den Alleinerziehenden ist die Situation besonders schwierig. Deren Anteil in der Gruppe derer, die als arm gelten, ist in den alten Bundesländern doppelt so groß wie in den neuen. Das hat natürlich etwas mit der Kinderbetreuung zu tun. Was wir in den Neuen Ländern noch einigermaßen haben und was erhalten werden muß, ist in den alten überhaupt nicht gewährleistet. Deswegen bietet sich dort überhaupt nicht die Wahlmöglichkeit zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. Da sind wir an einem Punkt, der uns in der Kinder- und auch in der Familienpolitik ganz erheblich von der Opposition der konservativen Parteien unterscheidet. Es war in der Bundestagsdebatte zur Familienpolitik heute in vielen Nebensätzen herauszuhören, daß wir von ganz unterschiedlichen Familienbildern ausgehen. Wir sagen, wir akzeptieren alle Familienformen. Es gibt eine breite Vielfalt. Wenn dann Herr Merz sagt, „und dann gibt es ja noch so beliebige Lebensgemeinschaften“, also alles, was außerhalb des Trauscheins passiert, auch wenn es die gleiche Qualität des Zusammenlebens hat, dann werden diese durch solch eine Aussage von vornherein diskreditiert. Das finde ich schon höchst bedenklich, weil dabei der Ansatzpunkt eben nicht bei den Kindern liegt. Hinzu kommt, daß wir wissen, daß ein Trauschein ja auch keine Qualität garantiert. Es ist mir erstmal gleichgültig, das sage ich als eingefleischte Ehefrau, wie Menschen mit Kindern zusammenleben. Wenn die Fürsorge für die Kinder funktioniert, wenn das Eintreten füreinander stattfindet, wenn Kinder eine verlässliche Basis haben, dann ist das der Wert, der zählt. Da gibt es zwischen der Opposition und uns wirklich erhebliche Unterschiede. Deshalb unterscheiden sich auch die Maßnahmen, die für die Zukunft vorgesehen sind, erheblich.

Wir wollen, daß die soziale Sicherheit gewährleistet ist. Auch die Einkommenssicherheit, die etwas mit Würde in einer Familie zu tun hat. Deshalb sagen wir, Vorrang muß in der nächsten Zeit die Kinderbetreuung haben. Dabei geht es nicht darum, daß in der Zeit, in der die Eltern nicht verfügbar sind, nur auf die Kinder aufgepaßt wird, damit nichts passiert. Für uns sind diese Betreuungszeiten stark mit dem Bildungsauftrag verbunden. Wir wissen, daß wir diese Phasen, auch vor der Schule, also dem Zeitraum, den die PISA-Studie gar nicht erfaßt, nicht entsprechend genutzt haben. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen. Und wenn wir diesen Beruf aufwerten, kriegen wir ihn auch aus der rein weiblichen Ecke weg. Das wäre ganz wichtig. Es ist uns ein Anliegen, daß Kinder nicht, bis sie in die Pubertät kommen, überwiegend von Frauen erzogen werden. In der Kleinkindphase ist das so und in der Schule in wesentlichen Teilen auch. Der Aufbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung ist für uns enorm wichtig. Das hat mit der Förderung von Kindern zu tun und mit der Frage der Integration, der Chancengleichheit.

Wenn wir uns die PISA-Studie anschauen und fragen, wer schafft es einigermaßen, wer kann die Möglichkeiten einigermaßen nutzen, dann sehen wir, daß die sozial Schwachen und die nicht-deutschen Kinder, die Zugewanderten, auf der Strecke bleiben. Deswegen muß man früh ansetzen. Das ist auch eine Aufgabe der Kinderbetreuung, Kinder zu integrieren, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, gleiche Chancen zu haben, um in der Gesellschaft weiterzukommen. Das sind zentrale Aufgaben.

Wir befinden uns in dieser eben skizzierten Kontinuität der Familien- und der Kinderpolitik, und wir wissen, wir haben für die nächste Legislaturperiode noch genug zu tun.

Ralf Fücks: Ich würde gerne von Fritz Kuhn eine Antwort auf zwei Fragen haben. Die erste ist: Warum hat dieses Thema plötzlich Hochkonjunktur, nachdem es in den letzten Jahren doch eher stiefmütterlich behandelt wurde? Ist das ein Stimmenfischen mit einem populären Thema vor der Wahl? Oder dämmert die Erkenntnis herauf, daß es einen enormen Nachholbedarf in der Kinderpolitik gibt, da sich die familiären Verhältnisse und die individuellen Lebensentwürfe in den letzten Jahrzehnten so dramatisch geändert haben? Spielt dabei möglicherweise die Geburtenrate als Weckruf eine Rolle? In der Bundesrepublik liegen wir in Europa mit 1,4 Geburten pro Frau mit am Ende. Akademikerinnen bleiben inzwischen zu 40% ohne Kinder. Was macht auf einmal den Reiz und den Druck aus, dieses Thema ganz oben auf die Agenda zu setzen?

Als zweites würde ich gerne die Frage von Frau Walther aufgreifen. Wie ist für die Grünen das Verhältnis zwischen höheren Nettoeinkommen für Menschen mit Kindern auf der einen und besserer Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung, Ganztagschulen auf der anderen Seite?

Fritz Kuhn: Ich will bei dem Anstoß von Frau Walther beginnen. Wenn irgendetwas wirklich falsch wäre, dann das, daß wir die ganze kinderpolitische Debatte auf einen Aspekt, nämlich auf Kinderbetreuung versus Familien reduzieren würden. Das wäre so, als würden eine Menge Probleme, die quer durch alle Bereiche laufen und mit dem Thema Kinder zu tun haben, auf zwei Aspekte reduziert. Ich verwende einen ganz umfassenden Begriff von Politik für Kinder. Dieser Begriff beinhaltet den Elternaspekt mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der das Problem der Kinderbetreuung in den Vordergrund rückt, genauso wie die sozialen Fragen und die Rechte für Kinder.

Es geht eben nicht nur um die soziale Frage. Ich will ein paar Punkte nennen. Kinder haben ein ganz allgemeines Recht auf Zukunft. Deshalb sind alle Fragen im Bereich der Ökologie, im Klimaschutz, in der Qualität, wie wir die Erde in zwanzig Jahren vorfinden werden, Fragen von elementaren Kinderrechten. Sie kennen ja unseren alten Spruch „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt“. Schon deswegen ist für mich ökologische Politik auch das Verwirklichen von Kinderrechten.

Ich werde im Wahlkampf versuchen, das Thema richtig zu setzen und unsere ureigenen Fragen der Ökologie als Kinderfragen zu buchstabieren. Kinder haben ein Recht auf gesunde Ernährung. Die Frage, was für eine Landwirtschaft wir machen, ob die alte oder die neue, ist eine Frage, die für die Belange von Kindern entscheidend ist. Ich meine das nicht in einem eingeschränkten Sinne, wie beispielsweise bezogen auf den Allergieschutz, sondern im umfassenden Sinne, daß es eine Aufgabe der Politik ist, für alle Kinder eine gesunde Ernährung und Umwelt zu ermöglichen, und zwar unabhängig vom Einkommen.

Als nächstes kommt die soziale Frage. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Ich will gleich anmerken, daß ich glaube, daß der Punkt, „wegen Kindern darf keine Frau und kein Mann, dürfen keine Eltern arm werden“ im Vordergrund der nächsten Legislaturperiode stehen muß. Wichtiger als die allgemeine Kindergelderhöhung ist der Schutz der unteren Einkommen vor einem Abrutschen in die Armutsfalle. Auch wenn man dies vielleicht kontrovers diskutieren kann. Wir befinden uns in der Situation, so finde ich, wo wir uns zunächst um Menschen kümmern müssen, für die im Augenblick Kinder auf die ein oder andere Weise zur Armutsfalle werden, ehe wir in der Breite das Kindergeld erhöhen. Das ist ein wichtiger Punkt, der sich in den pauschalen Forderungen, wie hoch das allgemeine Kindergeld sein muß, nicht wiederfindet.

Soziale Fragen sind vielfältig. Kinder haben ein Recht auf die bestmögliche Erziehung und Bildung. Da unterstütze ich, was Frau Ministerin Bergmann sagte, sehr. Der Kindergarten ist nichts zum Aufbewahren von Kindern. Dieses „Aufbewahren“ ist natürlich ein Aspekt, aber es gibt auch noch einen Bildungsauftrag. Der ist mit der bestehenden Ausbildung von Erzieherinnen in dieser Weise wohl noch nicht hinreichend berücksichtigt. Also muß die Ausbildung wie die Bezahlung aufgewertet werden. Ich bin für eine Fachhochschulausbildung des Erzieherinnenberufs. Und dann kommen die Männer von selbst. Sobald das Geld stimmt und das Image nachwächst, gehen sie auch in diesen Beruf.

Neben den Fragen der sozialen Sicherung und der Kinderbetreuung gibt es noch Aspekte, die den Wertewandel betreffen. Wir müssen den veränderten Einstellungen der Menschen zu diesen Fragen Rechnung tragen. Ich glaube z.B., daß die Aufteilung der Hausarbeit für die Frage, ob Beruf und Familie vereinbar sind, genauso eine entscheidende Frage ist wie die Kinderbetreuung. Das sind ganz praktische Fragen, die, wie wir aus Erhebungen wissen, noch nicht in allen Familien selbstverständlich geregelt sind. Vielleicht kann man das so formulieren: Kinder haben ein Recht darauf, daß ihre Eltern, Mütter wie Väter, Zeit für sie haben. Möchte man dieser Aussage gerecht werden, kommt dann plötzlich die Aufteilung von Hausarbeit, aber auch die bestehende Infrastruktur am eigenen Wohnort mit ins Spiel. „Falsch“ zu wohnen, gehört bei Überlegungen über die Gestaltung einer bedarfsorientierten Kinderbetreuung mit in den Topf, da dies viel Zeit kostet. Kinder haben ein Recht auf freie Bewegung. Ich finde, daß die Gemeinden und Städte in ihrer heutigen Form sehr kinderfeindlich sind. Viele, die hier sitzen, blicken auf eine Kindheit zurück, wo man ab einem bestimmten Alter an einem warmen Tag aus dem Haus gehen konnte und erst zum Essen wieder gesehen wurde. Dies ist heute aufgrund der Verkehrssituation in vielen Städten nicht möglich. Die Bewegungsfreiheit von Kinder in ihrem eigenen Viertel ist ein elementares Recht. Wir sind schon so bescheiden geworden, daß wir uns das kaum mehr zu formulieren trauen. Das ist ein wichtiger Punkt, der in einer Debatte über die Rechte von Kindern benannt werden muß.

Es wäre unsere Aufgabe in dieser gegenwärtigen Auseinandersetzung um Kinderpolitik, einen richtig weiten Begriff von Politik für Kinder zu etablieren. Wir müssen versuchen, diesen weitgefaßten Begriff durchzusetzen und ihn nicht auf ein, zwei Fragen, die ohne Zweifel wichtig sind, reduzieren zu lassen.

Es ist die glückliche Situation entstanden, daß aufgrund des bestehenden Problemdrucks keiner mehr an diesem Thema vorbeikommt. Das demographische Problem wird langsam von allen verstanden. Alle, die sich mit Gesundheitspolitik, der Rente oder anderen Politikfeldern beschäftigen, in denen der demographische Faktor eine Rolle spielt, kommen an dem Problem, daß es zuwenig Kinder gibt, um die bestehenden Systeme funktionsfähig zu halten, nicht vorbei. Hier sitzen jetzt die Veteranen der Kinderpolitik, für die die Frage vielleicht komisch klingt, weil sie sie seit vielen Jahren bearbeiten. Aber jetzt kommt keiner mehr daran vorbei, auch der Herr Merz nicht. Und das Schöne an der Bundestagsdebatte heute war, daß man sieht, wie der Junge sich noch am *Wording* abarbeiten muß, daß er die Begriffe richtig rauskriegt. Das zeigt, er macht es noch nicht lange, aber er muß es auch lernen, und das zeigt uns, es ist einfach ein guter Moment jetzt zuzupacken. Wichtig ist, daß wir es in den Parteien, das gilt für meine und auch für die SPD, schaffen, dieses Thema nach der Wahl in der Konjunktur zu halten. Im Augenblick ist es naheliegend, warum man dafür ist. Damit das aber nach der Wahl in den Koalitionsverhandlungen

gen nicht eine Angelegenheit wird, wo der Herr Eichel oder der Herr Scharping oder jemand aus unserer Partei dafür sorgt, daß die Notwendigkeit zum Handeln in diesem Bereich wieder relativiert und abgeschwächt wird.

Sabine Walther: Ich glaube, Sie verstehen jetzt alle langsam, warum ich die beiden schon vorab ein bißchen gelobt habe. Herr Kuhn hörte sich gerade so an, als hätte er unser vor vielen Jahren verabschiedetes kinderpolitisches Programm „Aktion: Zukunft“ schon ins Wahlprogramm geschrieben. Das finde ich gut. Ich würde jetzt nur auch gerne hören, wie Sie es umsetzen wollen. Und wo Sie anfangen wollen. Die derzeitige Regierung kann ja langsam nicht mehr sagen, die vorherige Regierung hat es so lange versäumt und deshalb dauert es auch noch bis... Es gibt ja auch noch Vorschläge, wie z.B. das Ehegattensplitting abzuschaffen und damit umzuverteilen zwischen denen, die Kinder haben, und denen, die keine haben. Wenn es um das Ehegattensplitting geht, muß ja immer mit bedacht werden, daß es sehr viele Bundestagsabgeordnete gibt, die existentiell davon betroffen sind. Dagegen muß man ja dann, vielleicht sogar in der eigenen Fraktion, angehen. Mich würde sehr interessieren, wie sie beiden das sehen.

Christine Bergmann: Ehegattensplitting ist natürlich kein Thema, das sich allseits großer Beliebtheit erfreut. Mittlerweile ist aber der Druck, dieses heiße Eisen anzugehen, sehr groß. Das Thema wird im SPD-Wahlprogramm stehen. Allerdings nicht seine Abschaffung. Schon aus verfassungsrechtlicher Sicht ist das nicht möglich. Der gegenseitige Unterhalt muß berücksichtigt werden. Es gibt jedoch Verteilungsspielräume, die man nutzen kann, um das Geld dort hinzulenken, wo Kinder erzogen werden. Da gibt es jetzt keine begeisterte Zustimmung, aber das ist ein Thema, das in der nächsten Legislaturperiode angegangen wird. Sogar der Finanzminister ist dafür. Eine Diskussion darüber, wie weit die Umverteilung gehen kann, steht allerdings noch aus. Aber ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt, an dem allen klar ist, daß die jetzige Regelung zu einer Zeit Sinn machte, als es in fast jeder Ehe Kinder gab. Die aktuelle Situation ist jedoch so, daß ein Drittel aller Ehen keine Kinder hat und eine reine Eheförderung, die über den Auftrag des Artikels 6 des Grundgesetzes hinausgeht, ist einfach nicht mehr vertretbar, wenn wir wissen, wo das Geld wirklich gebraucht wird.

Nun einige Worte zur Kinderbetreuung. Herr Kuhn, die ganze Palette an Forderungen, was eigentlich zu machen ist, haben wir natürlich auch im Hinterkopf. Aber man muß sich erst einmal auf ein paar Dinge konzentrieren, die jetzt anzugehen sind, da das ja Geld kostet und weil man auch möglichst viele mit ins Boot holen muß. Ich teile ihre Meinung, daß Kinder ein Recht auf Familie haben, aber das schließt nicht aus, daß wir auch eine ordentliche Kinderbetreuung haben. Die Situation, die wir in diesem Bereich vorfinden, ist derzeit katastrophal. Wenn wir uns Untersuchungen darüber anschauen, wieviel Zeit Eltern, die erwerbstätig sind, und Eltern, die nicht erwerbstätig sind, mit ihren Kindern verbringen, kommen wir auf gar keine großen Unterschiede. Es geht ja nicht nur darum, wieviel man anwesend ist, sondern auch, wie man für die Kinder da ist.

Wir haben in unserem Wahlprogramm festgeschrieben, daß der Bund sich an der Kinderbetreuung, der Ganztagsbetreuung beteiligt. Wer hier im Raum die Debatten kennt, weiß, was das für ein hartes Stück Arbeit war, das hinzukriegen, daß der Bund eine Aufgabe übernimmt, für die er nicht primär zuständig ist. Der Bund engagiert sich hier, weil wir wissen, daß wir in der Verbes-

serung der Situation schneller vorankommen müssen und die Kommunen oftmals die Mittel nicht zur Verfügung haben. Ich hätte gerne noch vor der Wahl einen föderalen Gipfel gehabt, wo alle Akteure am Tisch zusammenkommen. Kommunen, Länder und Wohlfahrtsverbände, damit man Nägel mit Köpfen macht und klärt, wer denn jetzt was macht. Aber im Moment ist so ein Gipfel nicht umzusetzen. Die Hysterie und der Unwille, etwas gemeinsam zu vereinbaren, ist vor der Wahl zu groß. Auch wenn es an allen Ecken drängt. Da sich der Bund nun in diesem Bereich beteiligt, erwarten wir natürlich von den Kommunen und Ländern, daß sie sagen, wie ihr Engagement aussieht, was sie jetzt als nächstes tun werden. Wir müssen klären, auf was für einen Standard wir in der nächsten Zeit kommen wollen. Das sind ganz konkrete Punkte, um die es jetzt gehen muß.

Ich teile die Meinung von Herrn Kuhn, daß wir bei der Verteilung der Mittel nicht mit der Gießkanne losgehen dürfen. Die Familien, die in der Sozialhilfe sind, und die besonders schwierige Gruppe derer, die knapp über einem Sozialhilfeanspruch liegen, wie auch die Eltern, für die das Einkommen gerade so reicht, aber für die Kinder eben nicht mehr – diese Gruppen, deren Sozialhilfebedürftigkeit erst durch die Kinder entsteht, müssen stärker von der Förderung profitieren. Dazu gibt es Vorschläge von den Grünen, mein Haus hat dazu gearbeitet, und es gibt Vorschläge von den Wohlfahrtsverbänden. Also dazu ist schon eine Menge gerechnet worden. Wir müssen allerdings beim Kindergeld sehen, das wir nach wie vor eine Schere haben. Die letzten Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts waren ja dazu nicht so toll. Nicht nur, was die Alleinerziehenden anbelangt, sondern auch, weil wir gezwungen waren, neue Freibetragsregelungen zu schaffen. Daß das nicht ohne Freibeträge ging, bedeutet, daß wir wieder eine Schere haben zwischen denen, die Freibeträge in Anspruch nehmen können, und jenen, die Kindergeld bekommen. Dabei war die Erhöhung des Kindergeldes unsere Kür. Wir hätten die Neuregelung ja auch nur über Freibeträge gestalten können. Aufgrund der Karlsruher Beschlüsse wird man die Schere also nicht abschaffen können, aber wir werden sie in Zukunft einmal weitgehend schließen. Konzentrieren müssen wir uns jetzt auf die Gruppen, die es am nötigsten brauchen. Denn bei dieser Frage geht es um Chancengleichheit, um gleiche Rechte auf Zukunft in unserer Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang kommt ein weiterer, wichtiger Punkt ins Spiel. Ich hoffe, daß wir bald zu vernünftigen Regelungen im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes kommen, wenn sich die gegenwärtigen Irritationen um dessen Verabschiedung gelegt haben. Denn das Zuwanderungsgesetz ist ja auch ein Integrationsgesetz. Wenn das Zuwanderungsgesetz endgültig durch ist, müssen wir uns anschauen, was im Bereich der Integration noch alles zu tun ist. Im Gesetz selbst sind einige Punkte angelegt, die vorgeben, in welche Richtung es gehen muß. So z.B. bei der Sprachförderung, bei der noch im einzelnen zu regeln ist, wer was wie zu lösen hat. Damit wir hier das Thema Chancengleichheit für die Kinder von Zuwanderern besser angehen können. Denn dieses Thema ist ein sehr drückendes gesellschaftliches Problem, das keinen Aufschub duldet. Es ist einfach katastrophal, wenn man da an die Zukunftschance denkt.

Nun können wir noch die ganzen Kinderrechte durchgehen und sagen, was im einzelnen wo geschehen muß. Nicht alle Vorhaben in der Politik müssen ja Geld kosten. Der Bereich Beteiligung und Partizipation beispielsweise ist ein enorm wichtiges Thema. Wer es wirklich ernst damit meint, Kinder als eigenständige Persönlichkeiten zu sehen, der muß sich auch um das Thema Partizipation kümmern und sagen können, was denn das eigentlich heißt. Kinder müssen beteiligt werden, wo es um ihre eigenen Angelegenheiten geht, auch um sie dabei in die demokrati-

schen Spielregeln einzuführen. Welche Formen der Kinderpartizipation haben wir denn? Reichen die auch aus? Werden die bestehenden Möglichkeiten auch genutzt? Die Beteiligungsmöglichkeiten fangen schon im Kindergarten an, wenn es beispielsweise um die Gestaltung eines Spielplatzes geht. Werden denn die Kinder und vielleicht auch die Eltern bei solchen Vorhaben gefragt? Wo wird so etwas gemeinsam mit Kindern entwickelt? Wo machen Kinder die Erfahrung, daß sie auch wichtig sind, daß sie gefragt werden, daß sie auch mitreden können? Wobei lernen Kinder, daß sie auch einen Interessenausgleich hinkriegen müssen, weil das eine Kind das will und das andere dieses oder jenes? Das sind ganz wichtige Erfahrungen, die Kinder machen sollten. Diese Rechte auf Partizipation haben wir schon in der ersten Legislaturperiode versucht zu stärken, und das wird auch ein Schwerpunkt in der nächsten sein.

Fritz Kuhn: Ich glaube, zu den allgemeinen Kinderrechten auf Zukunft gehört eine Konzentration auf ökologische Politik, also u.a. die Durchsetzung der neuen Landwirtschaft. Das beinhaltet auch, daß in unseren Kita-Küchen Produkte aus dem ökologischen Landbau aus der Region verwandt werden. Das ist ein ganz konkreter Punkt, der in diesem Zusammenhang wichtig ist.

Wenn wir uns in den alten Bundesländern an einem Betreuungsstandard orientieren, der dem Level Frankreichs, der skandinavischen Länder, aber auch Ostdeutschlands entspricht, müßten wir in der BRD, um die Situation bei der Betreuung der unter Dreijährigen, aber auch der Schulen, zu verbessern, etwa zehn Milliarden Euro einsetzen. Dabei ist die augenblickliche Lage in Ostdeutschland so, daß dort gekämpft werden muß, daß der Kinderrückgang nicht dazu genutzt wird, die bestehenden Standards zu schleifen. Diese zehn Milliarden Euro zeigen, wie weit wir von einer wünschenswerten Betreuungssituation entfernt sind. Nun sagen wir, in vier Jahren wollen wir fünf Milliarden Euro für die Situation bei den unter Dreijährigen und für die Schulen verwenden. Zusätzlich wollen wir eine Grundsicherung, eine Kindergrundsicherung. Das Modell, das wir errechnet haben, sieht vor, daß einkommensschwache Familien in einem gestaffelten System um bis zu hundert Euro zusätzliches Kindergeld bekommen können. Die Bundestagsfraktion hat die Kosten dieses Modell mit 2,5 Milliarden quantifiziert. Genau diese Summe können wir aus dem Abschmelzen des Ehegattensplittings finanzieren. Ich glaube, daß man das machen kann. Meine Einschätzung ist: das wird man jetzt auch machen. In den letzten Koalitionsverhandlungen war es noch schwierig. Die Stimmung war zwar grundsätzlich dafür, aber die Umsetzung wurde wegen der Haushaltslage und anderer Prioritäten doch nicht geschafft. Das wird das nächste Mal anders sein.

Die Tatsache, daß wir im Wahlkampf so über Kinderpolitik diskutieren, bedeutet auch, daß das Thema in den nächsten Koalitionsverhandlungen einen höheren Stellenwert haben muß. Daß bei uns der Parteivorsitzende dafür zuständig ist, daß der Bundeskanzler jetzt eine Regierungserklärung dazu gemacht hat – das sind Zeichen dafür, daß es dem Thema nicht mehr so ergeht wie 1998.

Zu diesem Komplex rechne ich auch die Bildungspolitik. Da haben wir richtig Schwierigkeiten, da die Bildungspolitik Ländersache ist. Allerdings möchte ich nicht nach dem Muster handeln, wie wir es derzeit im Bildungsrat beobachten können. Alle sagen, was sie für wichtig halten, aber letztendlich passiert nichts. Das reicht mir nicht mehr. Ich fordere die Länder auf, jetzt wirklich Konsequenzen zu ziehen aus den ganzen Studien und Untersuchungen, die man hat. Und nicht mehr Ping-Pong zu spielen nach dem Motto: „Bei mir ist es gut – bei euch ist es schlecht“. Ich

möchte damit nicht sagen, der Bund brauche mehr Kompetenzen für die Schule. Das ist ein heikle Geschichte, denn dabei müßte er erst beweisen, daß er es besser kann. Subsidiarität ist ein gutes Prinzip. Ich glaube, daß man weiter unten besser versteht, was an den Schulen los ist. Ich würde eher sagen, die Schulen müssen in der Autonomie an die Gemeinden, und sie müssen selbständiger werden. Wir haben Bundesländer, in denen die Bildungsministerien sehr weit weg sind von dem, was in der Region oder der Lebenswirklichkeit der einzelnen Schulen stattfindet. Das sind die Punkte, die wir in den nächsten Jahren angehen und umsetzen wollen.

Ralf Fücks: Werner Sauerborn soll die Einleitung zum Thema „Leben mit Kindern“ machen. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Paps – Zeitschrift für Väter“. Dieser kleine Perspektivenwechsel führt zu der Frage: Wieviel Zeit und Geld sind notwendig, um ein gutes Leben mit Kindern führen zu können? Der Widerspruch ist evident: Wer Kinder hat, braucht mehr Geld, hat aber in der Regel weniger verfügbares Einkommen, braucht mehr Zeit, hat aber in der Regel weniger freie Zeit als Menschen ohne Kinder.

Werner Sauerborn: Ja, und wie geht die Politik mit dieser Konstellation um? Da ist es sinnvoll, auf Ihre erste Frage zurückzukommen, woher dieser Aufschwung von Familien- und Kinderpolitik auf einmal kommt. Ich fürchte, wir werden uns diese Federn, alle wie wir hier sitzen, einschließlich Ihnen, Frau Ministerin, nicht an den Hut stecken können. Ich glaube, der Aufschwung des Themas hat sehr viel damit zu tun, daß die Wirtschaft entdeckt hat, daß es ein Vereinbarungsproblem gibt. Hinzu kommt die PISA-Studie, hinzu kommen Standortargumente. Diesen Umstand kann man natürlich zurückstellen und sagen: Das nehmen wir als familienpolitischen *windfall profit* mit. Trotzdem ist es wichtig, nochmal genauer hinzuschauen und zu fragen: Ist das überhaupt die Kinderpolitik, die wir meinen, die jetzt angestoßen wird?

Herr Kuhn hat es richtig gesagt: Es ist nicht nur die Frage von Geld und Infrastruktur zur Kinderbetreuung. Kinderpolitik ist mehr. Kinderpolitik ist alles das, was Kinder brauchen. Das ist das sozialräumliche Umfeld, das ist die Umweltpolitik, das ist aber auch die Familie im engeren Sinne. D.h. die Zukunft von Kindern ist auch maßgeblich dadurch geprägt, wie die Familie funktioniert. Ob es eine Gleichberechtigung der Eltern gibt, ob die Kinder Partnerschaft erleben, ob die Familie ein stabiler Bezugsrahmen ist. Hierbei darf auch das Thema Trennung und Scheidung nicht übergangen werden. All diese Punkte sind auch wichtige Bedingungen für die Zukunft von Kindern. Da muß aufgepaßt werden, daß man nicht zu kurz springt.

Bei den Themen Geld und Infrastruktur stehen im Augenblick die Türen weit offen. Es geht aber eben auch um weitere Punkte und dabei insbesondere auch um geschlechterpolitische Fragen, die eine Klammer um das System Familie darstellen. Da lohnt es sich, einen genaueren Blick darauf zu werfen. Am offenkundigsten ist, daß die Überschriften, unter denen die Union antritt, zwar immer lauten: „Wir wollen gleichberechtigte Verhältnisse zwischen Mann und Frau“. Wenn man sich jedoch die konkreten Angebote anschaut wie das Konzept des Familiengeldes oder die kategorische Ablehnung jeglicher Abstriche vom Ehegattensplitting, dann ist zu erkennen, daß dieses Bekenntnis im Grunde nicht so ernst gemeint ist. Ich bin mir aber auch nicht sicher, ob die Konzepte, die Rot-Grün anbieten, weit genug gehen. Ich habe den Eindruck, die ganze Frage des Geschlechterverhältnisses in diesem Konzept wird zu sehr reduziert auf die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und auf den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Natur-

lich gehen von da aus auch Impulse einer Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses aus, aber ich fürchte, wenn man es dabei beläßt und darauf verzichtet, eine ausdrückliche Geschlechterpolitik zu betreiben, werden wir uns zwar ein Stück weit vom Alleinverdienermodell entfernen, aber in Richtung Geschlechterdemokratie ist das eben nur ein Stück des Weges. Eher wahrscheinlich ist mit dieser Herangehensweise die Etablierung des Anderthalb-Ernährermodells – d.h., der Mann ist vollberufstätig, die Frau ist teilberufstätig, weil sie auch bei ausgebauten Kinderbetreuungsangeboten noch so viel Zeit für die Kinder aufwenden muß, daß eine Vollerwerbstätigkeit schwierig ist. Von daher hätte ich weitergehende Vorstellungen von einer Kinder- und Familien- und damit auch Geschlechterpolitik.

Ich will das an einigen Punkten konkretisieren. Das Paradebeispiel ist natürlich die Elternzeitregelung. Da hat die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode wirklich einen großen Stein ins Wasser geworfen, zumindest was die Struktur und den Ansatz anbelangt. In der quantitativen Ausgestaltung ist sie auch hier ein wenig sparsam geblieben. Das, was in dem Erziehungsgeld- bzw. Elternzeitgesetz angelegt ist, müßte in der nächsten Legislaturperiode weiterentwickelt werden. Der Nettolohnbezug des Erziehungsgeldes muß erreicht werden. Der Gedanke der Budgetierung im Erziehungsgeldgesetz, d.h. daß die Mittel am Anfang konzentriert werden, ist sehr richtig. Dies müßte weiterentwickelt werden, vielleicht in Verbindung mit einer „Väterquote“. Der Gedanke eines Individualanspruchs auf Elternzeit ist es in diesem Zusammenhang auch wert, weiter verfolgt zu werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Teilzeitgesetz. Daß das nur in Betrieben ab 15 Beschäftigten gilt, ist ein großes Problem. Ich weiß, daß das keine Absicht war, sondern einem politischen Kompromiß geschuldet ist. Betriebe unter 15 Beschäftigte klingt wenig, bedeutet aber in der Realität, daß 6,7 Millionen Arbeitnehmer von dem Recht auf Teilzeit ausgeschlossen sind. Dort, wo Teilzeit möglich ist, ist die Umsetzung noch recht problematisch, da insbesondere Männer Angst haben, die Angebote, die nun gesetzlich geregelt sind, in Anspruch zu nehmen, da sie Karriereverluste befürchten. Dem könnte entgegengewirkt werden, indem die Rückkehrrechte in die Vollzeit verbessert würden. Diese offene Flanke in dem Gesetz ist ein Unding. Da die bestehende Regelung von Männern viel weniger in Anspruch genommen wird, ist es sinnvoll, sich Gedanken zu machen, was zu tun ist, daß sich gerade Männer stärker auf Familienorientierung einlassen, und wo dabei die Hürden stehen. Ich bin grundsätzlich der Auffassung, die Geschlechterfrage hakt im Augenblick mehr auf der Männerseite. Dieser Seite sollte jetzt mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil dort die größeren Steine im Weg liegen. Auch die Frauenfrage würde wieder stärker in Schwung kommen, wenn sich auf der anderen Seite der Medaille mehr Bewegung abzeichnen würde.

Nun zum umstrittenen Thema der Splittingbesteuerung. Diese Regelung ist wirklich das Rückgrat des patriarchalischen Sozialstaates. Und sie betrifft nicht nur Frauen. Frauen sind dadurch betroffen, weil sie damit in die Familien zurückverbannt werden. Männer sind davon betroffen, weil sie in die Rolle des Alleinverdieners gedrängt werden. Viele Männer werden entgegen ihren eigenen Wünschen durch die familieninterne Betriebswirtschaft in diese Ernährerrolle hineinmanövriert. Von daher muß diese Konstruktion verändert werden. Aber mein Eindruck ist, daß es die Parteien aufgegeben haben. Die CDU hat es ja noch nie anders gewollt, aber das, was sich an Veränderungen bei Rot-Grün abzeichnet, ist im Grunde auch nicht viel. Die Änderungen beziehen sich alle nur auf das Kappen des Splittingvorteils. Die Grünen haben den Plan, das dabei

eingesparte Geld zweckgebunden in eine Erhöhung des Kindergeldes zu investieren. Damit wird aber nur die Verteilungsfrage, die soziale Frage, angegangen. Das Strukturprinzip ist, daß die Alleinernährerehe gefördert wird, und an diesem Prinzip ändert man nichts, wenn man nur kappt. Mit dieser Regelung stehen wir in Europa allmählich ziemlich alleine da. Von einer fortschrittsorientierten Familienpolitik erwarte ich, daß dieses Thema auf der Tagesordnung bleibt und in der nächsten Legislaturperiode im Kern dieses Prinzips wirkliche Veränderungen stattfinden, die nicht nur die soziale Frage der Kappung betreffen.

Christine Bergmann: Ich glaube nicht, daß Sie recht haben, Herr Sauerborn, daß es ausschließlich ökonomische Zwänge sind, die uns hier vorantreiben. Es gibt schon auch die politisch motivierte Seite. Dabei ist es natürlich hilfreich, daß es im Moment in bestimmten Bereichen einen Mangel an Fachkräften gibt. Das wird langsam begriffen, daß Frauen ein wichtiges Potential in der Wirtschaft sind, auf das man nicht mehr länger verzichten kann.

Es gibt auch Druck von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die fragen, was heißt denn das eigentlich: „Familie leben“? Das heißt nämlich, daß eine Familie auch gemeinsame Zeit haben muß. Wir brauchen Arbeitszeitstrukturen, die es zulassen, daß alle in der Familie zur gleichen Zeit mal zusammen sein können. Wer in Familien lebt, weiß, daß es keinen Sinn macht, wenn man den Kindern sagt: „Also am Donnerstag, 19 Uhr, bin ich zuhause, wenn du ein Problem hast, dann kommst du mal vorbei“. Das funktioniert nicht. Man muß auch verbindliche, gemeinsame Zeit haben. Man muß Möglichkeiten haben, sich ein bißchen einzustimmen. Dann kommt das ein oder andere, was Kinder an Problemen haben oder auch der Partner an Problemen hat. Da ist die wirtschaftliche Situation schon hilfreich, aber auch das geänderte gesellschaftliche Bewußtsein in Richtung „Work and Life-Balance“.

Sie haben das Elternzeitgesetz angesprochen. Wir haben ja nicht nur das Gesetz gemacht, wir haben es ja auch mit großen Kampagnen, wie z.B. „Mehr Spielraum für Väter“, begleitet.

Wenn die Regelung bisher wenig von Vätern in Anspruch genommen wird, führt uns dies zu dem kritischen Punkt des Rollenbildes. Wie fest sitzt dieses alte Rollenbild in der Gesellschaft? Wenn wir mit Vätern in den Unternehmen reden, dann stellt sich heraus, daß es enorm wichtig ist, daß von den Unternehmen vermittelt wird, daß es kein Karrierekiller ist, wenn man Arbeitszeit reduziert. Das trifft natürlich in gleicher Weise auf Frauen zu. Für Frauen war das bisher auch nicht gerade karrierefördernd, Arbeitszeit zu reduzieren oder eine Weile auszusteigen. Aber da ist die Debatte endlich an der richtigen Stelle. Wenn man mit Vätern spricht, dann kommt natürlich immer die Frage: „Wie weit reicht es denn finanziell, wenn ich die Arbeitszeit reduziere?“ Mindestens genauso wichtig ist aber die Frage: „Wie ist denn mein Image, wie werde ich in der Gesellschaft angesehen, wenn ich Teilzeit arbeite?“ Ich denke, in diesem Punkt hat sich inzwischen etwas getan. Die Väter erzählen mehrheitlich, in ihrer eigenen Generation wenig Probleme zu haben. Die Kollegenreaktion oder die der Freunde ist gut. Schwierigkeiten gibt es dann häufig mit der Mütter- oder Schwiegermüttergeneration, die sagen: „Mensch, Junge, nun wird ja aus Dir überhaupt nichts mehr, jetzt setzt Du nicht voll auf Erwerbsarbeit, jetzt versuchst Du eine familienfreundliche Regelung zu finden“. Hier muß ein Prozeß angestoßen werden. Da werden die guten Beispiele gebraucht, diejenigen, die auch mal mit der Fahne vorne wegziehen und dazu stehen.

In der Elternzeit, der Arbeitszeitreduzierung ist das Rückkehrrecht ja geregelt. Geregelt ist das auch mit unserem Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz für die Bundesbehörden. Das gilt für Mütter und Väter in gleicher Weise. Wer aus familiären Gründen seine Arbeitszeit reduziert, kann auf Vollzeit zurück. An anderen Stellen im Gesetz hat es den ein oder anderen Kompromiß gegeben. Das ist klar. Anders ist so etwas nicht durchzusetzen. Trotzdem muß man da weitermachen.

Es geht vor allem darum zu klären, was uns vorschwebt, wenn wir sagen: „Es gibt ein Recht auf Familie“. Das heißt für mich, Kinder haben ein Recht auf Mütter, aber eben auch auf Väter. Kinder haben ein Recht auf Väter, und Väter brauchen auch ihre Kinder. Wer über eine moderne Familienpolitik redet, der muß auch darüber reden, daß es nicht ausschließlich Sache der Mütter ist, wie sie das hinkriegen. Es muß auch um Arbeitsteilung gehen. Gerade im Interesse der Kinder. Kinder sollen ihren Vater nicht nur gelegentlich erleben. Ich glaube, in diesem Feld haben wir eine Bresche geschlagen. Da kann ich mir jetzt nur wünschen, daß es auch wirklich viele Väter gibt, die von diesen Angeboten Gebrauch machen. Wir werden in diese Richtung weitermachen. Das steht in unserer Agenda für die nächste Legislaturperiode. Bei der Dynamisierung des Erziehungsgeldes und verwandten Punkten muß es weitergehen. Bei der Diskussion über das Erziehungsgeld wird häufig dafür gestritten, daß der Weg in Richtung Lohnersatzleistung gehen soll. Man muß aber fairer Weise sagen, daß alle Länder, die eine Lohnersatzleistung haben, das nicht lange durchhalten. Die beschlossene Budgetierung geht aber trotzdem in diese Richtung. Das ist dann aber wiederum mit der Frage verbunden: Habe ich ein ausreichendes Betreuungsangebot? Kriege ich mein Problem geregelt, oder habe ich erst ab drei Jahren einen Kitaplatz?

Fritz Kuhn: Ich will zunächst mal sagen, daß wir eine richtig scharfe Debatte über das kriegen, was Union und FDP mit Familiengeld wirklich meinen. Diese Debatte muß man scharf und nicht zudeckend führen. Deren Konzept heißt, Geld hinlegen und gucken, daß nicht zu viele Frauen auf den Arbeitsmarkt gehen. Deswegen ist es ein geschlechterundemokratisches Konzept. Unser Konzept sieht so aus, daß wir die Infrastruktur so verbessern, daß Männer und Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Da, glaube ich, unterscheidet sich die Grundrichtung von SPD und Grünen nicht, allenfalls die Ausgestaltung. Wenn ich das doppelte Geld hätte, würde ich beides machen. Das ist aber eine Frage der Verteilung. Die Union würde mit diesem ganzen Chaos, das der Stoiber gerade produziert, Zustände herbeiführen, daß es sich gerade bei hoher Arbeitslosigkeit und im Bereich der geringen Qualifikation eben doch mehr lohnt, auf Familiengeld zu investieren. Das wäre ein gesellschaftspolitischer Rückschritt. Ich will das hier so deutlich sagen, es stehen sich hier gesellschaftspolitische Welten gegenüber. Dieser Gegensatz geht jedoch zum Teil in der Debatte um die Höhe des Elterngeldes unter. Es sind ganz grundlegend unterschiedliche Sichtweisen, wie Männer und Frauen zusammenleben können, die sich in diesem Wahlkampf gegenüberstehen. Das will ich hier auch betonen.

Ich glaube, daß ein Abschmelzen des Ehegattensplittings der richtige Weg ist. Man kann mit mir über verschiedene Modelle offen diskutieren. Es gibt ja auch unterschiedliche Modelle. Jedes Modell hat gesellschaftspolitisch andere Implikationen, und jedes Modell hat ein paar geschicktere oder schlechtere steuerpolitische Auswirkungen. Das muß zusammengedacht werden. Es gibt zwei Grenzen. Erstens muß es durch das Bundesverfassungsgericht, da wir eine Grundgesetzänderung zu diesem Thema nicht durchkriegen werden. Und zweitens darf es den Menschen, die

Kinder großgezogen haben und ihren Lebensweg auf das Ehegattensplitting ausgerichtet haben, hinterher nicht die Geschichte verhaseln. Sonst haben wir einen Aufstand an einer Stelle, die richtig idiotisch wäre. Denn wir brauchen für eine neue Kinderpolitik auch die Menschen, deren Kinder schon groß sind, um Mehrheiten zu bilden. Das ist die zweite Einschränkung. Wir müssen den Übergang so gestalten, daß man sich auf das neu ausgerichtete Ehegattensplitting oder reduzierte Splitting wirklich einstellen kann. Das ist wichtig, weil wir für eine erfolgreiche Kinderpolitik jetzt schauen müssen, wo die Bündnispartner sind. Wir müssen dem Umstand Rechnung tragen, daß Familien mit Kindern nicht mehr die Mehrheit sind, schon gar nicht bei den Entscheidern und Multiplikatoren.

Es gibt noch ein paar Felder in der Geschlechterdemokratie, die nicht unbedingt mit gesetzlichen Regelungen zu packen sind. Ich will ein Beispiel nennen. Wenn sie heute als Vater zum Personalchef gehen und Teilzeit haben möchten, weil sie Kinder haben, dann wird ihnen das in einem größeren Betrieb in der Regel gewährt. Dafür haben wir die Grundlagen extrem verbessert. Was ich aber gesetzlich nicht regeln kann, ist, daß der Personalchef in der Personalakte einen Vermerk macht, vielleicht mit Bleistift, oder er denkt ihn sich nur, der lautet: „Guter Mitarbeiter, will aber keine Führungsaufgabe mehr“. Solange so in Personalabteilungen oder bei Chefs gedacht wird, ist natürlich die Frage der realen Vereinbarkeit von Karriere und Familie nur eingeschränkt möglich. Was wir deshalb brauchen, ist ein Aufstand der Eltern, die sich das nicht mehr gefallen lassen, und daß sich die gesellschaftlichen Institutionen wie die Gewerkschaften, die Kirchen und die Verbände sich dieser Fragen annehmen. Wir müssen diese alltägliche Diskriminierung nach allen Regeln der Kunst skandalisieren. Das gehört dazu. Ich setze da nicht auf eine gesetzliche Regelung, sondern auf die *Power*, die man aus dem Druck über Diskussionen und Protest gewinnen kann.

Ralf Fücks: Für die Schlußrunde habe ich eine letzte Frage an das gesamte Podium: Gesetzt den Fall, Sie werden in der nächsten Legislaturperiode Minister für Familie, Frauen, Senioren und Jugend – was sind dann Ihre zwei wichtigsten Reformvorhaben?

Christine Bergmann: Das wichtigste Reformvorhaben ist wirklich, ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot zu schaffen. Und zwar von der Geburt bis zur sechsten Klasse. Das ist das wichtigste Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode und zwar mit einem besonderen Augenmerk auf die Nachfrageorientierung.

Fritz Kuhn: Da kann ich mich anschließen. Neben der Kinderbetreuung ist die zweite zentrale Aufgabe die Kindergrundsicherung als Schutz vor Armut. Ich möchte auch noch etwas zum Ehegattensplitting sagen. Das Abschmelzen des Ehegattensplittings bedeutet, daß alle, die bisher große Vorteile haben, geringere Vorteile haben werden. Ich will Ihnen klarmachen, daß wir nichts davon haben, wenn wir mit einer Lösung durchs Land ziehen, die vor dem Verfassungsgericht keine Chance hat. Zu dem Thema gibt es nunmal schon ein Urteil. An dieses Urteil will ich mich halten, denn sonst sind alles leere Versprechungen. Außerdem bemißt sich Radikalität der Politik nicht daran, wie sehr man sich mit Karlsruhe anlegt. Zudem muß ich noch einmal sagen, daß es Menschen gibt – und das sind nicht die Superreichen –, die in der Vergangenheit so gelebt haben, daß einer oder eine gearbeitet hat und die Kinder von dem oder der anderen großgezogen

wurden. Die haben ihren Lebensplan entlang bestehenden Rechts gestaltet und haben jetzt, da die Kinder groß sind, entsprechende Erwartungen. Diese große Gruppe aufzubringen, sie in die Arme von Stoiber und der FDP zu treiben durch Vorschläge, die sie in ihrer sozialen Existenz bedrohen würde, ist politisch irrsinnig. Denn dann gewinnen Stoiber und die FDP, und dann passiert gar nichts beim Ehegattensplitting. Wenn Rot-Grün bzw. Frau Bergmann und ich jetzt sagen würden: „Das ist uns egal“ – dann mobilisiert die FDP und die CDU genau diese Bevölkerungsgruppe gegen diese politische Konzeption. Das halte ich für falsch. In diesem Punkt würde man nur einen politischen Fehler machen.

Sabine Walther: Da die beiden Politiker zum Glück schon meine wichtigsten Anliegen vorgetragen haben, fasse ich mich ganz kurz. Mir fällt noch ein kostenneutraler Punkt ein: Elternzeit wie in Schweden. Da verfällt ein Stück Elternzeit, wenn die Väter sie nicht in Anspruch nehmen. Ich gönne jedem Kind den Vater, und vielleicht wäre das ein etwas druckvoller Anreiz, da die freiwilligen Angebote manchmal nicht ausreichen. Es fiel ja schon mal der Spruch: „Männer sind halt, wie sie sind“. Wir müssen dafür sorgen, daß die neuen Männer nachwachsen. Es gibt ja schon ein paar. Das sind die zwei, drei Prozent, die auch Elternzeit nehmen.

Christine Bergmann: Man muß sich allerdings im klaren sein, daß es sich in Schweden um einen Monat dreht. Das wird gerade, glaube ich, auf zwei Monate verlängert. Es geht nicht etwa um die Halbierung der Elternzeit. Aber ein Vätermonat wäre ja auch schon was.

Werner Sauerborn: Ich würde zwei Sachen machen. Das ganze Thema „Mehr Geld in den Bereich Familie und Kinder, bessere Kindergartenstruktur“ – da sind die Türen weit offen. Da würde ich nur noch ein bißchen in die richtige Richtung steuern. Dann würde ich die Geschlechterfrage um 90 Grad drehen. Ich würde ein Referat Geschlechterdemokratie, wie es bei der Böll-Stiftung existiert, im Ministerium etablieren. Ich würde die Männer- und Väterpolitik als gleichberechtigte Politik neben der Frauenpolitik in eine Geschlechterpolitik integrieren und würde darauf setzen, daß von so einem Referat die richtigen Impulse beim Splitting, bei der Elternzeit, bei der Teilzeit usw. ausgehen.

Ralf Fücks: Vielen Dank. Die Diskussion hat gezeigt: Kinderpolitik ist Gesellschaftspolitik. Es geht dabei um Gerechtigkeitsfragen und Verteilungsfragen, aber auch um unser Menschenbild. Eine Gesellschaft, der die Kinder ausgehen, ist eine arme Gesellschaft, auch wenn sie über ein hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügt. Wenn wir wieder mehr Platz für Kinder schaffen wollen, brauchen wir nicht nur eine verbesserte Infrastruktur für die Kinderbetreuung und höhere Einkommenstransfers für Eltern. Offenkundig ist die Frage der Geschlechterdemokratie von zentraler Bedeutung für die Frage, ob Frauen noch bereit sind, Mütter zu werden. Das ist vor allem eine Herausforderung an die Väter, ihren Part bei der Betreuung und Erziehung von Kindern zu übernehmen. Der Rückbau des Ehegattensplitting und die Förderung von Teilzeitarbeit sind dafür sicher ein wichtiger Beitrag. Aber die nötigen Veränderungen müssen auch im Kopf stattfinden. Es geht um Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und um die Balance zwischen beruflichen Ambitionen und Zuwendung zu Kindern. Dabei könnten am Ende alle gewinnen. Das ist leicht gesagt, aber schwer getan.

Zu den TeilnehmerInnen des 7. Dialogs

Christine Bergmann, Dr. rer. nat., Pharmazeutin, Mitglied der SPD. In der Wendezeit stand sie der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung vor, von 1991 bis 1998 Bürgermeisterin von Berlin und Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen. 1998 bis 2002 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Fritz Kuhn, Sprachwissenschaftler, 1980 Mitbegründer der Grünen in Karlsruhe, 1984 – 1988 und 1992 – 2000 Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stuttgarter Landtag. 2000 bis 2002 Bundesvorsitzender der Grünen (zuerst mit Renate Künast, dann mit Claudia Roth).

Sabine Walther, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V.

Werner Sauerborn, Dr. rer. soc., Aktivitäten und Publikationen zu den Themen Männerrolle/Vaterschaft und Gewerkschaften/Globalisierung. Nichtverheirateter Vater von drei Kindern, Mitherausgeber der Väterzeitschrift paps, Gewerkschaftssekretär für Grundsatzfragen beim verdi-Landesbezirk Baden-Württemberg.

Ralf Fücks hat in Heidelberg Sozialwissenschaften, Ökonomie und Geschichte studiert. Kam 1982 zu den Grünen, war 1991 bis 1995 in der Bremer Ampelkoalition Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Mitautor des neuen grünen Grundsatzprogramms. Er ist seit 1996 Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung.

8. Geschlechterdemokratischer Dialog

Männer in die Teilzeit.

Perspektiven und Potentiale einer erhöhten Männerteilzeitquote

27. Juni 2002

Stephan Höyng

Die wissenschaftliche Sicht – Zur Forderung nach mehr Männer-Teilzeit

Irmingard Schewe-Gerigk

Die politische Sicht – Das Instrument der Männer-Teilzeit

Die rot-grüne Koalition ist 1998 angetreten, eine Neuorientierung in der bis dahin konservativen Frauen- und Geschlechterpolitik der Bundesrepublik einzuleiten. Umgesetzt wurde u.a. eine neue Regelung zur Teilzeitarbeit, die ansatzweise einen Rechtsanspruch aller Beschäftigten auf Teilzeit vorsieht. Seit der Regierungsübernahme hat die Teilzeitquote kontinuierlich zugenommen. Sie bleibt aber bisher eine Domäne von Frauen, auch wenn der Anteil der Männer auf niedrigem Niveau gestiegen ist. Im 8. Geschlechterdemokratischen Dialog diskutieren Irmingard Schewe-Gerigk und Stephan Höyng folgende Fragen: Wie kann die Männer-Teilzeit-Quote erhöht werden? Wie kann sich dadurch die Kultur von Organisationen verändern? Welche Auswirkungen hat oder hätte dies für die Enttraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse? Welche Vorteile bietet und welche Hindernisse birgt Teilzeitarbeit für Männer?

Stephan Höyng

Die wissenschaftliche Sicht - Zur Forderung nach mehr Männer-Teilzeit

In einem alten Text unseres Vereins Dissens e.V., der Beratungs- und Bildungsangebote und Forschung mit dem Schwerpunkt Männer und Geschlechterverhältnisse durchführt, wurden als Ziele genannt, Gleichstellung zu fördern und Geschlechterhierarchien besonders in der Berufsarbeit abzubauen. Es heißt da: „Wir wollen Männern Wege der Veränderung aufzeigen und sie dabei unterstützen. Gleichzeitig greifen wir sie in unserer Arbeit persönlich und öffentlich an und versuchen, ihre Empörung über dieses menschenverachtende Unrechtssystem und ihre Teilhabe daran zu wecken“ (Dissens 1990).

Das klingt noch richtig revolutionär. So haben wir angefangen. In unserm Forschungsprojekt „work changes gender“ klingt das schon ein bißchen vorsichtiger, vielleicht auch differenzierter: Neuorientierung männlicher Lebensweisen – Neue Formen der Arbeit, Chancen für die Gleichstellung der Geschlechter. „Teilzeit für Männer“, diese Formel für den heutigen Abend hat mich ein bißchen verwundert. Wir haben uns mit den Arbeitsverhältnissen von Männern beschäftigt, und da ist Teilzeit nur ein Aspekt unter vielen.

In Deutschland zeigt sich die Differenz zwischen Männern und Frauen immer noch sehr deutlich, d.h. wir haben einen hohen Anteil an Frauen und einen sehr geringen Anteil an Männern in Teilzeit. Das sind nach dem Statistischen Bundesamt (Mikrozensus 2000) 4,8% der abhängig erwerbstätigen Männer und 38,3% der Frauen. Das ist natürlich nur eine eingeschränkte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt. Von den Teilzeit arbeitenden Männern entschieden sich 58% für dieses Modell, 42% geben an, keine andere Stelle als diese gefunden zu haben. Bei den Frauen sagen dies nur 24 %, eine klare Polarisierung also (Schulze Buschoff 1999). Es gibt in Deutschland also nur sehr wenig erwerbstätige Männer, die mehr oder weniger freiwillig Teilzeit arbeiten.

Wer wünscht sich Teilzeit? 59% der erwerbstätigen West-Frauen, 38% der Ost-Frauen möchten gerne Teilzeit arbeiten. Aber nur 16% der West-Männer und 13% der Ost-Männer wünschen sich Teilzeit. Diese Zahlen von Schulze Buschoff (1999) basieren auf einer Erhebung von 1995. Deutlich wird: Der Wunsch bei Männern nach Teilzeit ist nicht besonders ausgeprägt. Obwohl es doch einige Männer mehr gibt, die Teilzeit haben wollen, als solche, die tatsächlich Teilzeit arbeiten, kann man das Fazit ziehen: das männliche Normalarbeitsverhältnis ist Vollzeit, unbefristet und die meisten Männer wollen das auch so.

Berufsarbeit – für Männer ein zentrales Lebenselement

Warum arbeiten so wenige Männer Teilzeit? Kein Normalarbeitsverhältnis zu haben, kommt einem Scheitern gleich. Helge Pross hat schon 1978 geschrieben: „Arbeit ist für Männer alternativlos.“ Berufsarbeit ist bis heute für Männer ein zentrales Lebenselement und das heißt: unbefristete Vollzeittätigkeit. Daran können wir zwei Typen von Männlichkeit koppeln. Da ist zum einen der gute Familienernährer, der dafür voll berufstätig sein muß. Da ist zum anderen der Übererfüller, wie wir ihn nennen, oder – als gängigerer Begriff – der Karrierist, der muß natürlich noch

viel mehr Zeit in die Berufstätigkeit investieren. Eine Reduzierung der Arbeitszeit ist für beide kein Thema. Diese beiden sind in Mitteleuropa zentrale, hegemoniale Männlichkeiten. Das mag auf der kulturellen Ebene erläutern, warum Männer nicht Teilzeit arbeiten wollen.

Ich habe mich aber auch gefragt, warum Teilzeit denn gefördert werden sollte. Was sind die Gründe dafür? Ein Argument wäre, mehr Männer in der Teilzeit würde mehr Geschlechtergerechtigkeit in Kleinfamilien und eine Umverteilung zwischen Berufsarbeit und familiärer Arbeit bedeuten. Männer würden mehr Verantwortung in den Familien übernehmen. Das wäre für einen Teil der Bevölkerung relevant. Allerdings wollen weniger Väter als alleinwohnende Männer (ob nun in einer Partnerschaft lebend oder auch nicht) in die Teilzeit. Alleinwohnende Männer wollen zu 19% in die Teilzeit, unter den mit Frau und Kind wohnenden Vätern sind es nur 14% (Schulze Buschoff 1999). Das Bedürfnis bei Männern, Teilzeit zu arbeiten, nimmt also mit der Familienbildung ab!

Hinzu kommt, daß die Geschlechtergerechtigkeit in Kleinfamilien durch Teilzeit nicht steigt. Die Verteilung der Haus- und Familienarbeit ändert sich nicht signifikant. Täglich leisten Frauen im Schnitt vier Stunden und 20 Minuten Haus- und Familienarbeit, Männer anderthalb Stunden und dies unabhängig von der Berufsarbeitszeit (Klenner/Schäfer 2001). Bezüglich des Gerechtigkeitsaspektes ist kein relevanter Unterschied auszumachen, ob Männer oder Frauen Teilzeit oder Vollzeit arbeiten. Für die Stärke des Engagements in Haushalt und Familie erweist sich die Teilzeit also als relativ unwichtig.

Um Geschlechterdemokratie in Kleinfamilien zu erreichen, führt Teilzeit nicht automatisch zum Ziel. Tiefeninterviews hatten zum Ergebnis, daß die Verteilung der Erwerbsarbeit bei Paaren oft eine partnerschaftliche Entscheidung von Männern und Frauen ist, ob nun pragmatisch oder auch ideologisch motiviert. Es ist dort weiterhin die Regel, den Männern die Aufgabe des Vollzeitberufs zuzuschauen und Frauen in die Mutterrolle zu drängen. Diese Aufteilung ist selten die Entscheidung des Mannes allein. Eine Förderung von Teilzeit würde an dieser häuslichen Kultur erst einmal wenig ändern.

Teilzeit hilft, die männerbündische Arbeitskultur zu ändern

Die Förderung von Teilzeit kann die Arbeitskultur in der Berufsarbeit verändern; weg von einer männerbündischen hin zu einer lebensvollen Arbeitskultur, wie wir das in unserer Untersuchung (Höyng/Puchert 1998) genannt haben. Wenn nicht mehr der Beruf den Lebensmittelpunkt von Männern darstellt, verändert sich auch die Kultur am Arbeitsplatz. Das wäre ein Argument für mehr Teilzeitarbeit.

Bisher allerdings grenzt die bestehende Arbeitskultur Teilzeitarbeitende aus. Von Männern in Arbeitsgruppen mit einzelnen Teilzeittätigen wurden mir durchaus negative Erfahrungen mitgeteilt; darin unterscheiden sie sich nicht von den Erfahrungen der Frauen. Teilzeitarbeitende erfahren die wichtigsten Dinge zuletzt oder zu spät, sie nehmen an informellen Meinungsbildungen, Entscheidungen oder Vorentscheidungen gar nicht oder zumindest seltener teil. In Betrieben mit Projektarbeit werde sie bei der Verteilung von Projekten benachteiligt. Sie bekommen die schlechteren Projekte; die besten bekommen die Vollzeitarbeitenden. Vor ihrer Arbeitszeitreduzierung, so berichten sie, war das anders. Das macht natürlich häufig unzufrieden. Eine grundle-

gende Veränderung dieser Arbeitskultur wäre nur dann realistisch, wenn ein sehr großer Anteil von Männern Teilzeit arbeitet. Dann würde sich die informelle Kultur darauf einstellen und sich neu organisieren. Das ist aber auf freiwilliger Basis nicht zu machen.

In unserer Befragung (Höyng/Puchert 1998) stellte sich heraus, daß die Arbeitszufriedenheit von Männern, die in einer Gruppe arbeiteten, in der alle teilzeittätig waren, sehr hoch war. Sie wollten nicht mehr zurück in die Vollzeit, aber auch nicht ihre Arbeitszeit noch weiter reduzieren. Dieses Ergebnis ist nicht unbedingt übertragbar, ist nicht repräsentativ. Das Besondere dieser Gruppe war nicht nur, daß alle Teilzeit gearbeitet haben. Es konnte also keine Hierarchie entstehen zwischen denen, die Vollzeit, und denen, die Teilzeit arbeiteten. Es gab hier viel weniger als üblich Hierarchien, Machtkämpfe, Informationsmonopole.

Ein weiterer Grund für mehr Teilzeitarbeit wäre mit Blick auf das Problem der Arbeitslosigkeit eine gerechtere Verteilung der Berufsarbeit in der Gesellschaft. Da Männer scheinbar für die Teilzeitarbeit starke Anreize oder Zwang brauchen, gälte es, ein System zu etablieren, das diesem Umstand gerecht wird. Auch hier muß eine relevante Anzahl in die Teilzeit gehen, damit dieser Ansatz wirklich zu Buche schlägt, mehr Arbeitslose in Beschäftigung bringt. Oder man müßte den Zwang so differenzieren, daß in einer Organisation bestimmte Gruppen von Männern alle Teilzeit arbeiten müssen, andere dagegen nicht, was sehr schwierig ist. Als politischen Lösung könnte das umgesetzt werden, wenn man es auf bestimmte Berufsbereiche bezieht. Umgesetzt wurde es beispielsweise bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern in Hochschulen, die jetzt alle nur noch zur Hälfte, Zweidrittel, Dreiviertel eingestellt werden. Viel verändert hat das allerdings nicht. Bei aufstiegsorientierten Männern ist dieser Ansatz schwer umzusetzen. Dies wird eher als eine Geringerbezahlung verbucht, bei der weiter Vollzeit gearbeitet wird. In der mittleren Ebene sollte die Teilzeitarbeit schon einmal mit der Berliner Verwaltungsreform gefördert werden, 25% aller Mitarbeiter dieser Ebene sollten ihre Arbeitszeit reduzieren. Das hatte erhebliche Widerstände zur Folge, und so blieb es bei unverbindlichen Absichtserklärungen. Passiert ist letztendlich nicht viel; zumindest nichts, was mehr Männer in die Teilzeit brachte. Bei Menschen mit geringem Einkommen fände ich einen Zwang zur Teilzeit allerdings moralisch problematisch, da es hier schnell zu sozialen Notlagen kommt.

Soziale Sicherungen sind an Berufsarbeit gekoppelt

Teilzeit als Umverteilungsmittel zu nutzen, ist problematisch, weil dadurch immer die Schere zwischen Beschäftigten mit Voll- und Teilzeit geöffnet wird.

Wir sollten in einem größeren Zusammenhang anschauen, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Teilzeit aussehen. Es gibt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (Oschmiansky/Schmid 2000) über den Wandel der Erwerbsformen. Von den erwerbsfähigen Männern in Berlin zwischen 15 und 65 Jahren sind 36,4% unbefristet mit Vollzeit angestellt. Wenn man zu dieser Zahl noch etwa 4% hinzufügt, dann hat man damit auch Beamte und all diejenigen erfaßt, die sich in sehr stabilen, langfristigen Beschäftigungsverhältnissen befinden. Wenn wir uns die Gesamtheit der erwerbsfähigen Männer anschauen, dann müssen wir also feststellen, daß die eigentliche Zielgruppe von Programmen zur Förderung der Teilzeitarbeit von Männern nur etwa 40% dieser Berliner Männer umfaßt, eine immer noch große Gruppe. Aber

was ist mit all den anderen? In unbefristeter Teilzeit sind 5,9% angestellt, viele sind arbeitslos oder in Ausbildung, die meisten anderen arbeiten in befristeten Beschäftigungen. Letzteres bedeutet immer wieder Unterbrechungen der Erwerbsbiographie. Dann haben wir noch die Selbständigen (9,4%). Selbständigkeit ist eine sehr breite Kategorie, unter die jemand fällt, der acht oder zehn Stunden am Tag in seinem Laden steht, häufiger aber sind Selbstständige solche ohne Angestellte (etwa eine sporadische Tätigkeit als Referent).

Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß schon sehr viele Männer unter flexiblen, prekären und diskontinuierlichen Bedingungen arbeiten. Diese Arbeitsverhältnisse ermöglichen so einigen Männern zumindest theoretisch mehr Geschlechtergerechtigkeit im Privatleben, eine andere Verteilung von Haus- und Familienarbeit. Aber der Hintergrund sind Rahmenbedingungen voller Unsicherheit. Die Patchwork-Biographien sind oft mehr erzwungen als freiwillig. In einer Situation, die von sozialer Unsicherheit geprägt ist, ist der freiwillige Verzicht auf Leistungen und Sicherheit, die durch die Berufsarbeit gewährleistet sind, sehr schwierig. Im gegenwärtigen System sind alle sozialen Sicherungssysteme an die Berufsarbeit gekoppelt. An diesem Punkt kommt wieder der Aspekt von Freiwilligkeit oder Zwang mit ins Spiel.

Eine freiwillige Veränderung setzt in der Regel eine persönliche Krise voraus. Sonst passiert nichts. Diese Struktur ist uns aus der Männerberatung gut bekannt. Die Möglichkeit zur Veränderung durch solch eine Krise setzt aber eine gewisse soziale Sicherheit und Rahmenbedingungen voraus, die einen Verzicht auf potentielle Möglichkeiten, auf Privilegien, auf Chancen zulassen. Die Angst vor dem Verlust von sozialer Sicherheit ist real. Deshalb entsteht auch keine Motivation, sich noch mehr aus dem Sozialnetz zurückzuziehen, Rentenansprüche zu reduzieren und sich durch die Teilzeit noch mehr auszugrenzen. Unter diesen Rahmenbedingungen in die Teilzeit zu gehen, ist sicherlich ein sehr schwerer Schritt.

Was bedeutet Teilzeit, wenn die Realeinkommen sinken? Was bedeutet es, weniger zu arbeiten als Honorarkraft? Dann gibt es noch ganz praktische Fragen: Wenn jemand in einem befristeten Arbeitsverhältnis steht, welche Folgen hat es dann, wenn er Elternzeit nimmt? Verlängert sich dadurch etwa der Vertrag? Die freiwillige Veränderung braucht auch auf der sozialen Ebene ein Mindestmaß an Sicherheit. In diesem Zusammenhang haben die Gewerkschaften den Begriff der „Flexicurity“ in die Debatte eingebracht.

Allgemeine Arbeitszeitverkürzung statt Teilzeit

Ich glaube nicht, daß die Förderung von Teilzeit Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen bringt. Wenn es darum geht, die Verteilung von Erwerbs- und Berufsarbeit zu verändern, würde ich auf eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung setzen. Das hat in Frankreich gut funktioniert. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung entspricht auch dem Wunsch der Hälfte der Arbeitnehmer in Ost und West. Trotz Einkommenseinbußen wünschen sie sich eine Reduzierung der wöchentlichen Berufsarbeit um mindestens drei Stunden. Das ist zunächst irritierend, da gleichzeitig kaum jemand Teilzeit arbeiten möchte. Bei dem Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung geht es aber nicht um die Verkürzung der Normalarbeitszeit, sondern um eine Annäherung an diese. Jeder zweite Mann im Osten und jeder dritte im Westen gibt an, daß er faktisch 45 bis 50 Stunden und mehr in der Woche arbeitet. (Schulze Buschoff 1999) Im Westen geben 23%, im Osten

34% der Männer 50 Stunden und mehr an, 17% (West) und 15% (Ost) geben 45 Stunden an. Diese Arbeitszeiten wünschen sich aber nur die allerwenigsten. Nur 9 bzw. 7% geben an, tatsächlich so lange arbeiten zu wollen. Der Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung hat also eher die tatsächliche 40-Stundenwoche im Visier.

Ich denke, daß eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auch einen Arbeitsmarkteffekt hätte, auch wenn das von einigen TheoretikerInnen stark bezweifelt wird. Bezüglich der Partnerschaftsarrangements muß jedoch festgehalten werden, daß Arbeitszeitverkürzungen wahrscheinlich nicht zu einem größeren Engagement von Männern im Haushalt führen würden. Allerdings entstehen durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung keine neuen Benachteiligungen. Ganz im Gegensatz dazu, wenn einzelne Arbeitnehmer in einer Organisation Teilzeit arbeiten. Wenn die ganze Organisation ihr Arbeitsvolumen generell runterfahren muß, gibt es „Nachteile“ für alle und die Arbeitskultur muß sich auf diese Situation einstellen. Für einzelne Männer entstehen keine Nachteile, egal ob sie sagen, daß sie mehr mit ihrem Kind zu tun haben wollen oder ob sie Paddeln gehen wollen. Es besteht also die Möglichkeit, daß in einer Arbeitskultur, die auf einer 30-Stundenwoche basiert, familiengebundene Menschen weniger ausgegrenzt werden.

Bei unserer Untersuchung in Verwaltungen wurde eine Gruppe von Teilzeitarbeitern befragt. Diese Gruppe von Männern arbeitet Teilzeit, um eine neue Kollegin in die Abteilung zu integrieren, was nur durch Arbeitszeitreduzierung möglich war. Die Aussagen über die Nutzung der freien Zeit ergaben ein differenziertes Bild: Der eine fing an, sein Dach auszubauen, ein zweiter hat sich qualifiziert, ein dritter ist verstärkt seinem Hobby Motorradfahren nachgegangen, ein vierter beschäftigte sich mit Computerrollenspielen und so weiter und so fort. Ein Vater war darunter, der mehr mit seiner Familie gemacht hat.

Meiner Meinung nach ist es aber nicht wesentlich, was für Motive Männer haben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Denn eine breit angelegte Reduzierung der Arbeitszeit hat auch dann gleichstellungspolitische Folgen, wenn sich im privaten Leben dadurch nichts ändert, eben weil sie Änderungen in der Arbeitskultur nach sich zieht. Für die Familienförderung steht aber nicht die Förderung von Teilzeit, sondern die Abschaffung des Ehegattensplittings an!

Prof. Dr. Stephan Höyng ist Pädagoge und lehrt an der Katholischen Fachhochschule Berlin im Studienschwerpunkt Geschlechterdifferenzierende Soziale Arbeit. Mit Dissens e.V. führt er derzeit das EU-Forschungsprojekt „Work Changes Gender“ durch. Kontakt: www.dissens.de

Literatur

- Dissens e.V. (Hg.) (1990): Der Dissens mit der herrschenden Männlichkeit. Konzept für eine aktive Patriarchatskritik, Berlin
- Karin Schulze Buschhoff (1999): Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich. Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- Christina Klenner, Claus Schäfer (2001): Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. Herausgegeben vom BMFSFJ
- Stephan Höyng, Ralf Puchert (1998): Die Verhinderung der beruflichen Gleichstellung. Bielefeld
- Helge Pross (1987): Die Männer. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Heidi Oschmiansky, Günther Schmid (2000): Wandel der Erwerbsformen. Berlin und die Bundesrepublik im Vergleich. Herausgegeben vom Wissenschaftszentrum Berlin

Irmingard Schewe-Gerigk

Die politische Sicht – Das Instrument der Männer-Teilzeit

Ich freue mich sehr darüber, daß so viele Männer hier sind. Bisher habe ich immer befürchtet, teilzeitarbeitende Männer seien eine Vorstellung und eine Vision von Frauen. Ich möchte mich zunächst zu dem von Stephan Höyng eingebrachten Thema Arbeitszeitverkürzung äußern. Mein Wunschbild von Familie, das ich vor meiner Zeit im Bundestag selbst praktizieren konnte, sieht so aus, daß Vater und Mutter jeweils 30 Stunden arbeiten, die Kinder eine qualifizierte Kinderbetreuung und Schule haben, Vater und Mutter gemeinsam für die Erziehung zuständig sind und dabei genügend Zeit bleibt, Politik zu machen oder sich auf andere Weise ehrenamtlich zu engagieren. Das ist eine Vorstellung, die mir sehr gut gefällt.

Wenn ich mir überlege, daß im letzten Jahr 1,9 Milliarden Überstunden gemacht wurden und ich vermute, daß mehr Männer als Frauen Überstunden machen, dann zeigt das, daß sich viele Männer über ein hohes Maß an Arbeit definieren, sich damit identifizieren. Dieses sich unentbehrlich machen hat auch mit Macht zu tun. Viele glauben, sie seien unentbehrlich, gar unersetzlich und genießen die ständige Präsenz und den Zugewinn an Macht.

Wie kommen wir angesichts dessen an das oben formulierte Idealbild heran? Der Top-Manager mit dem Baby auf dem Arm und der Vater, der wegen des Wunsches nach Familienzugehörigkeit und Engagement in der Familie Teilzeit arbeitet – das ist keine gesellschaftliche Realität. In der Kampagne „Mehr Spielräume für Väter“ haben wir diese andere gesellschaftliche Realität vorgestellt, um Väter zu unterstützen, in diese Richtung zu gehen. Es gibt Untersuchungen („Die Rolle des Vaters in der Familie“; Staatsinstitut für Frühpädagogik im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2001) die sagen, daß Männer sich eine aktive Vaterrolle wünschen. 20% der Männer sagen (ebenda), sie möchten gerne ihre Arbeitszeit reduzieren. Die Motivation ist mir allerdings nicht bekannt. Ich war davon ausgegangen, sie würden die Arbeitszeit reduzieren wollen, um nicht nur einseitig Erwerbsarbeit zu machen, sondern um auch innerhalb der Familie Verantwortung übernehmen zu können. Dieselbe Studie hatte zum Ergebnis, daß sich über 2/3 der Väter nicht nur als Ernährer der Familie sehen, sondern auch als Erzieher in der Familie. Das hört sich sehr hoffnungsfroh an und so stelle ich die Frage, ob sich tatsächlich ein gesellschaftlicher Wandel vollzogen hat oder ob das nur Absichtserklärungen sind. Wollen Väter tatsächlich die Zeit nutzen, um mehr Verantwortung in der Familie zu übernehmen und sich aktiv an der Erziehung und Betreuung der Kinder zu beteiligen? Die Realität sieht heute noch so aus, daß die Elternzeit, die ja sehr flexibel für Väter und Mütter ist, nur von 1,6% der Väter übernommen wird. Daran ändert sich im Augenblick offensichtlich nichts, obwohl sich die Angebote sehr verbessert haben.

Arbeitszeitverkürzung – ein großes Thema, wer packt es an?

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung wäre für mich ein ganz großes, lohnendes Thema, das gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen könnte. Doch noch nicht einmal die Gewerkschaften haben das derzeit auf ihrer Agenda. Für mich ist das ein Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich hätte mir gewünscht, daß man im Bündnis für Arbeit vereinbart hätte, daß zwar nicht 100% dieser 1,9 Milliarden Überstunden in offizielle Arbeitsverhältnisse übertragen werden können, aber – sagen wir mal – 20%. Das wäre doch ein großer Fortschritt.

Bei VW gibt es das Modell der 4-Tage-Woche, um Arbeitsplätze zu sichern. Für die betroffenen Männer stellte sich gleich die Frage, was sie denn mit dem gewonnenen Tag anfangen sollten. Da wurde angeführt, daß dieser Tag für die Freizeit genutzt würde und das sei ziemlich kostspielig und somit problematisch. Es war nicht in den Köpfen, wie wunderbar es wäre, diesen freien Tag zu nutzen, um sich in die Familie einzubringen, damit man gemeinsam mehr Zeit hat. Ich habe den Eindruck, daß für Männer Zeitgewinn sofort mit Freizeit verbunden wird, um auf's Fußballfeld zu gehen oder andere Dinge zu tun.

Der oben erwähnten Studie zufolge (BMFSFJ, 2001, s.o.), wollen Väter keine Wochenendväter sein, die darauf reduziert werden, Geld nach Hause zu bringen. Sie möchten Verantwortung übernehmen. Wenn diese Aussage stimmt, dann muß das gefördert werden. Unternehmen müßten ja mittlerweile erkannt haben, daß sie Wettbewerbsvorteile haben, wenn Väter und Mütter zufrieden im Unternehmen arbeiten können, weil die Vereinbarung von Familie und Beruf durch das Unternehmen gewährleistet ist. Ich glaube, daß neben der Leistungsmotivation für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch familienunterstützende Maßnahmen in den Betrieben erforderlich sind und daß Führungskräfte hierbei von besonderer Bedeutung sind. Wenn auch in Führungspositionen Arbeitszeit reduziert werden kann, dann hat das Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis und die –hierarchie. Heute sind 90% der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Und 65% der beschäftigten Frauen in den alten Bundesländern entscheiden sich für diese Teilzeit aus familiären Gründen. In den neuen Ländern hingegen sind es 21%. Da ist die Selbstverständlichkeit, erwerbstätig zu sein, sehr viel höher.

Rot-Grün und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Also was ist zu tun? 1,6% Väter in Elternzeit sind zu wenig, da sind wir uns einig. Wie können wir Motivation schaffen? Wir wissen, daß Frauen heute gut, zum Teil besser qualifiziert sind als Männer und trotzdem gibt es die Ungleichheit am Arbeitsmarkt, herrscht eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung. Frauen tragen die Hauptlast und Hauptverantwortung für die Familie. Es existiert noch immer das Modell, wonach der Vater das Familieneinkommen erwirtschaftet und die Mutter zusätzlich erwerbstätig sein darf, wenn sie dabei ihre Familienpflichten nicht vernachlässigt.

Heute jährt sich zum 25. Mal der Tag, an dem in der alten Bundesrepublik ein Gesetz in Kraft trat, nachdem Männer ihren Ehefrauen nicht mehr verbieten konnten, erwerbstätig zu sein. Bis 1977 konnten Männer verlangen, daß ihre Frauen nicht erwerbstätig sind, weil das mit den Familienpflichten unvereinbar ist. 25 Jahre sind keine lange Zeit. Und es hat sich eine Menge getan! Qualifizierte Frauen wollen auf den Arbeitsmarkt. Sie wollen sich nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen; sie wollen beides. Väter wollen sich auch nicht allein auf den Beruf beschränken. Wir hören von vielen Vätern, daß die Berufsarbeit nicht ihre ausschließliche Lebensperspektive sein soll, daß sie auch in der Familie etwas leisten wollen.

Damit diese Wünsche sich erfüllen und diese Rollenveränderung möglich wird, muß Politik Rahmenbedingungen schaffen. Rot-Grün hat eine Menge Gesetze geändert und auf den Weg gebracht. Allerdings sehe ich die Auswirkungen noch nicht. Die Menschen müssen erst einmal wissen, was das mit ihnen zu tun hat, bevor sie diese Gesetze in Anspruch nehmen. Zum Beispiel das Erziehungsgeld. Da besteht die Möglichkeit, daß während der Elternzeit (dem früheren Erziehungsurlaub) Väter und Mütter bis zu 30 Stunden erwerbstätig sein können, und daß beide Elternzeit nehmen können und das Erziehungsgeld erhalten. Wir dachten, das sei ein gutes Angebot insbesondere für Väter, die nicht aus dem Beruf aussteigen, aber ihre Arbeitszeit reduzie-

ren wollen. Bisher sind die Zahlen zur Neuregelung nicht besonders positiv. Das Angebot wurde kaum von Vätern angenommen.

Es gibt allerdings in der grünen Bundestagsfraktion eine Reihe von Mitarbeitern, die die Elternzeit nehmen. Nun sind die Grünen in dieser Sache vielleicht ein bißchen fortschrittlicher, so daß vermutet werden kann, daß die Gesamtgesellschaft dem Trend folgt. Daneben gibt es auch die Möglichkeit, bis zum achten Lebensjahr des Kindes das dritte Erziehungsjahr zu nehmen. Das ist eine gute Lösung für eine individuelle Lebensgestaltung und die Balance zwischen Berufstätigkeit und Familienarbeit. Mit diesem Gesetz wollten wir insbesondere Väter ermutigen und wir hoffen, daß sich in den nächsten Jahren in diesem Bereich viel ändert. Weiterhin gibt es ein allgemeines Teilzeitgesetz, in dem wir eine EU-Richtlinie umsetzen, wonach auch dann ein Rechtsanspruch auf Teilzeit besteht, wenn der Betrieb nicht besondere betriebliche Gründe anführen kann, die gegen eine Reduzierung sprechen. Dieses Recht nehmen bisher hauptsächlich Frauen in Anspruch.

Bisher wurde viel zu wenig an die Kinder gedacht

Die Frage ist: Woran liegt das und wie können wir das verändern? Die Balance zwischen Arbeit, Familie und Leben zu schaffen, ist eine gemeinsame und partnerschaftliche Aufgabe. Die Betreuungsangebote hatte ich schon angesprochen. Die sind notwendig, selbst wenn Väter und Mütter sich die Zeiten teilen, in denen sie zu Hause sind. Die sind notwendig, weil Kinder Kinder brauchen. Bisher wurde viel zu wenig an die Kinder gedacht. Kinder müssen bei der vorschulischen Erziehung gefördert werden, sie müssen Anregungen bekommen. Sie brauchen andere Kinder, da sie immer häufiger aus Ein-Kind-Familien stammen. Ich habe den Eindruck, daß sich das Vorurteil, Väter und Mütter wären Rabeneltern, wenn sie ihre Kinder früh in Betreuung geben, weitgehend abgeschwächt hat.

Eine Familie zu haben, ist für Väter ein Vorteil im Job. Es gibt eine Studie vom Deutschen Jugendinstitut, die belegt, daß Väter bei Beförderungen bevorzugt werden, weil Männer in der Ernährerrolle das Geld dringender brauchen. Mütter werden benachteiligt. Frauen werden als potentielle Mütter wahrgenommen, unabhängig davon, ob sie tatsächlich Mütter werden wollen oder nicht. Es wird angenommen, daß sie häufiger fehlen, wenn die Kinder krank sind. Damit sind sie nicht zu 100% einsetzbar. Um dieses Vorurteil, diese Einstellung zu ändern, sollten Väter ihre kranken Kinder betreuen, so daß der Arbeitgeber nicht mehr weiß, ob der Vater oder die Mutter ausfällt. Dadurch wird das Risiko des Arbeitsausfalls besser verteilt. Viele Frauen verzichten bewußt auf Kinder. In den hochqualifizierten Berufen sind es bis zu 40% der Frauen.

Ich glaube auch, daß man ganz dringend das Ehegattensplitting verändern muß! Dem liegt immer noch das alte Modell des Haupternährers zugrunde. Da ist der Mann, der verdient, der muß die Familie ernähren und deshalb müssen die Steuern so weit reduziert werden, daß es sich lohnt, daß die Frau zu Hause die Familienarbeit leistet. Bei hohen Einkommen sind das bis zu 1000 Euro Steuerersparnis im Monat. Da brauchen wir dringend eine Änderung. Einerseits, um das Gesellschaftsbild zu verändern und andererseits, um eine Steuergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern hinzubekommen.

Grüne Forderungen: Mehr Geld für Eltern und einen Vaterschaftsurlaub

Wenn Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht Teilzeit arbeiten, um Kinder zu erziehen oder alte Menschen zu pflegen, dann muß man für diese Zeit ihr Einkommen aufstocken. Das, was man mit der Rentenreform jetzt vorgemacht hat, wenn für Eltern bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder die Rentenbeiträge aufgestockt werden, das muß auch für die aktuelle Erwerbsarbeit gemacht werden. Denn gerade da fehlt das Geld. Wenn das Einkommen vorher von zwei Personen für zwei Personen erwirtschaftet worden ist und dann sind nach der Geburt drei Leute da, verdienen tut aber nur noch einer oder anderthalb, dann ist schon großer Mangel in der Kasse. Ich bin der Meinung, daß das Geld in diesem Fall aufgestockt werden muß. Wenn die Eltern Teilzeit arbeiten, sollte das auch von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, da ein oder ein halber Arbeitsplatz frei wird. Das hat ja auch einen Arbeitsmarkteffekt. Ich denke, das ist eine gute Idee.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen haben noch einen anderen Vorschlag gemacht, wie Väter näher an die Erziehungsarbeit herangeführt werden könnten. Wie in Skandinavien und Frankreich soll es einen Vaterschaftsurlaub geben, für zwei Wochen direkt nach der Geburt des Kindes. Der sollte aus Staatsmitteln finanziert werden, also nicht wie sonst bei solchen Leistungen üblich über die Krankenversicherung. So ein Vaterschaftsurlaub ist eine gute Möglichkeit für Männer, sich auf ihre künftige Rolle vorzubereiten. Sie können nah bei der Familie zu sein und die Frau in dieser Zeit unterstützen.

Was ist mit den Männern, die keine Väter sind und weniger arbeiten wollen? Soll die der Staat finanziell unterstützen? Da bin ich dagegen. Aber abgesehen von der finanziellen Frage ist die Bewußtseinsänderung wichtig. Im Wissenschaftsbetrieb arbeiten eine Reihe von Menschen 20 Wochenstunden, aber nicht weil sie 20 Stunden arbeiten möchten, sondern weil die Arbeitsverträge so sind. Natürlich kann ich mir denken, daß jemand, der oder die eine Weiterbildung machen möchte, sehr gerne auf solche Möglichkeiten (halbe Stelle) zurückgreift. Aber ich finde Arbeitszeitkonten für diejenigen, die keine Familienpflichten haben, sehr viel effektiver. Es ist ja absolut legitim, sich eine Auszeit von einem Vierteljahr zu nehmen und etwas zu tun, was man schon immer gerne tun wollte. Auf jeden Fall möchte ich differenzieren, ob Teilzeit in Anspruch genommen wird, um für eine bestimmte Zeit Familienpflichten zu übernehmen oder ob andere Motive zugrunde liegen. Die Teilzeitarbeit für die Familie sollte vom Staat finanziell unterstützt sein. Die Teilzeitarbeit aus anderen Gründen muß der Staat nicht honorieren.

*Irmingard Schewe-Gerigk ist in der dritten Legislaturperiode Mitglied des Bundestages für Bündnis90/Die Grünen. Die ehemalige Regierungsangestellte ist Frauen- und altenpolitische Sprecherin.
www.schewe-gerigk.de*

9. Geschlechterdemokratischer Dialog

Geschlechterdemokratie in der Außen- und Sicherheitspolitik: Utopie und Wirklichkeit

26. November 2002

Cilja Harders

**Konzeptionelle Ansätze von Gender Mainstreaming in der Außen-
und Sicherheitspolitik**

Alfred Grannas

Umsetzung von Gender Mainstreaming im Auswärtigen Amt

Hans-Heinrich Wrede

Umsetzung von Gender Mainstreaming in der UNESCO

Ungleichheiten der Geschlechter im Zugang zu den materiellen und immateriellen Ressourcen einer Gesellschaft sind nicht nur ein Demokratieproblem, sondern auch ein Sicherheitsproblem. Diese Perspektive der feministischen Diskussion um Geschlecht, Gewalt und Sicherheit bildet den Ausgangspunkt für den 9. Geschlechterdemokratischen Dialog. Cilja Harders berichtet über Geschlechterverhältnisse in Kriegs- und Friedenszeiten: Welche Frauen- und Männerbilder existieren in der Außen- und Sicherheitspolitik? Inwiefern werden bestimmte Formen von Männlichkeit und Weiblichkeit durch die Militarisierung der Gesellschaft und durch Kriegsführung produziert? Alfred Grannas und Hans-Heinrich Wrede berichten über den Stand der Umsetzung von Gender Mainstreaming im Auswärtigen Amt und bei der UNESCO.

Cilja Harders

Konzeptionelle Ansätze von Gender Mainstreaming in der Außen- und Sicherheitspolitik

1. Definition und Konzept von Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen: Frauen und Männer sind in keiner Gesellschaft dieser Welt gleichgestellt. Das wissen Feministinnen schon lange und jetzt ist es auch amtlich. Die Vereinten Nationen haben im Oktober 2002 einen Bericht zur Situation von Frauensicherheit und Frieden herausgebracht¹, der diese Erkenntnis enthält. Daß der Generalsekretär dies festgestellt hat, ist sehr wichtig für die politischen Strategien, die wir entwickeln können. Von daher ist es auch ein großer Fortschritt, daß bei den UN öffentlich festgestellt wurde, daß die Lage so ist.

Gender Mainstreaming ist das Produkt der Anstrengungen und Kämpfe der internationalen Frauenbewegung, die sich auf lokaler und nationaler Ebene für Geschlechtergerechtigkeit, Emanzipation und Geschlechterdemokratie eingesetzt hat. Ich benutze die Wörter hier neben einander um zu zeigen, daß dies eine der Perspektiven ist, für die feministische Politik steht, obwohl es natürlich Differenzen und unterschiedliche Einschätzungen gibt.

Für mich ist Gender Mainstreaming eine Methode und eine Perspektive. Mit ihr können verschiedene Ziele verfolgt werden. Konsens besteht jedoch (auch in den offiziellen Dokumenten), daß das Ziel die Herstellung von Chancengleichheit ist. Aus meiner Sicht erlaubt Gender Mainstreaming, die Situation von Frauen zum Ausgangspunkt zu nehmen und sie zugleich als ein gesamtgesellschaftliches Problem, als Demokratie-Defizit zu betrachten. Das wiederum bedeutet, daß Diskriminierung und Ungleichheit nicht Frauenprobleme sind, sondern das Problem aller, die sich für umfassende Demokratie und Gerechtigkeit einsetzen. Deshalb bietet Gender Mainstreaming für mich neue Formen von Bündnispolitik. Gender Mainstreaming ist kein Selbstläufer. Man kann es deklarieren, was allenthalben auch getan wird, aber dann muß es in Organisationen und Institutionen konkret umgesetzt werden. Vor Ort muß es Akteurinnen und Akteure geben, die sich für dieses Ziel einsetzen.

Grundsätzlich kann man beim Gender Mainstreaming verschiedene Ebenen unterscheiden: Auf der institutionellen Ebene geht es um Personalpolitik, Verwaltungsreform, Bewertung und Bezahlung von Arbeit, Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung in Institutionen, die Zusammensetzung von Delegationen, Leitlinien in der Zusammenarbeit mit Partner- und Empfängerorganisationen etc.

Dann gibt es die Ebene der Personen, der Akteure und Akteurinnen in den Institutionen, in den NGO's, in den Friedenstruppen, in den UN-Organisationen: Welches Gender-Wissen gibt es? Welche Auswirkungen hat das auf die Entscheidungen? Gibt es Möglichkeiten der individuellen Förderung zum Beispiel von Frauen in Führungspositionen und von Männern in der Rolle als verantwortliche Väter?

Und drittens geht es um die Ebene der Konzepte, auf die ich im folgenden etwas ausführlicher eingehen will.

2. Gender Mainstreaming in der Außen- und Sicherheitspolitik

¹ UN (2002): Report of the Secretary-General on Women, Peace and Security, New York: United Nations Security Council, S/2002/1154

Gravierende Ungleichheiten der Geschlechter im Zugang zu den materiellen und immateriellen Ressourcen einer Gesellschaft sind nicht nur ein Demokratietheorieproblem, sondern auch ein Sicherheitsproblem. Das ist zumindest die Perspektive der feministischen Diskussion um Geschlecht, Gewalt und Sicherheit, die ich hier erläutern möchte, bevor wir am Beispiel des AA und der UNESCO konkreter werden.

Feministische Konzepte

Ein feministischer Blick auf Sicherheitsfragen schafft konzeptionelle Erweiterungen:

1. Auf den **Kriegsbegriff**: Was ist Krieg und was ist Frieden? Ausgangspunkt ist der Blick aus der scheinbar privaten Sphäre auf die Welt, nämlich vom Standpunkt der häuslichen Gewalt gegen Frauen. Weltweit sind zwischen 10 und 50 Prozent aller Frauen mindestens einmal in ihrem Leben von häuslicher Gewalt durch einen Partner betroffen.¹ Vom Blickpunkt der häuslichen Gewalt hört Sicherheit in den allermeisten Staaten der Welt für Frauen an ihrer eigenen Haustür oder auf der Straße auf. Aus feministischer Sicht ist das keine Sicherheit. Wenn häusliche Gewalt und andere Formen sexualisierter Gewalt von Regierungen nicht als elementare Sicherheits- und Demokratietheorieprobleme wahrgenommen werden, dann kann das Ausmaß dieser Gewalt dazu führen, daß auch in Friedenszeiten Unfrieden den Alltag von Frauen prägt. Wir wissen, daß in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen diese Formen der nur scheinbar privaten Gewalt extrem zunehmen. Sie enden auch nach dem Abschluß offizieller Friedensverhandlungen nicht. Auch die Stationierung ausländischer Friedenstruppen kann manchmal nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems werden, wenn Prostitution und sexuelle Ausbeutung im Umkreis der Truppen zunehmen, genauso wie die Heimkehr demobilisierter Soldaten das Ausmaß häuslicher Gewalt meistens drastisch ansteigen läßt. Aus dieser Sicht heraus ist deutlich, daß ein Friedensvertrag oder die äußere Sicherheit, die in den internationalen Beziehungen als Maßstab gilt, nicht ausreichend sein kann. Solange keine Sicherheit und kein Frieden auch in der privaten Sphäre für sehr viele Frauen und Kinder existiert, können wir nicht von Sicherheit in einem umfassenden Sinn sprechen. Diese konzeptionelle Erweiterung schlägt die feministische Perspektive vor.

2. **AkteurInnen statt Staaten**: Bei der Akteurinnen-Perspektive geht es nicht nur um die unterschiedlichen Folgen von Krieg und Gewalt für Frauen und Männer, sondern auch um die Differenz unter Frauen. Auf der individuellen Ebene werden die widersprüchlichen Involviertheiten von Frauen zum Beispiel im internationalen Kriegsgeschehen sichtbar. Frauen sind Trägerinnen einer Kriegskultur, ebenso wie sie die Opfer einer solchen Kultur werden können. Sie können Soldatinnen einer Armee sein, die vielleicht andere Frauen in die Flucht zwingt. Soldatinnen können Opfer sexueller Belästigung innerhalb der Armee werden, genauso wie Zivilistinnen Opfer sexualisierter Gewalt im Rahmen kriegerischer Handlungen werden können. Das heißt, wir können nicht von irgendeiner essentiellen Friedfertigkeit von Frauen ausgehen. Wir können auch nicht davon ausgehen, daß Frauen von diesen Formen der geschlechtsspezifischen Gewaltausübung überall, an jedem Ort der Welt, immer gleich betroffen sind. Aber Frauen haben – das ist ein soziales und kein essentielles Phänomen – in den allermeisten Gesellschaften einen eingeschränkteren Zugang zu Gewaltmitteln. Sie können daraus eine andere Perspektive auf Krieg

¹ UN (2002): The Worlds Women 2000: Trends and Statistics, Table 6.C: Physical abuse against women by an intimate partner, <http://unstats.un.org/unsd/demographic/ww2000/table6c.htm>, WHO 2000: Violence Against Women, <http://www.who.int/inf-fs/en/fact239.html>

und Gewalt entwickeln. Sie machen spezifische Erfahrungen, die ernst genommen werden müssen, ohne daß Geschlechterstereotypen reproduziert werden dürfen.

3. **Kontroverse feministische Strategien:** Diese Erkenntnisse haben innerhalb der feministischen Debatte zu sehr kontroversen Perspektiven geführt. Zum einen stellt sich die Frage, wie sich das Militär, die Armee so reformieren läßt, daß geschlechtergerechte friedenserhaltende Maßnahmen möglich sind. Eine andere Perspektive ist, wie sich die Gesellschaft so verändern läßt, daß wir insgesamt auf Gewalt als Mittel der Austragung von Konflikten verzichten können. Eine dritte Position bemüht sich stark darum, Frauenperspektiven in diesen Prozessen überhaupt erst sichtbar zu machen. Eine vierte Position warnt davor, anzunehmen, daß so etwas wie „Frauen“ oder „Männerperspektiven“ in einheitlicher Weise überhaupt gibt.

3. Die Zuweisung von Geschlechterstereotypen

Auf der Ebene der Perzeption und Bilder regieren aus meiner Sicht Stereotypen, die bekannt sein dürften. Einmal haben wir das Phänomen, daß der Krieg, die internationalen Beziehungen, die Diplomatie, die Missionen überwiegend männlich sind. Soldaten, Terroristen, Staatsmänner sind fast immer Männer. Auf der anderen Seite, meistens der weniger sichtbaren Seite, stehen die Frauen, die sehr häufig Opfer sexualisierter Gewalt in Kriegen werden, die die weltweit größte Gruppe der Flüchtlinge stellen, die überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind und von Besitz und politischen Rechten ausgeschlossen werden.

Es ist interessant, daß „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ im Krieg nicht so stark diskutiert werden, obwohl sehr häufig Geschlechterfragen im Zentrum der Begründung von Gewalt stehen. Denn es geht meistens um den „Schutz von Frauen und Kindern“ und um die Verteidigung nationaler Identität und Souveränität. Diese Konstruktionen sind eng verknüpft mit bestimmten dichotomen Geschlechterbildern. Gerade nationalistische Politik arbeitet oft mit stark zugespitzten Geschlechterstereotypen, die auch die Anwendung von Gewalt begründen können.

Die wichtigsten Stereotypen bzw. wichtigsten Bilder sind der Soldat und der Staatsmann auf der einen Seite und die „schöne Seele“ und die Kriegermutter auf der anderen Seite. Soldat und Staatsmann sind der politische und militärische Arm des Nationalstaates, der über diese beiden Mittler in den internationalen Beziehungen agiert. Denen ist die „schöne Seele“ beigelegt, d.h. die Frau als Trösterin, als essentiell friedfertige, die den nach Hause kehrenden Krieger resozialisiert – was Frauen ja auch sehr häufig tun. Oder aber die Kriegermutter, die Männer und Söhne im Krieg schickt und damit die Ausübung von Gewalt unterstützt. Dafür gibt es ganz viele Beispiele: nicht nur die NS-Kriegsverbrecherinnen, sondern auch Frauen in Ruanda oder Jugoslawien waren und sind Trägerinnen einer Kriegskultur. Sie unterstützten ihre Männer, in den Krieg zu ziehen. Sie sind bereit, für patriotische Ziele ihr Leben und das ihrer Männer und Söhne zu opfern. Sie üben Gewalt aus. Ulrike Wasmuth nennt das „das weibliche Gesicht des Krieges“¹.

Wir dürfen also nicht den Fehler machen zu denken, daß Krieg und Gewalt reine Männersache sind. Die entgegengesetzten Geschlechterstereotypen hängen zusammen und man braucht beide, um eine militaristische Kultur zu begründen. Das Eine geht ohne das Andere nicht. Das Bild des aggressiven, kämpferischen, männlichen Soldaten kann es nicht geben ohne die imaginiert friedfertige, weiche Frau. Dies reicht sogar in rein männliche Institutionen wie das Militär hinein: so werden beispielsweise hierarchische Abstufungen in der Wahrnehmung von Marinefliegern und den sie unterstützenden Soldaten in der US-Armee auch geschlechterstereotyp konstruiert. Die

¹ Wasmuth, Ulrike 2002: Warum bleiben Kriege gesellschaftsfähig? Zum weiblichen Gesicht des Krieges, in: Harders/ Roß (Hg.), S. 87-103

Piloten sind die „echten Männer“, die Soldaten an Bord der Flugzeugträger die weichen, schwachen „Versorger-Würstchen“.¹

Ein Beispiel aus Bosnien zeigt, wie sich geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen äußern: „Frauen waren im Krieg mobilisiert und auch bewaffnet, aber die Mehrheit der Kämpfer waren Männer. Das gilt auch für die führenden Politiker. Die Gewalt organisierenden Institutionen waren also männerdominiert und bemannt. Während der ethnischen Säuberungen wurden Frauen und Männer unterschiedlichen Schicksalen unterworfen. Männer wurden oftmals eingekerkert, sehr häufig und in großer Zahl ermordet. Frauen hingegen wurden vermehrt terrorisiert, demoralisiert oder zur Flucht gezwungen. Sexueller Mißbrauch und Folter wurden legitime Praktiken in dieser Vertreibungspolitik.“² Das Gleiche konnte man in Ruanda sehen wie die Studie von Gabriele Zdunnek zeigt Das Töten war geschlechtsspezifisch organisiert: So wurden zunächst junge Tutsi-Männer und männliche Kinder systematisch ermordet, um die nachwachsende Generation der bekämpften Nation zu zerstören und anschließend Frauen sexuell versklavt.³ Das sind verschiedene Schritte und verschiedene Arten von Gewalt, die die Geschlechter unterschiedlich betreffen. Cynthia Cockburn⁴ hat in der oben zitierten Studie zusammen mit bosnischen Frauengruppen heraus gearbeitet, daß diese Form von geschlechtsspezifischer Gewaltzuweisung in der Nachkriegszeit nicht aufhört, sondern daß sich in Bosnien Nachkriegskriminalität mit nationalistischer Politik und bestimmten Männlichkeitskonstruktionen sehr gut verbindet.

4. Konzepte einer geschlechtergerechten Außen- und Sicherheitspolitik

Was heißt das konkret für Konzepte einer geschlechtergerechten Außen- und Sicherheitspolitik? Eine Orientierung der Außenpolitik an Menschenrechten, insbesondere an den Menschen- und Frauenrechtskonventionen, gibt es bereits. Auch die Anlehnung an UN-Dokumente und –Resolutionen kann hilfreich sein. In der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen wird zum ersten Mal festgestellt, daß ein Verstehen der Rolle von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten elementar für die Schaffung von Frieden ist. Ich glaube, es gibt ganz viele Möglichkeiten, Informationen zu nutzen und sich auf internationale Diplomatie, auf internationales Recht zu berufen, um vor Ort und ganz konkret Geschlechtergerechtigkeit in praktische Politik umzuwandeln. Es erhöht auch die Legitimität von Reformprozessen, etwa, wenn es in den konkreten Institutionen (wie dem Auswärtigen Amt oder der UNESCO) darum geht, Gender Mainstreaming umzusetzen.

¹ Barrett, Frank J. (1999): Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit in Organisationen: das Beispiel der US-Marine, in: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth 1999 (Hg.): Soziale Konstruktion. Militär und Geschlechterverhältnis. München, S.71-91

² Cockburn, Cynthia; Hubic, Melilha (2002): Gender and the peacekeeping military: a view from Bosnian women's organizations, in: Cockburn, Cynthia; Zarkov, Dubravka (ed.) 2002: The Postwar Moment. Militaries, masculinities and International Peacekeeping. Bosnia and the Netherlands, London: Lawrence and Wishart, S. 103-121

³ Gabriele Zdunnek (2002), Akteurinnen, Täterinnen und Opfer – Geschlechterverhältnisse in Bürgerkriegen und ethnisierten Konflikten, in: Cilja Harders, Bettina Roß (Hg.), Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen, Opladen, S. 143 – 161

⁴ Cockburn, Cynthia; Zarkov, Dubravka (ed.) (2002): The Postwar Moment. Militaries, masculinities and International Peacekeeping. Bosnia and the Netherlands, London: Lawrence and Wishart

Ein anderer Anknüpfungspunkt ist das Konzept von Human Security, von menschlicher Sicherheit.¹ Dies ist ein ganz breites Konzept von Sicherheit, das feministische Diskussionen aufnimmt oder durch feministische Debatten vorweggenommen worden ist. Einen weiteren Beitrag leistet die kritische Männerforschung. Sie fragt danach, wie Männlichkeiten so verändert werden können, daß sie nicht hauptsächlich daraus konstruiert werden, daß Frauen abgelehnt und als minderwertig betrachtet werden.² Dazu gehört unter dem Stichwort Demobilisierung, daß Soldaten, die nach Hause kommen, die Zuweisung von harter, aggressiver Männlichkeit und die Praxis des Krieges, die ja auch für viele Männer traumatisierend und grauenvoll ist, verarbeiten und ein solches Verhalten wieder ablegen. Demobilisierung heißt nicht nur, die Waffen abzugeben.

5. Ansätze von Gender Mainstreaming in der Außen- und Sicherheitspolitik

Zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Außen- und Sicherheitspolitik sind nach Cynthia Enloe, die schon seit 20 Jahren zu diesem Themen arbeitet, zwei Fragen zu stellen. **Wo sind die Frauen?** (Das ist eine Frage, die sich immer lohnt zu stellen und zu beantworten.) Und: **Wo sind die Männer und warum?** Das ist alles, was wir brauchen, um anzufangen, konkrete veränderte Politik zu machen. Dies kann sowohl in der Behörde oder beim peace keeping geschehen oder beim Roten Kreuz, mit der Frage, an wen Zelte, Tampons, Decken oder Reis verteilt werden. Das ist meine Sicht von Gender Mainstreaming.

Die Möglichkeiten einer solchen Politik der Einbeziehung und des Perspektivwechsels sind meiner Meinung nach noch lange nicht ausgeschöpft. Wir wären ein großes Stück weiter, wenn international vergleichende Daten zur Situation von Frauen und Männern vorliegen. Da hat sich einiges getan, aber viele Bereiche, unter anderem der der Gewalt gegen Frauen liegen noch brach. Diese Forderung besteht seit mindestens 15 Jahren und noch immer liegen diese Daten nicht vor. Es wäre beispielsweise ein echter Erfolg, wenn für jeden Einsatz von Friedenstruppen eine Studie wie die von Cynthia Cockburn und Meliha Hubic in Bosnien erstellt würde, wo bosnische Frauengruppen nach dem Krieg und während der Stationierung der Truppen befragt wurden, was sie von der Friedenstruppe erwarten; wie sie diese wahrnehmen; wie aus Sicht von Frauen, die sich für Friedensprozesse jenseits der ethnischen Gräben engagieren, Friedenstruppen nützlich sein könnten. Solche Studien sollten in jedem Land, in denen Friedenstruppen stationiert sind, durchgeführt werden. Ihre Ergebnisse sollten in die jeweilige Politik einfließen. Lokale Frauengruppen sollten als zentrale Akteurinnen ernst genommen werden, um ihre Ideen und Potentiale zur Demokratisierung von Geschlechtern und eine Geschlechtersensibilisierung von Truppen zu sehen und umzusetzen. Selbstverständlich hängt die Glaubwürdigkeit humanitärer Hilfe auch davon ab, daß die Akteure sich in keiner Weise an Gewalt gegen Frauen und an ihrer sexuellen Ausbeutung beteiligen. Im Bereich der Friedenstruppen haben wir damit ein systematisches Problem, weil Übergriffe und sexuelle Belästigung von Soldatinnen im Militär häufig nicht geahndet und nicht ernst genommen werden.

Ich habe zugleich den Eindruck, daß seit der Verabschiedung von CEDAW³ 1979 enorme Fortschritte erzielt wurden: Die Vereinten Nationen haben festgestellt, daß Frauen und Männer in

¹ UNDP (1994): New Dimensions of Human Security, New York: Oxford University Press

² Connell, Robert (2002): Masculinities, the reduction of violence and the pursuit of peace, in: Cockburn, Dubravka 2002, S. 33-40

³ CONVENTION ON THE ELIMINATION OF ALL FORMS OF DISCRIMINATION AGAINST WOMEN (1979 verabschiedet von der UN-Generalversammlung)

keiner Gesellschaft dieser Welt gleichgestellt sind! Diese Erkenntnis ist für Feministinnen natürlich nicht neu, aber daß sie gebündelt in eine UN-Resolution fließen und der Generalsekretär einen Bericht dazu abliefern, das sind ganz wichtige Anknüpfungspunkte für Politik – sowohl von Frauenorganisationen als auch der Bundesregierung. Die Bundesregierung kann während Deutschlands Mitgliedschaft im Sicherheitsrat diese Erkenntnisse ernst nehmen, sich auf die Resolution beziehen, ihre Mitgliedschaft nutzen, um eine solche Politik unter Berufung auf internationale Standards zu befördern. Zugleich kann sich die Frauenbewegung auf diese Standards beziehen, wenn sie Forderungen entwickelt. Das erleichtert die Argumentation sehr, weil wir nicht mehr erklären müssen, warum wir das wichtig finden. Wir steigen auf einem viel höheren Niveau ein. Deshalb sind UN-Dokumente nicht nur Papier und deshalb ist damit aus meiner Sicht sehr viel erreicht.

Damit die Umsetzung von Gender Mainstreaming nicht zur Formalität wird, benötigen wir in den Behörden und auch in der Zivilgesellschaft Frauen und Männer, die sich dafür einsetzen, weil – wie erwähnt – Gender Mainstreaming kein Selbstläufer ist und die klassische Frauenförderung nicht ersetzt. Denn Gender Mainstreaming und andere Formen emanzipatorischer Politik sind an Bedingungen geknüpft, die sich in lokale politische Kontexte einbindet.

Abschließend möchte ich noch eine Bemerkung zu den Folgen einer Einbeziehung von Frauen-Menschenrechten in die Außenpolitik machen. Denn die Sicherung von Frauen- und Menschenrechten interveniert genauso wie humanitäre Intervention in lokale Machtverhältnisse und muß sich damit Fragen nach Kulturrelativismus oder –imperialismus, nach legitimer Intervention stellen. Ich finde, wir dürfen uns aus feministischer Sicht dieser politischen und moralischen Diskussion nicht entziehen, indem wir sagen, daß das Elend der Frauen jede Maßnahme rechtfertigt. Nicht nur die Diplomaten müssen fragen, wo die Frauen und wo die Männer sind. Sondern auch die Frauenbewegung muß, wenn sie diese Form von Intervention gutheißt, danach fragen, was ist der Ort bzw. die Position, von wo aus wir eigentlich sprechen. Das bedeutet auch, daß der Einsatz für Frauen-Menschenrechte instrumentalisiert werden kann, wie in der Afghani-standebatte ja geschehen.

Auf der konzeptionellen Ebene bleibt für mich ein umfassender Sicherheitsbegriff die Grundlage für alle weiteren Diskussionen. Ein Sicherheitsbegriff, der physische und psychische Sicherheit umschließt, der die Einhaltung sozialer, politischer und ökologischer Menschenrechte bedeutet und der den Bereich des scheinbar Privaten systematisch einschließt.

Cilja Harders ist Juniorprofessorin für Politikwissenschaft und Geschlechterforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Sie hat Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik in Freiburg, Kairo und Hamburg studiert. Danach arbeitete sie als Bildungsreferentin der Heinrich-Böll-Stiftung in Hamburg und als wissenschaftliche Assistentin an der Universität Münster bei Prof. Brigitte Young und ist seit Oktober 2002 Juniorprofessorin an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Uni Bochum.

Alfred Grannas

Umsetzung von Gender Mainstreaming im Auswärtigen Amt

Ich freue mich, einen Beitrag dazu zu leisten, was tatsächlich in Sachen Gender Mainstreaming in der Außen- und Sicherheitspolitik passiert. Ich muß leider gleich zu Anfang gestehen, daß es etwas weiter weg von den gerade vorgetragenen Zielen und dem wissenschaftlichen Hintergrund sein wird, denn die Anfänge im AA sind eben Anfänge.

Nachdem die entsprechenden Grundlagen durch Amsterdamer Vertrag und Kabinettsbeschlüsse gelegt wurden, hat Ende 2000 auch im Auswärtigen Amt die Implementierung von Gender Mainstreaming begonnen. Beauftragter für Gender Mainstreaming im Auswärtigen Amt wurde der Leiter des Ministerbüros. Strukturen wurden geschaffen, die ihm zuarbeiten.

Aus der Entwicklungszusammenarbeit, die etwas konkreter mit den Menschen vor Ort arbeitet, sind Notwendigkeit und Nutzen eines geschlechtersensiblen Vorgehens bekannt. Wenn Kleinstkredite vergeben werden, ist es sehr sinnvoll und für jeden einsehbar, daß man auch danach fragt, wer das Geld abholt, wer es vernünftig verwaltet und wer in den Familien für das Management der Familie zuständig ist.

In diesem Bereich erschließt sich das einem sehr schnell. Im Bereich der Außenpolitik ist es oft etwas schwieriger, geschlechterspezifisches oder geschlechtersensibles Handeln und Möglichkeiten der Umsetzung identifizieren zu können. Wenn man in der Zentrale im Auswärtigen Amt sitzt, ist man weiter weg vom Menschen und von konkreten Projekten vor Ort. Das Abstraktionsniveau ist sehr hoch und es erschließt sich einem nicht automatisch, wo hier die Möglichkeiten liegen. Dennoch gibt es sehr gute Möglichkeiten, gerade in der Sicherheitspolitik. Mittlerweile sieht man auch hier ein, daß von Krisensituationen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Gewalt Frauen und Männer unterschiedlich betroffen und in sie einbezogen sind. Man beginnt langsam, Konsequenzen aus dieser Einsicht zu ziehen, indem vor allem die TeilnehmerInnen an Friedensmissionen konsequenter und gezielter im Bereich Gender-Perspektiven oder Geschlechtersensibilisierung ausgebildet und vorbereitet werden. In dem nicht mehr direkt dem Auswärtigen Amt zugeordneten „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“ wird die Ausbildung von zivilem Friedenspersonal von deutscher Seite betrieben. Man hat damit begonnen, ganz stark eine Geschlechterperspektive in die Ausbildung einzubauen.

Im Auswärtigen Amt wurden konkrete **Pilotprojekte** zur Umsetzung von Gender Mainstreaming identifiziert. Ich spreche hier über zwei von ihnen: Das eine Projekt findet in der Abteilung Globale Fragen statt, die sich mit internationalen Organisationen und multilateraler Politik, aber auch mit humanitärer Hilfe und Menschenrechtspolitik beschäftigt. Das Projekt besteht darin, daß die Nichtregierungsorganisationen, die Projektanträge für Mittel aus der humanitären Hilfe stellen, in ihren Anträgen dazu Stellung nehmen sollen, in welcher Weise dieses Projekt dem Gender-Mainstreaming-Ansatz Rechnung trägt. Die entsprechende Arbeitseinheit im Auswärtigen Amt, die diese Anträge bekommt, muß vor der Bewilligung von Geldern einen Prüfvermerk machen, in dem dieses vorgestellte Projekt unter verschiedenen Gesichtspunkten beurteilt wird: Ob es erfolversprechend ist; ob es den Bedingungen entspricht, unter denen die Mittel vergeben werden können. In diesen Prüfvermerk wird auch der Gender-Mainstreaming-Aspekt aufgenommen und, soweit es sich aus dem Antrag ergibt, bewertet. Das hat man in einer Pilotphase gemacht. Man hat die Ergebnisse dieser Pilotphase ausgewertet und ist zu dem Schluß gekommen, daß man die Angaben, die die Nichtregierungsorganisationen zur Gender-Mainstreaming-Perspektive machen müssen, überarbeiten muß, um auch andere marginalisierte Gruppen mit

erfassen zu können. Das ist der derzeitige Stand. Es wird jetzt darauf ankommen, daß man diese in einer Pilotphase erprobte Aufnahme der Gender-Mainstreaming-Perspektive weiter durchführt und entsprechend ausbaut. Dadurch kann die humanitäre Hilfe effizienter und besser geleistet werden, weil die geschlechtsspezifischen Aspekte berücksichtigt werden.

Man hat festgestellt, daß in traumatisierten Postkonfliktgesellschaften die Vergabe von humanitärer Hilfe an Männer leider nicht zum Ziel führt. Das Geld landet – es klingt wie ein Klischee, aber es ist so – im Wirtshaus oder in anderen Etablissements. Wenn man es schafft, die Mittel an die Frauen zu geben, kommt diese Hilfe bei den Familien an. Das klingt banal und klischeehaft, aber manchmal stimmen eben auch Klischees.

Ein weiteres erfolgversprechendes Projekt findet in der Rechtsabteilung statt. Die Rechtsabteilung gibt oft Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen ab oder prüft Projekte der rechtlichen Zusammenarbeit. Hier wurde ein Leitfaden erarbeitet, um bei der Prüfung von Projekten der rechtlichen Zusammenarbeit oder bei der Prüfung von Gesetzesvorhaben geschlechtsspezifische Auswirkungen systematisch abfragen zu können. Der Leitfaden, den alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benutzen können, soll dazu dienen, bestimmte Punkte abhaken zu können sowie als Vorlage, anhand derer man die Dinge abarbeiten kann. Dieser Leitfaden wurde entwickelt und liegt vor. Jetzt muß in der Praxis erprobt werden, ob er funktioniert, ob er nachgebessert oder umgearbeitet werden muß. Ziel ist, die Fähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern, Geschlechterperspektiven in diesem rechtlichen Raum zu berücksichtigen.

Was sind nun die **Probleme in der Umsetzung**? Ich glaube, wir haben einen Fehler gemacht, der vielleicht auf zu viel Eifer zurückzuführen ist. Ich glaube, man hat das Pferd von hinten aufgezäumt. Man hat Pilotprojekte aufgesetzt, ohne zu wissen, was man tut. Man hätte damit beginnen sollen, erst mal die Leute zu sensibilisieren und zu schulen, dann die Strukturen zu schaffen und dann Pilotprojekte aufzusetzen, aber man hat mit den Strukturen und Pilotprojekten angefangen. Sensibilisierung und Schulung haben nicht stattgefunden. Das führt dazu, daß bei den Pilotprojekten zwar viele gute Ideen dabei waren, die aber nicht geklappt haben oder vielleicht nicht klappen konnten.

Ein weiteres Problem ist, daß oft niemand oder nur wenige genau wissen, was Gender Mainstreaming überhaupt ist. Das führt dazu, daß einige denken, es sei eine Neuauflage von Frauenförderung. Denn bei der klassischen Frauenförderung ist ersichtlich, was das heißt: Da geht es um harte Fakten und die Vergabe von Posten. Ob die Leute immer so begeistert davon sind, vor allem die Männer, ist eine andere Frage. Aber weil bei Gender Mainstreaming niemand genau weiß, was es ist, welche Ziele es hat, was es soll und was man machen muß, welchen Nutzen es auch bringen kann, wird das leider oft auch belächelt.

Wir haben ein paar gute Projekte, die erfolgversprechend sind und die weitergehen werden. Das Problem und der Fehler lag schlicht und einfach darin, zu schnell mit der Aktion anzufangen und sich nicht erst mal Gedanken zu machen und das nötige Wissen zu holen, wie man die Sachen vernünftig machen kann.

Alfred Grannas ist seit 2001 Leiter des Arbeitsstabes Zukunftsperspektiven des Auswärtigen Dienstes und damit verantwortlich unter anderem für change-management und Koordinierung von Reformanstrengungen im Auswärtigen Amt. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Geschichte arbeitet er seit 1990 im Auswärtigen Amt, u.a. an der Umsetzung der Bosnien-Friedensverträge in Sarajewo und in der UN-Vertretung in New York, zuständig für Sicherheitsratsfragen im Zusammenhang mit Balkan und Osteuropa.

Hans-Heinrich Wrede

Umsetzung von Gender Mainstreaming in der UNESCO

In meiner Zeit beim Auswärtigen Amt habe ich mit der Heinrich-Böll-Stiftung wiederholt zum Thema Gender Mainstreaming zusammengearbeitet. Unter anderem haben wir bereits im Mai 2000 ein so genanntes Forum Globale Fragen zum Thema Gleichstellung veranstaltet. Insofern bin ich nicht der Meinung, daß wir mit Gender Mainstreaming sowohl theoretisch als auch praktisch nicht schon früher angefangen haben.

Von diesem Forum gab es eine Broschüre, die die Heinrich-Böll-Stiftung und wir zusammen publiziert haben. Darin hat Außenminister Fischer in seinem Vorwort gesagt: „Viele haben dieses Forum ausdrücklich als positives politisches Signal gewürdigt, mit der Gleichstellung nicht nur das zuständige Fachressort und die engagierten Frauenorganisationen allein zu lassen“¹. Das war ein sehr lebendiges und öffentlich wirksames Signal. Aber Claudia Neusüss, damals Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, hat in ihrem Vorwort gleichwohl auch kritische Worte gefunden: „Betrachten wir die Situation in einem Ministerium. Im Auswärtigen Amt entdecken wir eines der letzten Männerbiotope. Frauen sind in Führungspositionen des diplomatischen Dienstes bisher kaum vertreten.“² Das ist jetzt zweieinhalb Jahre her. Ich glaube, das hat sich inzwischen doch spürbar geändert.

Wenn ich das Auswärtige Amt mit der UNESCO vergleiche, die ich erst seit einigen Monaten kenne, steht die UNESCO überraschend gut da.

Persönlicher Zugang zu Gender Mainstreaming

Wie kommt es, daß ich überzeugt von der Gleichberechtigung bin und davon, daß Frauen uneingeschränkt genau dieselbe Möglichkeiten des Zugangs zu Führungspositionen und überhaupt im wirtschaftlichen und politischen Leben haben sollen? Das hängt mit vielen privaten Erfahrungen zusammen. Besonders geprägt und beeindruckt bin ich von meiner Großmutter, Mutter und Schwester, die alle sehr selbstbewußt und selbständig waren bzw. sind. Es gab auch männliche Einflüsse: Mein Adoptivvater hat gegenüber meiner Schwester immer unbedingte Gleichberechtigung geübt. Auch im Schul- und Berufsleben haben Mitschülerinnen und Kommilitoninnen einen großen Einfluß auf mich gehabt.

Ich kann mich auch an Chefinnen erinnern, z.B. in meiner juristischen Referendarzeit oder im Auswärtigen Amt selbst, dort hatte ich in einem Referat zwei Jahre lang eine Chefin. Entsprechend war ich beeindruckt und beeinflusst.

1992/93 war ich zwei Jahre lang in Sachsen-Anhalt in Magdeburg im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten beschäftigt. Ich muß sagen (das ist jetzt vielleicht eine gefährliche Verallgemeinerung), daß ich von den Frauen, die aus der ehemaligen DDR stammten, weit mehr beeindruckt war als von den Männern. Sie waren viel selbständiger und haben die Doppelbelastung von Beruf und Familie viel besser getragen. Im Auswärtigen Dienst selbst habe ich auch immer wieder Kolleginnen erlebt, die auf Konferenzen „ihren Mann standen“, so daß ich eigent-

¹ Auswärtiges Amt (Hg.): Drittes Forum Globale Fragen. Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Tagungsdokumentation vom 8./9. Mai 2000 (in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung), S. 5

² Ebd., S. 6

lich nie das Gefühl hatte, da wäre ein Defizit oder ein Nachteil. Nur, es geht eben darum, daß man den Frauen wirklich die Möglichkeiten bietet. Das heißt, daß Männer sehen, daß da auch für sie was drin ist und daß sie nicht benachteiligt werden, wenn sie zum Beispiel ein Erziehungsjahr nehmen.

Arbeitsfelder der UNESCO

Die UNESCO hat etwas über 1100 MitarbeiterInnen in der Zentrale in Paris und den weltweiten Büros. Der Etat beträgt 544 Millionen Dollar für zwei Jahre. Das ist nicht viel, wenn man an die gewaltigen Programme denkt, die die UNESCO in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation durchführen will. Der deutsche Anteil am Budget umfaßt 13 Prozent. Wir sind der zweitgrößte Beitragszahler und zahlen alle zwei Jahre rund 70 Millionen Dollar. Wenn die USA im nächsten Herbst hoffentlich zurückkehren, wird Deutschland auf die dritte Stelle rücken.

Als Botschafter bei der UNESCO soll ich das Budget mitbestimmen, die Programme und Projekte kontrollieren, aber auch zur mittelfristigen Strategie Beiträge leisten, damit von der UNESCO Dinge gemacht werden, die wir im Rahmen unserer Außen- und Entwicklungspolitik für sinnvoll halten.

Zur Frage, was die UNESCO im Bereich Gender Mainstreaming macht, habe ich erstaunlich viel Positives feststellen können.

Seit ihrer Gründung 1945 hat sich die UNESCO für Gleichberechtigung engagiert und auch substantielle Beiträge geleistet. Sie hat auch zur Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking im konzeptionellen Bereich ganz entscheidend zur Ausgestaltung des Programms, der Erklärung sowie dem Aktionsplan beigetragen. Die UNESCO hat vielleicht im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen keinen Nachholbedarf. Die UNESCO hat sich auch schon immer der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 in ihrer Arbeit verpflichtet gefühlt.

Was hat sie gemacht? Ich sage es mal ganz allgemein: Konzeptionelle Beiträge. Das entspricht dem Selbstverständnis der UNESCO, daß sie sich als intellektuelle lead-agency innerhalb der großen UN-Familie begreift. Sie hat darüber hinaus zur weltweiten Aufklärung ihrer originären Themen (Bildung, Wissenschaft und Kultur) gezielt zu spezifischen Frauenfragen Beiträge erbracht. In diesem Rahmen hat sie Veröffentlichungen und Publikationen gefördert und selber herausgebracht. Man darf natürlich nicht glauben, die UNESCO sei da ein Soloakteur gewesen. Sie hat immer versucht und versucht es auch heute, mit anderen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten. Noch wichtiger ist, daß die UNESCO nicht allein durch diesen sogenannten regulären Haushalt, den ich eben beziffert habe, ihre Arbeit machen kann, sondern sie ist ganz stark auf außerreguläre, extrabudgetäre Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen. Das ist zum Beispiel beim Thema „Weltkulturerbe“ der Fall, der vielleicht hier in Deutschland der populärste Arbeitsbereich der UNESCO ist.

Das Problem in der UNESCO wie in anderen UN-Organisationen ist, daß es eine Fülle von Konferenzen und Seminaren gibt, bei dem das konkrete Full-up nicht klar ist. Wenn die UNESCO ein langfristiges Programm beschlossen hat, das auch global wirken sollen, dann stellt sich die Frage, wie das konkret umgesetzt werden soll. Es fehlt dann sehr oft an Personal und finanziellen Mitteln. Die UNESCO hat z.B. das Programm „Education for all“ beschlossen. Dieses ist konzeptionell gut durchdacht, aber die Mittel zur umfassenden Durchführung hat die UNESCO nicht. Erfreulicherweise ist die Weltbank in das Thema eingestiegen. Jetzt muß die UNESCO aktiver werden und sich behaupten, indem sie fordert, daß sich die Weltbank zwar der Erziehungs- und Bil-

dungsprogramme in der Dritten Welt, vor allem in Afrika, annimmt, aber diese mit der UNESCO abgestimmt werden, damit eine klare Linie bleibt und die Prioritäten richtig gesetzt werden. Zu konkreten Projekten läßt sich sagen, daß es von Anfang an Erziehungsprojekte für Mädchen und Frauen gab. Es existieren so genannte UNESCO-Lehrstühle für Themen, die auch Frauen angehen. Bei den so genannten Public-Private-Partnerships gibt es in Zusammenarbeit mit der Parfümfirma L'Oreal Wissenschaftsstipendien. Mitte Dezember wird ein Handbuch für Gender Focal-Points erscheinen. Mit über 82 Mitgliedstaaten gibt es Gender Focal-Points, die hauptsächlich bei den nationalen UNESCO-Kommissionen liegen. (Weitere Informationen können der Website www.unesco.org entnommen werden. Hier befinden sich konkret die Namen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Sie ansprechen können, um zu bestimmten Projekten und genderbezogenen Programmen etwas zu erfahren.)

Umsetzung von Gender Mainstreaming innerhalb der UNESCO

UNESCO-intern gibt es jobspezifische Trainingsprogramme für MitarbeiterInnen zu Gender awareness, Gender analysis und Gender planing. Dazu werden fast alle UNESCO-Angehörige ermutigt. Zunächst waren 80.000 Dollar dafür vorgesehen, um Multiplikatoren zu trainieren. Jetzt stehen weitere 75.000 Dollar für die sogenannten field-offices zur Verfügung. Damit sollen 100 Mitarbeiter ausgebildet werden, um als Multiplikatoren tätig zu werden.

Bei der UNESCO arbeiten 1112 Menschen, sowohl im Hauptquartier als auch in den Büros. Davon sind 460 Frauen und 552 Männer. Bei den Besoldungsgruppen im Höheren Dienst überwiegt der Frauenanteil: 261 zu 163 Männern. In den obersten Gruppen dominieren aber leider immer noch die Männer. Auf der allerobersten Ebene sind von zehn Abteilungsleitern zwei Frauen. In der Tendenz steigt der Anteil der weiblichen Mitarbeiterinnen im Höheren Dienst, aber in den obersten Bereichen hat er ein ganz klein wenig nachgelassen. Immerhin, die Tendenz ist insgesamt nicht schlecht. Ich habe nach den ersten Monaten das Gefühl: Gender Mainstreaming funktioniert.

Hans-Heinrich Wrede ist seit Juli 2002 Ständiger Vertreter Deutschlands bei der UNESCO in Paris. Er ist Jurist und seit 1977 im Auswärtigen Dienst für die Bundesrepublik tätig; unter anderem in Addis Abeba, in La Paz, in Wien bei der KSZE und dreieinhalb Jahre im Auswärtigen Amt als Leiter des Arbeitsstabes Globale Fragen.

Cilja Harders gibt zum Abschluß eine Einschätzung zu den vorgestellten Gender Mainstreaming-Ansätzen im Auswärtigen Amt und bei der UNESCO:

Als Wissenschaftlerin bewege ich mich auf einer konzeptionellen Ebene von Außen- und Sicherheitspolitik und wie wir aus verschiedenen Arten von Reformpolitik wissen, kommen bei der Umsetzung nun die Mühen der Ebene hinzu.

Die Beispiele machen deutlich, daß es in der Gender-Mainstreaming-Debatte durchaus Tendenzen gibt, zu denken, Gender Mainstreaming löse die klassische Frauenförderung ab. Das ist ein großes Mißverständnis. Solange wir nicht auch die Möglichkeit haben, innerinstitutionell zu einer geschlechterausgewogenen Besetzung von Führungspositionen und Missionen kommen, brauchen wir die ganz klassischen Förderinstrumente.

Sensibilisierung

Ich kann die Einschätzung von Herrn Grannas nur ganz stark bestätigen, daß Sensibilisierung vor Aktivierung stattfinden sollte. Als Beispiel nenne ich die Studien von Annette Henninger und Regina Dackweiler, die an unterschiedlichen Beispielen belegen, daß die Geschlechterstereotypen der Bearbeiterinnen und Bearbeiter das größte Hindernis für reformorientierte Politik darstellen.¹ In Geschlechterstereotypen verhaftet zu bleiben, ist das größte Hindernis für die Veränderung von Politik und zwar sowohl in den Institutionen als auch konzeptionell. Deshalb ist Sensibilisierung wirklich.

Formalisierung

Bezugnehmend auf die Pilotprojekte des AA habe ich das Gefühl, daß es schon eine ganze Menge Leitfäden zur Umsetzung von Gender Mainstreaming gibt. Ich denke, daß seit vier, fünf Jahren viele Broschüren erschienen sind, während es ein Vernetzungs- und Austauschproblem gibt. Im Bundesministerium für internationale Zusammenarbeit, in der Entwicklungszusammenarbeit, gibt es seit 20 Jahren Diskussionen darüber, wie man konkret die Geschlechterperspektive in Projekten sichtbar machen kann. Hier würde ich mir mehr Koordination wünschen. Es werden Ressourcen verschwendet und die vielen guten konkreten Erfahrungen zu wenig gebündelt. Vielleicht bräuchten wir mehr Workshops, in denen Leute aus dem BMZ und von der GTZ mit dem AA und der UNESCO zusammen darüber reden, was jeder macht; was klappt und was nicht. Es sollte doch möglich sein, diese auf die spezifischen Anforderungen der Rechtsabteilung des AA zuzuspitzen. Da Gender Mainstreaming eine politische Forderung ist, kann es eben nicht nur darum gehen, ein neues Formblatt zu entwerfen, auf dem man den Gender-Aspekt „abhakt“ (obwohl es auch ein wichtiges Kontrollinstrument ist). Da es bei Gender Mainstreaming auch um Lernprozesse geht, finde ich es sehr wichtig, den Partnerorganisationen die Gender-Ziele zu vermitteln und aufzuerlegen. Gleichzeitig müssen die Projekte evaluiert werden: Was kann man lernen von den Organisationen, die vor Ort humanitäre Hilfe leisten, um Konzepte der Außen- und Sicherheitspolitik später in einem nächsten Schritt von vornherein darauf zuzuspitzen? Nur wenn diese Erkenntnisse auch in die Behörden zurückfließen, kann sich Politik langfristig konzeptionell verändern.

¹ Henninger, Annette, 2000: Frauenförderung in der Arbeitsmarktpolitik. Feministische Rückzugsgefechte oder Zukunftskonzept?, Dackweiler, Regina-Maria, 2002: Ambivalenzen wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitik in Österreich als Material sozial rationalisierter Geschlechterdifferenz-Diskurse

Literaturhinweise der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie

Bargen, Henning von (2001): Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung, in: pö_forum „Genderperspektiven für den Erdgipfel 2002“, Sonderveröffentlichung der politischen ökologie 70, München, S. XX - XXII

Bargen, Henning von/Blickhäuser, Angelika (2001): Gendertrainings als Instrument der Personalentwicklung und Profilentwicklung von Einrichtungen, in: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Soest: Mit der Genderperspektive Weiterbildung gestalten, Soest

Dies. (2000): Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie. Gendertraining als Instrument der Gemeinschaftsaufgabe und Profilentwicklung von Einrichtungen, Berlin

Bargen, Henning von/Werner, Gunda (1998): „Lust und Frust mit Veränderungsprozessen. Wie die hbs versucht, ihr Leitbild Geschlechterdemokratie umzusetzen“, Vortrag auf dem Workshop „Mit der Genderperspektive Weiterbildung gestalten“ in Bad Boll vom 22.-24.6.1998

Ders. (1998): Männerforschung und Geschlechterdemokratie, Vortrag auf dem Workshop der Heinrich-Böll-Stiftung „Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie: Ein Konzept für Männer und Frauen“ am 11.6.1998

Feministisches Institut der Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2001): Möglichkeiten und Grenzen eines Transfers zwischen feministischer Wissenschaft und Politik, Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 11, Berlin

Dies. (Hg.) (2000): Die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre – Eine frauenpolitische Bilanz, Berlin

Dies: (Hg.) (1999/2000): Gender-Ansätze in der Nord-Süd-Arbeit, Berlin

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2002): Geschlechterdemokratie wagen!, Königstein

Dies. (2002): Vater werden, Vater sein, Vater bleiben. Psychosoziale, rechtliche und politische Rahmenbedingungen, Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung und des „Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ am 24./25. Mai 2002, Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 5, Berlin

Dies. (2002): Mann oder Opfer?, Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung und des „Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ am 12./13. Oktober 2001, Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 4, Berlin

Dies. (2002): Beispiele zur Umsetzung von Geschlechterdemokratie und Gender Mainstreaming in Organisationen, Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 3, Berlin

Dies. (2002): Politik für Kinder! Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung. Dokumentation des 7. Geschlechterdemokratischen Dialogs am 18. April 2002, Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 2, Berlin

Dies. (2002): Alles Gender? Oder was? Theoretische Ansätze zur Konstruktion von Geschlecht(ern) und ihre Relevanz für die Praxis in Bildung, Beratung und Politik. Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung und des „Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ am 9./10. März 2001, Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 1, Berlin

Dies. (2001): Geschlechterdemokratie: Vielfalt der Visionen – Visionen der Vielfalt, Berlin

Dies. (2001): Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik. Werkstattgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium am 21. September 2000 in Berlin

Heinrich-Böll-Stiftung und Feministisches Institut (Hg.) (1999): Wie weit flog die Tomate? Eine 68erinnen-Gala der Reflexion, Berlin

Krannich, Margret (Hg.) (1999): Geschlechterdemokratie in Organisationen. Dokumentation einer Fachtagung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie (Heinrich-Böll-Stiftung Hessen) vom 10. und 11. Juli 1999 in Frankfurt am Main

LolaPress - International Feminist Magazine (1999): gender democracy - democracia de género, Heft 04-06/1999, Berlin

Lukoschat, Helga (1998): „Das Konzept der Geschlechterdemokratie und seine Umsetzung in Organisationen“, in: Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.): Chancen und Risiken der Verwaltungsreform für Frauen – Dokumentation, Stuttgart

Neusüß, Claudia (2002): If men are part of the problem, they have to become part of the solution – gender democracy: a collective project of the heinrich böll foundation, in: AICGS (Hg.) (2002): feminist movements in a globalizing world: german and american perspectives, Washington D.C., S. 30-42

Dies. (1999): Von der Frauenförderung zur Geschlechterdemokratie - Frauen und Männer müssen sich in Bewegung setzen!, Vortrag im Rahmen der Tagung: Geschlechterdemokratie in Organisationen in Frankfurt/M. am 10./11.06.1999

Rodenberg, Birte/Wichterich, Christa (1999): Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland, Berlin

Dies. (1999): Zwischenbericht zur Querschnittsevaluierung Frauen-Empowermentprojekte im Auslandsbereich (Süd) der hbs, Berlin

Schambach, Gabriele/Unmüßig, Barbara (2002): Geschlechterdemokratie – Das Konzept der Heinrich-Böll-Stiftung, in: femina politica (Hg.): Geschlechterdemokratie – ein neues feministisches Leitbild?, Heft 2/2002, Berlin, S. 18-28

Steinberger, Marion (2001): Von der Frauenförderung zur Geschlechterdemokratie. Eine Fallstudie am Beispiel der Heinrich-Böll-Stiftung, Diplomarbeit, München

Thoma, Susanne/Scherer, Christine/Kretschmann, Martina (1997): Geschlechterdemokratie als neues Konzept, herausgegeben vom Bildungswerk Berlin der hbs, Berlin

Vogel, Regina (2001): Expertengespräch: Geschlechterdemokratie und feministische Generationen, in: Forschungsjournal NSB: Geschlechtsblinder Diskurs, JG. 14, Heft 2, Stuttgart, S. 88-91

Wichterich, Christa (2000): Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen. Fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking: Bilanzen, Positionen, Perspektiven. Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 5, Berlin

DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE GESCHLECHTERDEMOKRATIE IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Vision und Leitbild

Geschlechterdemokratie ist in der Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung „als ein von Abhängigkeit und Dominanz freies Verhältnis der Geschlechter“ definiert. „Diese Gemeinschaftsaufgabe ist sowohl für die interne Zusammenarbeit als auch für die öffentliche Tätigkeit aller Bereiche ein maßgebliches Leitbild.“ (§2 Abs. 3)

Dieser Ansatz wird in der Heinrich-Böll-Stiftung seit mehreren Jahren Schritt für Schritt erfolgreich praktiziert.

Geschlechterdemokratie hat zum Ziel

- gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen;
- gleichen Zugang zu Ressourcen zu gewährleisten;
- Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur etc.) ebenso wie im privaten Bereich (Familie, Paar- bzw. zwischenmenschliche Beziehungen, Haushalt etc.) herzustellen;
- die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern gerecht neu zu regeln und zu bewerten, so daß Männer ihren Anteil an der Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit übernehmen (können);
- autoritäre und gewaltförmige Strukturen zwischen Frauen und Männern im privaten Bereich wie im öffentlichen Raum zu verhindern.

Die Umsetzung des Leitbildes Geschlechterdemokratie ist ein prozeß- und praxisorientierter Ansatz, der einen Beitrag zur Umgestaltung von Politik und Gesellschaft sowie zur Reorganisation von Institutionen und Organisationen leisten soll und kann.

Die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie

Die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie begleitet, initiiert und fördert Prozesse und Projekte der Umsetzung in den einzelnen Bereichen, Abteilungen und Teams der Stiftung. Dabei bleibt die selbständige fachliche und persönliche Umsetzung in der Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den jeweiligen Abteilungen bzw. Gremien der Stiftung.

Die Stabsstelle ist auf der Referentenebene mit einer Frau und einem Mann besetzt. Dieses Genderteam (Gabriele Schambach und Henning von Barga) hat insbesondere Steuerungs- und Beratungsaufgaben. So werden die in den Abteilungen und Gremien gemachten Erfahrungen gebündelt, ausgewertet und in die Organisation zurückgegeben.

Dokumentationen von Veranstaltungen sowie weitere Informationen können in der Stabsstelle angefordert werden.

Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung

Kerstin Ahrens – Henning von Barga – Gabriele Schambach

Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

Tel: 030-28534-181; Fax: 030-28534-109; E-Mail: gender@boell.de; Internet: www.boell.de

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in den Hackeschen Höfen im Herzen Berlins ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung arbeitet in rechtlicher Selbständigkeit und geistiger Offenheit. Ihre Organe der regionalen Bildungsarbeit sind die 16 Landesstiftungen.

Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als ein von Abhängigkeit und Dominanz freies Verhältnis der Geschlechter. Die Stiftung engagiert sich in der Welt durch die Zusammenarbeit mit rund 200 Projektpartnern in über 60 Ländern auf vier Kontinenten.

Jedes Jahr vergibt das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung rund 90 Stipendien an Studierende und Promovenden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ca. 160 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch rund 300 Fördermitglieder, die die Arbeit finanziell und ideell unterstützen. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlußfassungsorgan und wählt u.a. den Vorstand. In Fachbeiräten beraten unabhängige Expertinnen und Experten die Stiftung.

Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführerin der Stiftung ist Dr. Birgit Laubach.

Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslands- bzw. Projektbüros bei der EU in Brüssel, in den USA, in Tschechien, Südafrika, Kenia, Israel, El Salvador, Pakistan, Kambodscha, Rußland, Polen, Bosnien-Herzegowina, in der Türkei, Brasilien, Thailand und dem arabischen Nahen Osten. Im Jahr stehen der Stiftung rund 35 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Adresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel. 030-28534-0, Fax: 030-28534-109, E-mail: info@boell.de Internet: www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Lektorat/Bernd Rheinberg
Hackesche Höfe
Rosenthalerstr. 40/41
10178 Berlin
T.: 030-28534215
F.: 030-28534109
E.: info@boell.de
I.: www.boell.de